



Dr. Alfred Lehmann:

Ingolstädter Bürgertag trifft ins Schwarze

Unter dem Motto „Ingolstadt 2020 - Wirtschaft und Innovation“ sorgte die Stadt mit ihrer speziellen Art der Bürgerbeteiligung für Aufsehen. **Seite 12**



Josef Göppel:

Auszeichnung mit Deutschem Solarpreis

Erneuerbare Energien zu forcieren, gehört für den CSU-Politiker zu den zentralen Aufgaben. Dabei geht er auch gerne unkonventionelle Wege. **Seite 10**



Dr. Gabriele Pauli:

Verwaltungsvereinfachung im Auge behalten!

Eine Aufblähung der Verwaltungsarbeit befürchtet die Fürther Landrätin insbesondere bei der geplanten Einführung eines Büchergeldes. **Seite 12**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Gegetsried, den 18. November 2004

55. Jahrgang / Nummer 22

KPV-Landesversammlung in Neu-Ulm:

Investitionen statt Konsum auf Pump

Diskussion mit Joachim Herrmann und Erwin Huber

Die Landesversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU in Neu-Ulm/Reutti mit über 150 Teilnehmern bot eine ausgezeichnete Plattform, den Dialog zwischen Staat und Kommunen über notwendige Reformen in Land und Bund fortzusetzen. Unter dem Motto „Bayern im Umbruch - Zukunft gestalten“ standen der für die Umsetzung der Verwaltungsreform verantwortliche Staatsminister Erwin Huber und der CSU-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, Rede und Antwort.

Bereits im Juni hatte die KPV bei ihrer Mandatsträgerkonferenz in Putzbrunn erklärt, die Verwaltungsreform mitzutragen. Freilich, so KPV-Landesvorsitzender Landrat Luitpold Braun, seien die Meinungen zu manchen Sachthemen geteilt. Große Aufregung herrsche zum Bei-

spiel in der Frage der Auflösung von Amtsgerichtsnebenstellen. Über 30 Standorte, meist ehemalige Kreisstädte, seien hiervon betroffen. Es sei damit zu rechnen, dass diese Maßnahmen teils gravierende strukturelle Auswirkungen nach sich ziehen werden, sagte Braun.



Pressekonferenz des Bayerischen Landkreistags. Unser Bild zeigt den Präsidenten, Landrat Theo Zellner, gemeinsam mit seinem Geschäftsführer Johannes Reile. Foto: Kirchner

Aufgaben der Daseinsvorsorge selbst in Frage stehen.“

Auswirkungen von Hartz IV

Noch nicht absehbar sei, wie sich die Regelungen von Hartz IV auf die Kommunen letztlich in der Praxis auswirken, betonte der Fraktionschef. Immerhin ha-

be der Bund sich - wenn auch nur unter Druck von Union und kommunalen Spitzenverbänden - bereit erklärt, Mittel für von ihm versprochene Entlastungen bereitzustellen. Bayerische Kommunen sollen demnach um 70 Mio. Euro entlastet werden. Dass der Freistaat nach wie (Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerischer Landkreistag:

Korrekturen bei der Verwaltungsreform!

Zellner fordert Effizienz und Bürgernähe vor Ort

Noch für verbesserungswürdig hält der Präsident des Bayerischen Landkreistages, Theo Zellner, die „groß angelegte“ Verwaltungsreform in Bayern. Sie sei, so der Chamer Landrat in München, auf dem besten Wege, zu einer Neueinteilung der Sonderbehörden zu verkümmern. Die von Ministerpräsident Stoiber in seiner Regierungserklärung proklamierte Stärkung der inneren Verwaltung als einheitliche Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger finde nicht mehr statt. Zellner appellierte deshalb an Staatsregierung und CSU-Landtagsfraktion, vor der geplanten Verabschiedung der „Schmalspur-Reform“ noch Korrekturen vorzunehmen.

„Der Bayerische Landkreistag und seine Mitglieder“, fuhr der Chamer Landrat fort, „haben die Reformbemühungen der Bayerischen Staatsregierung von Anfang an unterstützt und sind mit großem Arbeitsaufwand der Bitte der Staatsregierung gefolgt, eigene Vorschläge zu unterbreiten.“ Staatsminister Huber habe

noch bei der Landkreistagsversammlung im vergangenen Mai herausgestellt, was die Bürger wollen, nämlich eine kompetente Anlaufstelle für ihre Anliegen - One-Stop-Agency - mit Ortskenntnis und Überblick über die Gesamtbedeutung einer Angelegenheit für die rasche Bearbeitung der Bürgeranliegen.

Nicht ernst-, sondern auf den Arm genommen!

Er habe betont, in der Tendenz die Landratsämter zu stärken, weil die Verwaltung stärker am Bürger ausgerichtet werden müsse. Wenn aber, so Zellner, jetzt alle Vorschläge des Bayerischen Landkreistages entweder (Fortsetzung auf Seite 4)

Junge Union thematisiert Kommunalpolitik

Rund 1.500 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in Bayern gehören der Jungen Union an. Die Jugendorganisation der CSU versteht sich damit als viertstärkste kommunalpolitische Kraft im Freistaat.

Für den 27. November hat der JU-Landesvorsitzende, Manfred Weber, zum Kommunalpolitikertag in die Bayerische Bauakademie nach Feuchtwangen eingeladen. Neben der Rede von Innenminister Dr. Günther Beckstein wird mit Vertretern aller kommunalen Spitzenverbände diskutiert. In den Fachforen „Zukunft des kommunalen Finanzausgleichs“, „Kinderbetreuung in Bayern“, „Public-Private-Partnership“, sowie „Entwicklung der Krankenhauslandschaft in Bayern“ erwarten die jungen Politiker ausgewiesene Spezialisten.

Weitere Informationen zur Veranstaltung im Internet unter www.ju-bayern.de.

„Verträgliche“ Ergebnisse

Doch betreffe die Kommunen nicht nur die Verwaltungsreform ganz unmittelbar; auch die Themen Forstreform, G8, Umstrukturierung der Krankenhäuser, die teils mangelhafte Finanzausstattung der Kommunen und Hartz IV seien aktuell zu bewältigen. Die Probleme bayerischer Städte und Gemeinden sind also vielseitig, „weshalb wir hoffen und wünschen, dass wir im Hinblick auf die Verwaltungsreform mit den Entscheidungsträgern in der Staatsregierung und im Landtag zu vernünftigen und verträglichen Ergebnissen kommen“, bemerkte Braun.

Schieflage der Kommunen

Der CSU-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, verwies darauf, dass gerade die Kommunen unter der „völlig verfehlten und konzeptionslosen Politik der rot-grünen Bundesregierung“ litten. Immer mehr Kommunen könnten keinen ausgeglichenen Haushalt mehr aufstellen, weshalb „wir diese Schieflage gerade rücken müssen“. Andernfalls müssten viele Bürger in Zukunft auf Leistungen der Kommunen verzichten. Herrmann: „Wir dürfen nicht warten, bis auch die

Gemeindetag beteiligt sich am Pakt für den Kommunalwald

Brandl: Verbesserung für die Kommunen / Städtetag geht Pakt nicht weit genug

Präsident Dr. Uwe Brandl hat für den Bayerischen Gemeindetag den „Pakt für den Körperschaftswald“ mit Bayerns Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber sowie Landwirtschaftsminister Josef Miller unterzeichnet. „Gemessen am bisherigen Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Waldgesetz stellt der Pakt eine echte Verbesserung für Bayerns Kommunen dar. Er ist ein tragfähiger Kompromiss zwischen den Interessen der Gemeinden an der Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung des Walds und den Interessen des Freistaats an Einsparungen im Personalbereich“ sagte Brandl. Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, OB Josef Deimer, hingegen sieht sich nicht der Lage, die Vereinbarung mit der Staatsregierung zu unterschreiben.

Garantien bis 2010

Dass Betriebsleitung und Betriebsausführung für Kommunalwälder vom Staat trotz des beabsichtigten Personalabbaus bis zum 1. Januar 2010 garantiert werden und danach im Rahmen des vorhandenen Personals weiter wahrgenommen werden, wird ebenso gut geheißen, wie die Verschiebung der nächsten Entgelterhöhung auf den 1. 1. 2005 und deren Gültigkeit bis zum 1. 7. 2007.

Beim Gemeindetag wird das Ergebnis als Kompromiss be-

trachtet, den Brandl „in harten Verhandlungen“ erreicht habe. Ihm sei der Vorzug gegenüber dem Entwurf des Waldvolksbegrühens zu geben.

Städte unzufrieden

Auch der Städtetag begrüßt ausdrücklich die Leistungen, die der Pakt bei „staatlicher Beförderung“ garantiert. Allerdings hätte Deimer erwartet, dass auch den Kommunen, die ihre Wälder selbst bewirtschaften, 40 Prozent der Kosten für ihr Forstpersonal vom Staat ersetzt werden. Die städtischen Wälder hätten ebenso eine besondere Erholungsfunktion, sie dienten der Landschaftspflege, dem Immissionschutz, der Trinkwasserversorgung, dem Hochwasserschutz, sowie als Schutzwald. Die Kommunen mit eigenem Wald erbrächten ebenso Leistungen für die Allgemeinheit, die gesamtstaatlich finanziert werden müssten. Deimer: „Es ist doch nur recht und billig, dass den Städten, die ihre Wälder vorbildlich allen Bürgern zur Verfügung stellen, dafür ein finanzieller Ausgleich gegeben wird.“



Die Klage über unverständliche Amtsschreiben ist so alt wie die Bürokratie selbst, weiss die Vorzimmerperle nur zu gut. Um so mehr ist der Bürgermeister des kleinen Städtchens Feuer und Flamme für eine Initiative junger Bundestagsabgeordneter, die das Problem einmal mehr anpacken wollen und sich davon eine win-win-Situation der besonderen Art erhoffen. **Seite 14**

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Das Podium bei der KPV-Landesversammlung (v.l.): Staatsminister Erwin Huber, CSU-Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann, KPV-Landesvorsitzender Landrat Luitpold Braun, der schwäbische Vorsitzende Landrat Josef Erich Geßner, Neu-Ulms Oberbürgermeister Gerold Noerenberg sowie (nicht im Bild) KPV-Vize, Bürgermeister Gerhard Weber. Foto: Hahn

Sie lesen in dieser Ausgabe

Verwaltungsreform mit Abstrichen	Seite 2
Wanderwelle bringt Tourismusschub	2
Auszeichnung für familienfreundliche Initiativen	2
Wasserrecht und Konnexitätsprinzip	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Über Qualität und Toleranz lässt sich trefflich streiten	3
50 Jahre Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen	3
Bayern verliert 16 Bundeswehrstandorte	3/4
GZ-Fachthema: Kommunale Energiefragen	5 - 10
Aus den bayerischen Kommunen	11 - 16

Verwaltungsreform mit Abstrichen

CSU korrigiert das Regierungskonzept zur Ämterverlagerung
Neuverteilung von Landesämtern soll 11.000 Planstellen einsparen

Ein Jahr nach der Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber haben Staatsregierung und CSU-Landtagsfraktion die Eckpunkte und wesentliche Einzelheiten einer großen Reform unter dem Titel „Verwaltung 21“ festgeklopft, jedoch teilweise Abstriche vorgenommen. Laut Stoibers Credo „wir sparen, reformieren und investieren“ soll der Instanzenweg zwischen den Ministerien über die nachgeordneten Behörden bis zu den Kommunen vereinfacht und bürgernäher gemacht werden. Das erklärte Ziel ist es, in diesem Sinne im nächsten Jahrzehnt 11.000 Planstellen einzuziehen. Die freiwerdenden Mittel sollen Investitionen, insbesondere in Bildung, Wissenschaft und Sozialem zugute kommen.

Die Entscheidungen wurden in einem ersten Paket vor der Sommerpause und jetzt in einem zweiten von der CSU-Fraktion gebilligt. Vorsitzender Joachim Herrmann machte keinen Hehl daraus, dass es über Vieles, insbesondere über die Zusammenlegung von Behörden und ihren künftigen Amtssitzen heftige Auseinandersetzungen und dann auch Änderungen gegeben hat. Im Fraktionsvorstand fiel die Schlussabstimmung mit 15 gegen 5 Stimmen zugunsten eines immer noch nicht im letzten Detail festgelegten Konzepts aus. Auch die Fraktion votierte nicht einmütig.

Neuverteilung von Landesämtern

Heiß umstritten war u.a. die Neuverteilung von Landesämtern. Der vom Ministerpräsidenten mit der Durchführung der Reformen beauftragte Staatsminister Erwin Huber konnte schließlich das Konzept der Staatsregierung weitgehend durchsetzen. Demnach werden die Landesämter für Wasserwirtschaft, Geologie und Arbeitsschutz mit dem für Umwelt fu-

sioniert. Hauptsitz wird Augsburg, der Umweltbereich kommt nach Hof. Herrmann erklärte, letztlich habe der Umstand den Ausschlag gegeben, dass Hof dringend Arbeitsplätze brauche. Die jetzt dorthin verlegte Behörde bringt deren 300, die auf keine andere Weise vom Staat bereitgestellt werden könnten. Die Kosten für diese Ämtertrennung beliefen sich auf 22,8 Millionen Euro. Ein ungeteiltes Amt in Augsburg hätte 22 Millionen Euro gekostet.

Echte Probleme der Region

Mutmaßungen, Hof sei zum Zuge gekommen, weil Umweltminister Dr. Werner Schnappauf oberfränkischer Abgeordneter ist, trat der Fraktionschef entgegen: „Es geht nicht um die persönliche Befindlichkeit des Umweltministers, sondern um echte Probleme der Region.“ Zunächst war auch Finanzminister Prof. Kurt Faltthäuser gegen die Lösung Augsburg - Hof, bekannte sich nach einer nochmaligen Kostenberechnung dann aber doch dazu.

Örtliche Belange werden berücksichtigt

Weitere große Ämterverlagerungen: In Ansbach wird ein Landesamt für Finanzen mit einem Präsidenten an der Spitze installiert. Die sechs Bezirksfinanzdirektionen bleiben erhal-

ten. Eine zentrale Kasse des neuen Landesamts kommt nach Landshut. Für die gleichfalls bis zuletzt umstrittene Neuordnung der Landwirtschaftsämter ist vorgesehen, dass alle 47 erhalten bleiben und die 121 Forstämter integrieren. Die Mitarbeiterzahl soll von 1.600 auf etwa 1.070 reduziert werden. Im Zusammenhang mit den bisherigen Außenstellen versicherte Herrmann, die örtlichen Belange würden berücksichtigt.

Kosten-Nutzen-Rechnungen

Im Justizbereich hängt die Aufhebung von Amtsgerichtszweigestellen von Kosten-Nutzen-Rechnungen ab. Herrmann sagte, dass auch hierbei örtliche Gesichtspunkte eine Rolle spielen, also nicht alle 32 derzeitigen Zweigestellen aufgelöst werden. Die zwei Landesarbeitsgerichte in München und Nürnberg werden entgegen den Vorschlägen der Staatsregierung nicht in Nürnberg zusammengelegt.

Zur Kritik des Landkreistages an der „Schmalspur-Reform“ mit Neueinteilung von Sonderbehörden, wodurch die Kreise eher geschwächt denn gestärkt würden, verwies der Fraktionsvorsitzende auf die skeptische Haltung des Gemeindetages, der vor allzu viel Verlagerung aus Furcht vor zusätzlichen Kosten gewarnt habe.

„Behördengeschacher“

Für die Opposition ist „Verwaltung 21“ eine Reform, bei der Kosten und Nutzen nicht im Einklang stehen. In einer Reihe von Anträgen wurden die Einwände in die parlamentarische Diskussion eingebracht. Fraktionsvorsitzender Franz Maget sprach von einem „Behördengeschacher wie auf einem orientalischen Markt“. Grünen-Frakti-

onssprecher Dr. Sepp Dürr warnte, wenn der Präzedenzfall Hof Schule mache, „kann Erwin Huber seine hochfliegenden Reformpläne bald in der Pfeife rauchen“. Der Minister kontierte, mit der Reform wolle man die Effizienz der Verwaltung steigern unter Berücksichtigung der regionalen Ausgeglichenheit.

Beteiligung des Parlaments

In einem Dringlichkeitsantrag forderte die SPD, keine Vorwegnahme von Entscheidungen ohne Beteiligung des Parlaments. Gerade weil die Staatsregierung einzeln Maßnahmen auf dem Verordnungsweg regeln könne, sei dies notwendig, auch wenn sie mit der CSU in „Aktionseinheit“ stehe. „Die CSU ist nicht das Parlament.“ Die SPD forderte, ähnlich wie die Grünen, dem Landtag vor allen Entscheidungen Unterlagen zur Wirtschaftlichkeit vorzulegen. Auch der Oberste Rechnungshof solle ein Gutachten im Hinblick auf die Auswirkungen der Reformen auf die Haushalts- und Wirtschaftsführung erstellen.

Mit allen Beteiligten öffentlich diskutiert

Huber stellte fest, über das Paket 2 sei mit allen Beteiligten öffentlich diskutiert worden. „Ich halte dies für ein gutes und offenes Verfahren.“ Ohne sich den SPD-Antrag zu eigen zu machen, erklärte Herrmann, die CSU habe keinerlei Bedenken, die Verwaltungsreform durch den ORH überprüfen zu lassen. Die Einsparumme betrage nach Abschluss der Reform rund 550 Millionen Euro pro Jahr im Staatshaushalt. „Dafür lassen wir uns gerne an den Kriterien des Rechnungshofs oder auch des Bundes der Steuerzahler messen.“ **rm**

Wasserrecht und Konnexitätsprinzip

Gesetzesänderung zu Deregulierung und Vereinfachung
Zusätzliche Kosten sollen über Gebühren gedeckt werden

Im Zuge der Deregulierung wird auch das bayerische Wasserrecht vereinfacht. U. a. gibt es künftig Übergangslösungen für Kleinkläranlagen bis zum Anschluss an eine kommunale Kanalisation, moderne Wärmepumpen können nach vereinfachtem Erlaubnisverfahren genehmigt werden, bei Entschädlungs- und Ausgleichsverfahren sinken die Anforderungen und der Rechtsweg wird vereinheitlicht. Andererseits werden Schwellenwerte für die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) eingeführt bzw. angehoben. Soweit für die kreisangehörigen Gemeinden zusätzliche Kosten anfallen, können sie nach dem Gesetzentwurf über Gebühren ausgeglichen werden.

Im Kommunalausschuss des Landtags sprach Berichterstatter Peter Winter (CSU) von notwendigen Maßnahmen. Er glaube, dass die Gemeinden die auf sie zukommenden Maßnahmen mit ihrem Fachpersonal bewältigen können. Mitberichterstatter Florian Ritter (SPD) sah eine ganze Reihe von Problemen durch diese Gesetzesänderung, deren größtes die Kostenfrage sei. Der Staat müsse Sorge tragen, dass die Erledigung der übertragenen Aufgaben durch die Kommunen im Sinne des Konnexitätsprinzips gewährleistet sei. Insbesondere für kleine Gemeinden, die noch nicht das erforderliche Know-How haben, bestehe Beratungsbedarf.

Für das Umweltministerium befand Regierungsdirektor Schröder die neuen Regelungen für sachgerecht und auf die Bedürfnisse der Allgemeinheit abgestimmt. Die zusätzlich entstehenden Kosten würden von den Gemeinden auf die Betroffenen übertragen, folglich sei das Konnexitätsprinzip nicht verletzt. Hinsichtlich der Anhebung der UVP-Schwellenwerte bestünden keine Bedenken.

Ausschussvorsitzender Jakob Kreidl (CSU) erachtete eine Übergangsregelung im Vollzug der Gesetzesänderungen für notwendig. Auch er betonte das Konnexitätsprinzip. Die CSU stimmte dem Gesetzentwurf zu, die Opposition lehnte ab. **rm**

DAV-Bergwandersymposium in München:

Wanderwelle bringt Tourismusschub

Freistaat will Bayerns Stellung als Wandermecca ausbauen

„Bayern verspricht sich einen zusätzlichen Tourismusschub durch die neue Wanderwelle. „Der neue Trend des Genusswanderns passt hervorragend zur Lebensart und den Tourismusmöglichkeiten im Freistaat“, führte Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Hans Spitzner auf dem Fachsymposium „Bergwandern“ des Deutschen Alpenvereins (DAV) in München aus.

Der Freistaat und die Bayerische Tourismus Marketing GmbH habe deshalb eine spezielle Angebotsgruppe „WandernPlus“ entwickelt, die in allen Landesteilen den Sport mit anderen Attraktionen zum Beispiel kulinarischer oder kultureller Art verbindet. „Viele Deutsche verbringen derzeit den Urlaub wieder im eigenen Land. Bayern als das Tourismusland Nr. 1 und Wandermecca in Deutschland ist dabei die gefragteste Adresse“, betonte der Staatssekretär.

„Das volle Spektrum“

Der Staatssekretär betonte, dass Bayern mit seinen vielfältigen Waldgebieten, den abwechslungsreichen Mittelgebirgen und den bayerischen Alpen und Vor-alpen nahezu das volle Spektrum biete, was Bergwanderer und Wanderer heute suchten. „Mögen bei den großen sportlichen Wanderherausforderungen die ersten Ziele vielleicht woanders liegen, können die Touristen in Bayern aber wandern, wo gerade auch die Pausen am schönsten sind“, merkte der Staatssekretär an.

Spitzner lobte den DAV als wichtigen Partner für den Naturschutz und den Tourismus in Bayern. Erst durch die ehrenamtlichen Leistungen von tausenden von DAV-Mitgliedern seien ein derart dichtes und hochwertiges Wandernetz und damit auch die touristische Vermarktung der Berglandschaft im Freistaat möglich. **rm**

Faltthäuser zur Steuerschätzung:

Noch immer keine Trendwende zum Besseren bei den Steuereinnahmen

„Zum achten Mal in Folge hat der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ seine Schätzungen nach unten korrigiert. Die Zahlen belegen: Es gibt noch immer keine Trendwende zum Besseren bei den Steuereinnahmen für die Jahre 2004 und 2005“, kommentierte Finanzminister Kurt Faltthäuser die Ergebnisse der Steuerschätzung.

„Die Behauptung der Bundesregierung, die Steuerquellen würden wieder besser sprudeln, hat sich nicht bewährt. Die Entwicklung der Steuereinnahmen bestätigt aber, dass der bayerische Konsolidierung- und Reformkurs ohne Alternative war und ist“, stellte Faltthäuser fest.

Für dieses Jahr hat der Arbeitskreis bundesweit Steuereinnahmen von rund 442,4 Milliarden Euro prognostiziert. Im Vergleich zur letzten Steuerschätzung vom Mai 2004 ergeben sich für die Jahre 2004 bzw. 2005 Schätzabweichungen nach unten von rd. 1,4 bzw. rd. 3,4

Die Steuereinnahmen für die Jahre 2004 und 2005 werden auf rd. 442,4 Milliarden Euro geschätzt. Die Abweichungen von den ursprünglichen Prognosen betragen rd. 1,4 bis 3,4 Milliarden Euro.

Die Steuereinnahmen für die Jahre 2004 und 2005 werden auf rd. 442,4 Milliarden Euro geschätzt. Die Abweichungen von den ursprünglichen Prognosen betragen rd. 1,4 bis 3,4 Milliarden Euro.

Die Steuereinnahmen für die Jahre 2004 und 2005 werden auf rd. 442,4 Milliarden Euro geschätzt. Die Abweichungen von den ursprünglichen Prognosen betragen rd. 1,4 bis 3,4 Milliarden Euro.

Die Steuereinnahmen für die Jahre 2004 und 2005 werden auf rd. 442,4 Milliarden Euro geschätzt. Die Abweichungen von den ursprünglichen Prognosen betragen rd. 1,4 bis 3,4 Milliarden Euro.

Die Steuereinnahmen für die Jahre 2004 und 2005 werden auf rd. 442,4 Milliarden Euro geschätzt. Die Abweichungen von den ursprünglichen Prognosen betragen rd. 1,4 bis 3,4 Milliarden Euro.

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Theo Diem
97519 Riedbach
am 26.11.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hartmut Bräuer
97447 Gerolzhofen
am 22.11.

Bürgermeister
Dr. Klaus Bühler
86916 Kaufering
am 24.11.

Bürgermeister
Franz Xaver Meitinger
86868 Mittelnneufnach
am 27.11.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Helmuth Wächter
92655 Grafenwöhr
am 5.12.

Bürgermeister Johann Wieser
82287 Jesenwang
am 5.12.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Karl-Heinz Eisenreich
91613 Marktbergel
am 1.12.

Bürgermeister Peter Hart
97727 Fuchsstadt
am 4.12.

Bürgermeister Gerhard Hecht
93149 Zell
am 26.11.

Bürgermeister Reiner Berchthold
82515 Wolftratshausen
am 30.11.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Torsten Wende
85778 Haimhausen
am 26.11.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Kern
85649 Brunthal
am 25.11.

Bürgermeister
Alois Wildfeuer jun.
94261 Kirchdorf i. Wald
am 27.11.

Auszeichnung für familienfreundliche Initiativen

Der mit insgesamt 26.000 Euro dotierte Bürgerkultur-Preis des Bayerischen Landtags wird in diesem Jahr an fünf Initiativen verliehen, die sich mit ihrem ehrenamtlichen Engagement in herausragender Weise für die Belange und Unterstützung von Familien eingesetzt haben. Die Preisträger wurden von einer Experten-Jury aus insgesamt 59 eingegangenen Bewerbungen zum Leitthema „Bürgerschaftliches Engagement für die Familie“ ausgewählt. Die öffentliche Preisverleihung durch Landtagspräsident Alois Glück findet am 3. Dezember im Bayerischen Landtag statt.

Den 1. Preis, mit 9.000 Euro dotiert, erhält der OASE-Lebenskreis e.V., Taufkirchen/Vils, der sich die Förderung und Wahrung der Menschlichkeit zum Ziel gesetzt hat. Das besondere Anliegen des Vereins ist es, Kultur, Kindererziehung, Erwachsenen-Bildung und Betreuung von alten und kranken Menschen auf familiengerechte Weise zu verbinden. Begegnungen von Jung und Alt im täglichen Leben sollen einen natürlichen und herzlichen Umgang fördern und mehr Verständnis füreinander wecken.

Familienfreundliches Jahres-Kulturprogramm

Der OASE-Lebenskreis e.V. veranstaltet ein familienfreundliches Jahres-Kulturprogramm und bietet zur Förderung der musischen und kreativen Fähigkeiten den Besuch und die Mitarbeit in einer Klangschule an. Er ist Träger eines staatlich anerkannten, intergenerativen Natur-Kindergartens mit dem Ziel, einen sensiblen Umgang mit der Natur zu fördern und das Sozialverhal-

ten der Kinder positiv zu beeinflussen. Regelmäßige Besuche der Kindergartenkinder im örtlichen Seniorenheim, ein mobiler Hospizdienst sowie intensive Zusammenarbeit mit anderen Vereinen runden die Aktivitäten ab.

Zeit füreinander

Den 2. Preis, mit 7.000 Euro dotiert, erhalten gemeinsam die Nachbarschaftshilfegruppen „Zeit füreinander Volkach“ und „Eine-Stunde-Zeit Kitzingen“. Das Konzept „Zeit füreinander“, das beide Gruppen umsetzen, ist eine innovative Form der Nachbarschaftshilfe, die eine zukunftsweisende Antwort gibt auf gesellschaftliche, politische und kirchliche Entwicklungen und die den Anforderungen eines neuen Ehrenamtsverständnisses entspricht. Unterstützt werden vor allem Familien, Alleinerziehende, Behinderte, Pflegebedürftige, Ausländer und auch ältere Menschen, die bei der Bewältigung des Alltags auf Hilfe angewiesen sind. Die Gruppen sind Vorbild für weite-

re Aktivitäten an anderen Orten.

Umfassendes Angebot

Zwei 3. Preise, mit jeweils 5.000 Euro dotiert, gehen gleichrangig an das Familienzentrum und Kinderspiel e.V., Poing, und LAVENIR Hilfe für Alleinerziehende e.V., Bayreuth. Das Poinger Zentrum besteht seit 1988 und hat über 1.000 Mitglieder. Das umfassende Angebot für die Familien und Kinder reicht von Ferien-Spielwochen und Kinder-Secondhand-Laden über eine Tagesmuttervermittlung, Hausaufgabenbetreuung, internationale Treffs, Zwillingstammtische bis zu Männertreffs. In ehrenamtlicher Arbeit wurde von den Mitgliedern ohne öffentliche Unterstützung ein Bürocontainer als Unterkunft für das Familienzentrum errichtet.

Der Verein LAVENIR wiederum bietet Alleinerziehenden Hilfe und Unterstützung in Form von Familien-Paten an. Diese Familien-Paten helfen Kindern, die aufgrund der Lebenssituation ihres allein erziehenden Eltern teils oft schlechtere Start- und Entwicklungschancen haben als Kinder, die in Familien aufwachsen. Die Familien-Paten beschäftigen sich mit den Kindern, wenn die Mutter bzw. der Vater einmal keine Zeit hat. Die Paten sind aber auch Ansprechpartner für die Alleinerziehenden z.B. in Erziehungsfragen. **DK**

50 Jahre Schirmherrschaft Bayerns über die Sudetendeutschen:

Aufruf zu direktem Dialog

Festakt in München mit Ministerpräsident Stoiber

Bei einem Festakt zum 50. Jubiläum der Schirmherrschaft Bayerns über die Sudetendeutsche Volksgruppe hat sich Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber erneut für den direkten Dialog zwischen den Repräsentanten der Sudetendeutschen und der Tschechischen Republik ausgesprochen. Er würdigte die über Jahrzehnte hinweg gewachsenen intensiven Beziehungen zwischen Bayern und der Tschechischen Republik, wies aber auch darauf hin, dass es 60 Jahre nach der Vertreibung noch offene, nicht gelöste Fragen gebe.

Die Vertreibung sei und bleibe völkerrechtswidriges Unrecht. Er wünsche sich eine versöhnliche Geste der Tschechischen Regierung gegenüber der deutschen Minderheit in der Tschechischen

Republik und auch gegenüber den Sudetendeutschen, die von der Vertreibung besonders hart getroffen waren.



„Danke Bayern“ sagte die Sudetendeutsche Volksgruppe für 50 Jahre Schirmherrschaft des Freistaats. Zum Festakt kam Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber. Foto: Herbert Fischer

Republik und auch gegenüber den Sudetendeutschen, die von der Vertreibung besonders hart getroffen waren.

Mitgearbeitet am Aufstieg

Stoiber bekräftigte seine Unterstützung zur Gründung eines Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin. Vertreibung sei kein Thema von gestern, sondern bleibe in Europa und in der Welt aktuell. Er kritisierte in diesem Zusammenhang das „Nein“ der Bundesregierung zur Einführung eines nationalen Gedenktags für die Opfer von Vertreibungen. Dies zeige, wie wenig dem Bundeskanzler die Anliegen der Vertriebenen wert seien.

Die 50jährige Schirmherrschaft des Freistaates Bayern über die Sudetendeutsche Volksgruppe bezeichnete Stoiber als Erfolgsgeschichte. Gemeinsam mit allen heimatvertriebenen Flüchtlingen hätten die Sudetendeutschen dem Land kräftige wirtschaftliche, soziale und kulturelle Impulse gegeben. Sie hätten

in Deutschland habe eine Vertriebenenengruppe eine derart breitgefächerte Infrastruktur wie die Sudetendeutschen in Bayern.

MdEP Bernd Posselt, Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft, erinnerte daran, dass Bayern die Sudetendeutschen zu seinem vierten Stamm gemacht und damit dieser Volksgruppe eine Verwurzelung gegeben habe, „ohne die sie längst untergegangen wäre“. Bayern und die Sudetendeutschen hätten sich gegenseitig kulturell, geistig, politisch, wirtschaftlich bereichert.

Als Aufgaben, „die weit über den heutigen Tag hinausgehen“, bezeichnete Posselt zunächst die lebendige Erhaltung und Fort-

Forderungen nach einem Konversionsprogramm:

Bayern verliert 16 Bundeswehrstandorte

Ministerpräsident Dr. Stoiber an Spitze des Protestes
Erwin Huber: Ein verheerender Zapfenstreich / Regensburg schwer getroffen

München (jdt). Lebhaftige Proteste hat die von Bundesverteidigungsminister Peter Struck Anfang November verkündete Bundeswehrreform ausgelöst. Die Zahl der Standorte wird bundesweit von 496 auf 392 verringert. Den 105 Schließungen von Kasernen und Militäreinrichtungen steht nur ein neuer Standort gegenüber. Die Zahl der Dienstposten sinkt, wie aus den Unterlagen des Bundesverteidigungsministeriums hervorgeht, von 339.000 auf 290.300. Umgesetzt werden soll die Reform bis zum Jahr 2010. Bayern ist mit dem „Aus“ für 16 Standorte und der Reduzierung der Dienstposten von 56.500 auf 49.400 stark betroffen.

Ungeachtet dessen bleibt der weißblaue Freistaat mit künftig 68 Standorten (zur Zeit 84) wie bisher das Bundesland mit den meisten Einrichtungen der Bundeswehr, vor Nordrhein-Westfalen (51, jetzt noch 64), Niedersachsen (46, bisher 59) und Baden-Württemberg (künftig 43 statt 52). Allerdings muss Bayern seinen Spitzenrang hinsichtlich der Zahl der Bundeswehrgeliebten an das Land Niedersachsen abgeben (54.900).

Für Irritationen sorgte da und dort der Tatbestand, dass es jetzt noch 572 Standorte gibt. Hierbei handelt es sich um - wie aus dem Verteidigungsministerium verlautet - „bereits entschiedene, noch nicht ausgeführte Standortschließungen seit 1990“. Insgesamt sind es 76, verteilt auf fast alle Bundesländer. Der hierfür vorgesehene Schließungszeit-

entwicklung der Gemeinschaft. Wo möglich, müssten der Generationswechsel und die Generationsergänzung vollzogen werden. Weitere Aufgaben seien die Bewahrung und Fortentwicklung der sudetendeutschen Kultur, die Vermittlung und Darstellung der ungeschminkten Wahrheit, die gegenseitige Wundheilung beim sudetendeutschen bzw. tschechischen Volk sowie der Kampf gegen das Unrecht.

Ungeteilte Menschenrechte

Posselt: „Wir müssen dafür sorgen, dass die künftige Ordnung Europas und der Welt aufgebaut ist auf Recht und Gerechtigkeit, auf dem Recht auf die Heimat, auf Volksgruppen- und Minderheitenrechten, auf ungeteilten Menschenrechten und auf dem Völkerrecht. Die Sudetendeutschen sind Vorkämpfer eines Europa, das ohne diese Volksgruppe sehr viel ärmer wäre. Diese Aufgabe könnten wir nicht schultern ohne die vielen Amtsträger und Mitstreiter. Aber auch nicht ohne Freunde und Verbündete und am allerwenigsten ohne unser Schirmland Bayern. In diesem Sinne freue ich mich auf die Fortsetzung dieser gelebten Schirmherrschaft.“

Diskriminierung bis heute

Johann Böhm, Landtagspräsident a.D. und Sprecher der sudetendeutschen Volksgruppe, wies darauf hin, dass die Sudetendeutschen noch immer diskriminiert seien. Nach wie vor seien sie Opfer einer nationalistischen Politik. Während dies in Bayern wahrgenommen werde, werde es im Bund negiert. Diese Haltung sei problematisch, löse sie doch die Solidarität unter den Deutschen auf und bringe sie gar in einen Zwiespalt.

Leiden beim Namen nennen

Es entspräche berechtigter

deutscher Befindlichkeit, „dass wir zwar deutsche Schuld in keiner Weise bestreiten, dass wir aber auch auf das hinweisen, was unseren Landsleuten angeht worden ist“, fuhr Böhm fort. Aber Grundsatz bundesdeutscher Außenpolitik sei offenbar, Empfindlichkeiten in den Vertreiberstaaten wichtiger zu nehmen als die eigene inderdeutsche Befindlichkeit. Dieser Tendenz arbeite Bayern entgegen. Es nenne auch die Leiden beim Namen, die Deutsche durchgemacht haben. Es stemme sich dagegen, dass eine große Volksgruppe wie die Sudetendeutschen einfach aus der Geschichte katapultiert wird. Die Schirmherrschaft des Freistaats sei eine Bestätigung für dieses Bemühen. **DK**

Bayern verliert 16 Bundeswehrstandorte

Ministerpräsident Dr. Stoiber an Spitze des Protestes
Erwin Huber: Ein verheerender Zapfenstreich / Regensburg schwer getroffen

freiwerdender Bundeswehreinrichtungen.

Sicherheitsrisiko

In der Sitzung des Bayerischen Kabinetts am 9. November stellte Staatskanzleichef Er-

win Huber im Blick auf die Stationierungsreform fest: „Jetzt werden die Haushaltslöcher der Bundesregierung auch noch zum Sicherheitsrisiko für Deutschland ... Die selbstverschuldete Finanznot der rot-grünen Bundesregierung ist ein schlechter Ratgeber für die erforderliche Anpassung an die sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“. Die scharfe Kritik Hubers gipfelte in dem Hinweis darauf, dass es vor allem in den strukturschwächeren Gebieten einen „verheerenden Zapfen-

GZ Kolumne Luitpold Braun

Die Abgeordneten im Juni neugewählten Europäischen Parlaments sind stolz darauf, die von dem künftigen Kommissionspräsidenten Barroso vorgestellte neue Kommission verhindert zu haben. Dies wird als eine Mehrung der Demokratie in Europa dargestellt.

Mag sein, dass die Damen und Herren Abgeordneten damit Recht haben. Ein etwas seltsamer Beigeschmack bleibt trotzdem erhalten. Der ei-



de er zur Zielscheibe all derer, die ansonsten immer die Toleranz für die anderen einfordern. Die dabei deutlich gewordene Intoleranz der „Toleranten“ gibt schon auch Anlass zum Nachdenken. Wenn dies dann auch noch Leute sind, die bis heute nicht den Ideen von Karl Marx abgeschworen haben, dann verwundert dies schon.

Aber es gibt noch weitere merkwürdige Kritiker Buttigliones. Auch der kritische Grüne-Fraktionsvorsitzende Daniel Cohn-Bendit ist nicht gerade ein Beispiel für eine ruhmvolle Vergangenheit. Immerhin gehörte er zu den Rädelsführern der Pariser Studentenunruhen der de Gaulle-Zeit.

Was kann man im Hinblick auf die Familienpolitik eigentlich Buttiglione vorwerfen, der auf die Frage, was er zu alleinerziehenden Müttern ohne Ehemann sage, antwortete: „Das sind die Heldinnen unserer Zeit. Abtreibung ist so einfach. Wenn eine Frau das Kind allein behält und erzieht, hat ihre Haltung großen moralischen Wert.“

Über Qualität und Toleranz lässt sich trefflich streiten

gentliche Aufhänger für die Kritik der Abgeordneten waren ja nicht die als mindestens teilweise unfähig eingestuft zukünftigen Kommissionsmitglieder, der Aufhänger war ja nahezu ausschließlich der vorgesehene italienische Kommissar Buttiglione. Und da stellt sich schon die Frage, was diesen Mann eigentlich „disqualifiziert“? Letztlich hat er ja nichts anderes getan, als sich als gläubiger Katholik zu bekennen. Er vertrat die Lehre seiner Kirche ohne Anspruch darauf, dass diese zur Grundlage einer allgemeinen Gesetzgebung zu machen wäre. Daraufhin wur-

de er zur Zielscheibe all derer, die ansonsten immer die Toleranz für die anderen einfordern. Die dabei deutlich gewordene Intoleranz der „Toleranten“ gibt schon auch Anlass zum Nachdenken. Wenn dies dann auch noch Leute sind, die bis heute nicht den Ideen von Karl Marx abgeschworen haben, dann verwundert dies schon.

Aus für Leipheim

Aufgegeben werden die Standorte Fliegerhorst Leipheim (350 Dienstposten), Bayreuth (130 Kräfte), Augsburg (100 Bundeswehrgeliebte u. a. im Kreiswehrratsamt), Landshut und Marktbergel, mit jeweils 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Geschlossen werden die Kleinstandorte Pfofeld, Nussdorf am Inn, Nordheim am Main, Aschaffenburg, Coburg, Wiesentheid, Erlangen und Weilheim mit zwischen 20 und 3 Stellen.

Stark betroffen ist Penzing von der Auflösung des Lufttransportgeschwaders 61, einem auch durch internationale Einsätze und Hilfsflüge bekannten Verband. Dort werden von 2.360 Dienstposten nur noch 720 verbleiben. Darunter sind Soldaten der Flugabwehrraketengruppe 22. Fast halbiert wird die Substanz des Standortes Landsberg (von 1.040 auf 550 Stellen).

Die Landeshauptstadt München bleibt ein starker Bundeswehrstandort, trotz des Rückbaus von 3.080 Dienstposten

Reichenhall gestärkt

Zu den Gewinnern der Reform gehören Bad Reichenhall mit der Gebirgsjägerbrigade 23, dem Gebirgsjägerbataillon 231 und dem Führungsunterstützungsbataillon 210, das aus Ulm kommt (künftig 2.280 Dienstposten statt bisher 1.490). Personell aufgestockt werden Bischofswiesen (von 1.040 auf 1.590), Füssen (von 1.360 auf 1.780), Mittenwald (von 1.700 auf 1.880) und Manching (von 1.820 auf 1.840).

Lechfeld: 2.100 Stellen

Das Jagdbombergeschwader 32 sichert Untermeitingen („Lechfeld“) mit 1.690 Dienstposten statt seither 1.890 bleibenden militärischen Rang. Hinzu kommen auf dem Lechfeld, in Kleinaitingen, 410 Stellen (bisher 780); das Jagdbombergeschwader 32 gibt dort seine Fliegerhorstgruppe auf. Der Lechfeldstandort verfügt dann noch über 2.100 Dienstposten anstelle von seither 2.670.

Über 1.500 Dienstposten der (Fortsetzung auf Seite 4)

Nicht zur Disposition stellen:

Rechtsansprüche der Vertriebenen

Individuelle Rechtsansprüche der Heimatvertriebenen können nicht zur Disposition gestellt werden“, hat Sozialministerin Christa Stewens, die auch Schirmherrschaftsministerin über die sudetendeutsche Volksgruppe ist, in München erklärt. „Entschädigungslose Enteignungen sind völkerrechtswidrig“, erläuterte die Ministerin.

Vor diesem Hintergrund müsse das politische Ziel die Suche nach einer Verständigung unter Einschluss aller Betroffenen bleiben. „Man darf die Belange der Vertriebenen nicht ausgrenzen, sondern muss sie zum Gegenstand eines direkten und offenen Dialogs zwischen den Repräsentanten der Vertriebenen und der jeweiligen politischen Führung in unseren östlichen Nachbarländern machen. Dies ist die Basis, um zu einer Verständigung mit unseren östlichen Nachbarländern auch in schwierigen Bereichen zu kommen“, betonte Stewens. **DK**



Glück hatte der traditionsreiche Standort Dillingen bei der Bundeswehrreform: In Berücksichtigung der steigenden Bedeutung der Fernmeldetruppe bleiben die „Fernmelder“ in der Donaustadt, mit sogar einem Zuwachs auf 1.030 Dienstposten. Zu Beginn des Jahres 2004 führte Verteidigungsminister Dr. Peter Struck in der Dillinger Kaserne bei einem Truppenbesuch auch Gespräche mit Abgeordneten und Politikern (von links): Bundestagsabgeordnete Doris Meyer, der Dillinger Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl, die Bundestagsabgeordnete Gabi Fograscher, Heinz Paula und Hand Raidel, Minister Dr. Peter Struck, Oberstleutnant Manfred Groß. Bild: -jdt

Investitionen statt Konsum ...

(Fortsetzung von Seite 1)
vor ein verlässlicher Partner der Kommunen ist, beweise der Kommunale Finanzausgleich 2005. Konsequenz betreibe die CSU-Fraktion eine Politik im Interesse der Kommunen: So habe Bayern im vergangenen September das „Gesetz zur Kostenentlastung der Kommunen im sozialen Bereich - KEG“ in den Bundesrat eingebracht, wodurch diese rund 300 Mio. Euro bei der Sozialhilfe und rund 250 Millionen Euro bei der Jugendhilfe einsparen können. Begrüßenswert sei auch, dass die von den Kommunen aufzubringende Solidarumlage schrittweise abgeschafft und vom Freistaat übernommen wird. Dies bedeute für sie eine dauerhafte Entlastung von mindestens 120 Mio. Euro jährlich bis zum Ende des Solidarpaktes 2 im Jahr 2019.

Die Bürger profitieren

In punkto Verwaltungsreform wies Herrmann darauf hin, „dass der Bürger auf jeden Fall vom Abbau der Bürokratie und mehr Effizienz in der Verwaltung profitieren wird“, schaffe dies doch wirtschaftlichen Freiraum und mehr Lebensqualität für alle. Niemand müsse befürchten, dass die Verwaltungsreform zu Lasten einzelner Regionen oder des ländlichen Raumes gehen könnte. Vielmehr werde eine weitere Dezentralisierung angestrebt: „Statt alles zu konzentrieren, verlagern wir Behörden in der Fläche. Eine Bestandsgarantie kann es allerdings nicht geben“, stellte Herrmann klar.

Bayern fit machen

Mit dem Dreiklang „Sparen, reformieren und investieren“ soll Bayern fit gemacht werden für die Zukunft, betonte Staatskanzleichef Erwin Huber nach Grußworten von Neu-Ulms OB Gerold Noerenberg und Erich-Josef Geßner, Neu-Ulmer Landrat und KPV-Bezirksvorsitzender der Schwaben. Deshalb werde nun ein ausgeglichener Haushalt ab 2006 angestrebt - „ein Durchbruch für Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit“.

Dies zeige sich gerade auch bei den Leistungen für die Kommunen: So seien im kommunalen Finanzausgleich die reinen Landesleistungen trotz rückläufiger Steuereinnahmen auf einem sehr hohen Niveau gehalten worden. Auch habe der Freistaat den Großteil kommunaler Steuerausfälle ausgeglichen. Zudem seien die Bedarfszuweisungen für in Not geratene Kommunen 2004 vervierfacht und der Sozialhilfeausgleich um fast 50 Prozent erhöht worden. Und schließlich finanziere Bayern die im Vermittlungsausschuss durchgesetzte Reduzierung der Gewerbesteuerumlage mit.

Kritische Überprüfung

Flexibilität und weniger Staat sei ein weiterer Kernpunkt bayerischer Reformbestrebungen, fuhr Huber fort. Notwendig seien die kritische Überprüfung von Aufgaben, der Abbau von Vorschriften sowie die Veränderung von Strukturen. Ein Drittel der Verwaltungsanweisungen sollen ersatzlos gestrichen werden. Erste Erfolge seien messbar: Seit Januar 2003 ist die Zahl der Landesgesetze von 346 auf 312 zurückgegangen, die Zahl der Landesverordnungen soll bis zum Jahresende von 1162 auf rund 850 reduziert werden.

Huber zufolge ergeben sich neben der Optimierung der bayerischen Staatsverwaltung aus der Verwaltungsreform auch Personaleinsparungen, die sozialverträglich gestaltet werden. Insgesamt ergebe sich durch die

Verwaltungsreform ein Einsparpotenzial von rund 6000 Planstellen.

Einbindung der Spitzenverbände

Der Minister wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass ihm „die umfassende Einbindung der kommunalen Spitzenverbände in allen Phasen des Reformprozesses“ ein persönliches Anliegen ist. Die Schulverwaltung sei ein Beispiel dafür, „dass wir im Einzelfall auch bereit sind, der kommunalen Seite nachzugeben“. Huber wies aber auch darauf hin, dass innerhalb der „kommunalen Familie“ oftmals keine einheitliche Haltung zu Fragen der Verwaltungsreform feststellbar ist. Grundsätzlich gelte: „Das Einzelinteresse muss dem Interesse des Ganzen untergeordnet werden.“ Entscheidend sei eine ausgewogene und gerechte Verteilung staatlicher Einrichtungen über das Land.

Huber warnte abschließend davor, bei den Bemühungen um eine für alle Seiten akzeptable Reform „den ‚Schwarzen Peter‘ hin- und herzuschieben“. Gerade

in Zeiten sinkender Wahlbeteiligung müsse der Bürger wieder Vertrauen in politische Lösungskompetenz und Aufgabenbewältigung gewinnen.

Zum Scheitern verurteilt

Der Oberallgäuer Landrat Gebhard Kaiser mahnte in der anschließenden Diskussion an, dass die Kostenverteilung innerhalb der Kommunen in der jetzigen Form nicht Bestand haben kann. Die Kommunen hätten die „tiefe Verantwortung“, bei der Verteilung der Mittel neue Wege einzuschlagen. Als Mitglied des Bezirkstages von Schwaben und Fraktionssprecher der CSU könne er ein Lied davon singen, was gerade die Bezirke an Verschärfungen zu tragen haben. Zwar habe Bayern zum Ausgleich der nach wie vor überproportional steigenden Ausgaben der Bezirke für die Pflege und die Eingliederung von Menschen mit Behinderung den Sozialhilfeausgleich nach Artikel 15 FAG um 100 Mio. Euro erhöht, doch prognostizierte Kaiser für 2005 „eine große kommunalpolitische Auseinandersetzung aufgrund

Korrekturen bei der Verwaltungs...

(Fortsetzung von Seite 1)
bereits von der Staatsregierung oder - soweit sie wie z.B. zum Erziehungsgeld oder zum Sonntagsfahrverbot von der Staatskanzlei selbst unterstützt wurden - von der Mehrheitsfraktion im Bayerischen Landtag abgelehnt werden, fühlten sich die bayerischen Landräte nicht mehr ernst, „sondern eher auf den Arm genommen“.

Behördenreform geht an Kreisverwaltungsbehörden völlig vorbei

Entgegen allen Vorgaben und Zusagen seitens der Staatsregierung gehe die Behördenreform jetzt praktisch völlig an den Kreisverwaltungsbehörden vorbei. Diese würden sogar noch geschwächt, wenn beispielsweise die hoheitlichen Aufgaben des Waldgesetzes von den Kreisverwaltungsbehörden auf die künftigen Landwirtschafts- und Forstämter übergehen sollen. Damit würde erstmals eine staatliche Sonderbehörde zu einer unteren Verwaltungsbehörde mit eigener Vollzugsverwaltung aufgestuft. „Ich frage mich“, so Zellner, „wie Staatsregierung und Mehrheitsfraktion im Landtag eine solche Entwicklung mit den von ihnen selbst vorgegebenen Zielen vereinbaren wollen, dass moderne Verwaltung vom Bürger aus gedacht und für den Bürger organisiert werden und möglichst große Einsparpotenziale realisiert werden sollen?“

Über 1.500 Vorschläge

Darüber hinaus kritisierte Zellner, dass die Staatsregierung die im Programm „Verwaltung 21“ zu Recht vorangestellte Aufgabenkritik, d.h. Überlegungen zum Verwaltungsabbau und zur Privatisierung, erst gleichzeitig oder nachträglich anstellen will. Der Bayerische Landkreistag habe bereits vor sechs Jahren über 1.500 Vorschläge und im vergangenen Jahr nochmals rund 120 Vorschläge zur Deregulierung vorgelegt. Zellner zufolge muss man zuerst logisch und methodisch überlegen, welche insbesondere hoheitlichen Aufgaben abgebaut werden können, bevor man die Behördenreform angeht.

Statt dessen aber zäume man das Pferd von hinten auf. Letztlich gehe es nicht um mehr Macht für die Landratsämter, sondern um eine Reform, „bei

der Aufgaben dorthin kommen, wo Genehmigungen erteilt werden“.

Zu einzelnen Bereichen des Pakets 2 der Verwaltungsstrukturreform äußerte sich Zellner wie folgt:

Wasserwirtschaftsverwaltung

Der Bayerische Landkreistag ist nach wie vor der Auffassung, dass die Gebietssachgebiete der Wasserwirtschaftsämter in die Landratsämter eingegliedert werden sollten.

Straßenbauämter

Die Erweiterung der Kooperationsmöglichkeiten zwischen den staatlichen Straßenbauämtern und den Landkreisen in Bezug auf den Straßenunterhalt wird begrüßt. Es muss aber im konkreten Fall entschieden werden, welche Person für die Leitung einer derartigen Kooperation am besten geeignet ist; eine Präferenz für die Leitung durch die staatliche Baubehörde ist abzulehnen. An dem Angebot einzelner Landkreise mit einem sehr großem Kreisstraßennetz, auch für Staatsstraßen Unterhaltungsaufgaben zu übernehmen und dadurch dem Staat Einsparungen zu ermöglichen, wird festgehalten.

Vermessungsverwaltung

Der Bayerische Landkreistag spricht sich für Verschlingung und verminderten Einsatz öffentlicher Mittel in diesem Bereich aus; eine Gebührenerhöhung zu Lasten der Benutzer wird jedoch abgelehnt.

Schulverwaltung

Eine orts- und bürgernahe Schulverwaltungsebene bzw. die Schulamtsebene muss erhalten bleiben. 3.000 Volksschulen kann man nicht ausschließlich von einer Mittelinstanz verwalten. Die unverzichtbare Funktion der Schulämter als Vermittlungsstellen zwischen den örtlichen Partnern (Eltern, Jugendämtern, kreisangehörige Gemeinden, Wirtschaft) kann und darf nicht durch die zentral ausgerichtete Behörde „Regionalschulamt“ ersetzt werden.

Landwirtschafts- und Forstverwaltung

Der Bayerische Landkreistag hält die Schaffung neuer Ämter für Land- und Forstwirtschaft und die Ausstattung dieser Fachbehörden mit allgemeiner Verwaltungskompetenz nach wie vor nicht für den richtigen Weg. Das Landratsamt bleibt auch für Land- und Forstwirte die zentrale untere Verwaltungsbehörde, z. B. für die Bereiche Kraftfahr-

nicht stimmiger Mechanismen“.

Es könne nicht angehen, dass man sich mangels finanzieller Masse von Seiten der Bezirke das Geld von den Landkreisen und dann wiederum von den Gemeinden holt. Die jetzige Verteilung der Mittel sei so nicht mehr tragbar, das System zum Scheitern verurteilt.

Einheitlichkeit der Verwaltung

Was die Verwaltungsreform anbelangt, plädierte Kaiser für eine Einheitlichkeit der Verwaltung und die Stärkung des ländlichen Raumes. Bedauerlicherweise sei dies im Reformwerk jedoch nicht vorgesehen, bemängelte der Landrat. Es stelle sich die Frage, warum die Staatsregierung den Landkreisen bzw. den Verantwortlichen vor Ort nichts mehr zutraue. Alles und jedes in zentralen Fachbehörden zusammenzufassen (siehe Forst- und Landwirtschaftsverwaltung) könne nicht des Pudels Kern sein. Dieser Weg sei nicht zielführend. Deshalb Kaisers Appell: „Nur wenn Sie diese Reform mit den Kommunalpolitikern und Landkreisen durchführen, wird sie erfolgreich sein!“ DK

zeugzulassung, Baurecht, Immissionsschutzrecht, Naturschutzbund.

Außenstellen von Behörden und Gerichten

Der Wegfall eines Behördenstandortes trifft den ländlichen Raum wesentlich stärker als den verdichteten Raum, der meist über eine Reihe anderer öffentlicher Einrichtungen verfügt. Der Bayerische Landkreistag setzt sich deshalb dafür ein, Behörden und notwendige Außenstellen, soweit möglich, im ländlichen Raum zu halten. Allerdings gilt auch hier der Grundsatz, dass eine Behördenreform kein Selbstzweck sein darf und die Kosten-Nutzen-Analyse sorgfältig durchgeführt werden muss.

Regierungsstellen

Die beabsichtigte erneute Prüfung, inwieweit Aufgaben der Regierungen auf die Kreisverwaltungsbehörden übertragen werden können, ist notwendig. Der Bayerische Landkreistag ist bereit, sich an der nochmaligen Überprüfung bisher nicht umgesetzter sowie etwaiger neuer Vorschläge zu beteiligen.

Intensiver Dialog

Staatskanzleichef Erwin Huber kündigte unterdessen an, den intensiven Dialog mit den bayerischen Kommunen über die Verwaltungsreform fortzusetzen: „Wir haben alle Schritte der Verwaltungsreform intensiv, konstruktiv und gründlich mit den kommunalen Spitzenverbänden diskutiert. Diesen Dialog setzen wir fort.“ So werde bei der Überprüfung des Aufgabenzuschnitts der Regierungen überlegt, welche Funktionen auf die örtliche Ebene verlagert werden können. „Dass dabei der Sachverstand des Landkreistages einbezogen wird, versteht sich von selbst“, betonte Huber.

Zudem profitierten die Kommunen ganz wesentlich vom Abbau von Vorschriften, Genehmigungen und Prüfungen im Rahmen der Verwaltungsreform. Huber: „Hier sind erste Erfolge messbar. Seit Januar 2003 ist die Zahl der Landesgesetze von 346 auf 312 zurückgegangen. Die Zahl der Landesverordnungen soll bis Ende des Jahres von 1.160 auf rund 850 reduziert werden. Bis zum Jahr 2008 wollen wir den Umfang der Verwaltungsanweisungen um ein Drittel reduzieren. Das erleichtert gerade den Landratsämtern die Arbeit.“ DK

Bayern fordert für die Kommunen:

Bundeswehrgrundstücke kostengünstig anbieten

Bundesregierung muss bei Standortschließungen helfen / Bewährtes Netzwerk gefährdet

München (jdt). Mit kritischem Blick auf die erweiterte Bundeswehrreform betonte Staatskanzleichef Erwin Huber die Notwendigkeit von „nationalen Konversionsplänen“. Hier sei die Bundesregierung gefordert. Der Bund müsse, so Huber, den von Standortschließungen bzw. umfangreichen Reduzierungen betroffenen Kommunen angemessene Umstrukturierungshilfen leisten („Mit den Schließungen wird einigen Gemeinden regelrecht der Teppich unter den Füßen weggezogen“). Mit Nachdruck forderte Erwin Huber den Bund auf, von der Bundeswehr geräumte Grundstücke den Gemeinden kostengünstig und altlastenfrei zum Kauf anzubieten.

Die Bayerische Staatsregierung werde ihrerseits, wie Huber ankündigte, den betroffenen Gemeinden im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Seite stehen. Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu sei beauftragt worden, mit den von größeren Schließungs- und Reduzierungsmaßnahmen heimgesuchten Kommunen Kontakt aufzunehmen, um bei der Bewältigung der Folgen Unterstützung zu geben.

Bei Notlagen bewährt

Unverständnis äußerte Huber für die Auflösung der Verteidigungskommandos auf Bezirks- und Kreisebene. Künftig werde es in Bayern nur noch eine einzige Landeskommandobehörde geben. Das bewährte Netzwerk der zivilmilitärischen Zusammenarbeit auf regionaler und kommunaler Ebene würde damit aufgegeben, das sich bei Katastrophenfällen und anderen Notlagen bewährt habe, mit der Garantie schnellstmöglicher Hilfe.

Der nordschwäbische Stimmkreissabgeordnete im Bundestag, Hans Raidel, sprach von grundsätzlich falschen Weichenstellungen des Bundes. Damit werde die Fähigkeit der Bundeswehr zur Abwehr von Bedrohungen im Inland und zur Landesverteidigung weiter reduziert. Deutlich wurde, wie Raidel

herausstellte, der nicht zu verantwortende Rückzug der Bundeswehr aus der Fläche am Beispiel Bayerns. Dies habe gravierende Folgen auf das Reservisten-Konzept. Verbesserungen seien hier unabdingbar. <

Bayern verliert 16 ...

(Fortsetzung von Seite 3)
Bundeswehr haben in absehbarer Zeit noch Hammelburg (1.830 statt 2.490), Volkach (1.530 anstelle 1.690) und Erding (1.520, bisher 1.970).

Ingolstadt: Pionierzentrum

Aufgestockt werden die Standorte Fürstenfeldbruck (von 1.360 auf 1.410), Ingolstadt als Pionierzentrum (von 310 auf 1.330), Feldkirchen (von 1.160 auf 1.330), Kempten (von 780 auf 1.020), Kümmerbruck (von 990 auf 1.100), Pfreind (von 720 auf 1.130), Dillingen (von 960 auf 1.030), Freyung (von 780 auf 820), Oberveichtach (von 900 auf 920) und Cham (von 230 auf 800).

Kaufbeuren verliert wenig Stellen (1.210 statt bisher 1.270), Bogen wächst leicht (von 1.020 auf 1.210 Dienstposten), Donauwörth sind 930 Stellen zuge-dacht (bisher 1.310), Murnau 770 Stellen statt bisher 950.

Das Jagdbombergeschwader 74 bleibt Neuburg an der Donau erhalten (mit 1.390 Dienstposten anstatt bisher 1.600). Neuburg hat in Zukunft 1.440 Stellen anstelle von bisher 1.560. Überleben wird die Reform Pöcking mit der Fernmeldeschule und Fachschule des Heeres für Elektrotechnik, mit der Zurückstufung von 640 auf 580 Kräfte.

Schmerzlich getroffen wird von der Bundeswehr-Neugliederung Regensburg. Dort verbleiben von 2.140 Dienstposten nur noch 150. Die Proteste sind stark. Roding wächst auf 1.050 Stellen (bisher 800). Sonthofen verliert 130 Mitarbeiter (künftig 950). Veitshöchheim kann überleben mit 1.380 Dienstposten (bisher 1510). <

Ganztagsbetreuungsgesetz:

Populismus des Bundes auf Kosten der Kommunen

Als eine beispiellose Zumutung für die Kommunen bezeichnete Landkreistagspräsident Theo Zellner die Verabschiedung des Tagesbetreuungsgesetzes durch den Deutschen Bundestag: „Angesichts leerer Kommunalkassen grenzt es fast schon an Zynismus, wenn wieder einmal von der Bundesregierung ein Leistungsgesetz beschlossen wird, das zwar populär bei den Betroffenen ankommt, aber von den Kommunen zu bezahlen ist.“

Wenn die Bundesregierung behaupte, dass die Kommunen die notwendigen 1,5 Milliarden Euro für den Vollzug dieses Gesetzes aus einer angeblichen Entlastung durch Hartz IV erhalten, sei dies „eine reine Luftbuchung, die durch nichts belegt und schon gar nicht solide gerechnet ist“. Neben der neuen Belastung „Unterkunft für die Arbeitslosengeld II - Empfänger“ komme mit dem Ganztagsbetreuungsausbaugesetz eine weitere Milliardenbelastung hinzu. Das von Kanzler Schröder wiederholt gemachte Versprechen, dass mit Hartz IV die Kommunen um Milliarden entlastet würden, werde ad absurdum geführt, denn es komme eine neue riesige Belastung auf die Kommunen zu.

Zellner: „Unbestritten brauchen wir mehr Betreuungsangebote für unter Dreijährige, damit Alleinerziehenden geholfen werden kann, aber die Finanzierung muss solide und ehrlich sein. Das Prinzip, dass der, der anschafft auch bezahlen soll, wird sträflich vernachlässigt. Das Verhalten der Bundesregierung ist ungläubwürdig, weil andere zu bezahlen haben. Es ist höchste Zeit, dass das Konnexitätsprinzip auch für den Bund gelten muss. Die Föderalismuskommission sollte diese Forderung aufgreifen. Außerdem sollte sich die Bundesregierung endlich des vom Bundesrat auf den Weg gebrachten Gesetzes zur finanziellen Entlastung der Kommunen annehmen, um die unerträglich gewordenen Fehlentwicklungen sowohl bei der Kinder- und Jugendhilfe als auch bei der Sozialhilfe zu korrigieren.“ DK

Thüga und LEW vorbildliche Beispiele:

Stadtwerke fahren gut mit starken Partnern aus der Energiewirtschaft

Gäste beim Wirtschaftsbeirat der Union - Vorgaben des VKU

Schöneich: Jedoch kommunalen Einfluss nicht für kurzfristige finanzielle Vorteile aufs Spiel setzen

Ein Plädoyer für ein faires Miteinander von Stadtwerken und Unternehmen der Privatwirtschaft, aber eine Absage an Kampfparolen aus der Ecke des BDI, der die Kampagne „Vorfahrt für die private Wirtschaft“ inszeniert hatte, bekamen die Zuhörer im Wirtschaftsbeirat der Union - durchwegs Fachleute - zu hören. Michael Schöneich, Geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), Köln, ebenso Armin Geiß, Vorsitzender des Thüga-Vorstandes (München), und Ulrich Kühnl, Vorstandsmitglied bei den Lechwerken (LEW), Augsburg, waren als Referenten zum Thema „Kommunale Energiewirtschaft und Privatwirtschaft“ erschienen.

Geiß ging auf die bewährte, jahrzehntelange Zusammenarbeit seines Hauses mit inzwischen weit über hundert Kommunen ein. „Überzeugen, nicht überstimmen“ sei das Leitmotiv der Thüga; ihre Partner seien in der Regel Mehrheitsgesellschaften. „Wir setzen“, so Kühnl, „auf regionale Partnerschaften zur Stärkung der Wettbewerbssituation und zur Verbesserung der Kostenstrukturen sowie der jeweiligen Kompetenzen“.

Subsidiaritätsklausel

Dass freilich nicht überall auf gutes gemeinsames Agieren am Markt gesetzt wird, davon wusste Schöneich zu berichten. In Hessen werde gegenwärtig versucht, durch Änderungen am überkommenen Gemeindefinanzierungsrecht die kommunalen Wirtschaftsunternehmen eng einzugrenzen (Stichwort: strenge Subsidiaritätsklausel), um den Privatisierungsdruck zu erhöhen.

In München sei die Handwerkschenschaft gegen die Stadtwerke zu Felde gezogen, weil diese Strom-Anschlussleistungen auf dem Oktoberfest anbieten. Diese Konkurrentenklage habe aber die BGH inzwischen zurückgewiesen.

Konstruktive Zusammenarbeit

Der VKU ist die Interessenvertretung von 1.400 Unternehmen, darunter 650 Kapitalgesellschaften (zu 40 Prozent gemischtwirtschaftliche Unternehmen mit privaten Minderbeteiligungen - auch von ausländischen Investoren). Von den zehn größten Stadtwerken in Deutschland sind nur die von München und Leipzig noch „reinrassig kommunal“. Mit dem Hinweis auf Thüga und RWE/LEW erklärte Schöneich, hier würden nicht irgendwelche Gegensätze zwischen öffentlichen und privaten Bereich gepflegt, sondern werde

konstruktiv und partnerschaftlich zusammengearbeitet und Geld verdient. „Man kann auch sagen, praktisch haben diese zahlreichen gemischtwirtschaftlichen Unternehmen eine Brückenfunktion zwischen kommunalen und privatem Wirtschaftsbereich“.

Im Grundsatz verankert

Zur Existenzberechtigung der kommunalen Wirtschaft verwies Schöneich auf die in Art. 28, Abs. 2 Grundgesetz verankerte kommunale Selbstverwaltung. Unstrittig gebe dieser Artikel auch das Recht zur eigenen wirtschaftlichen Betätigung. Das werde durch die Gemeindefinanzierungsrechte der Länder meist dahin ergänzt, dass diese Betätigung zu öffentlichen Zwecken oder zum Zwecke der Daseinsvorsorge erfolgen müsse.

Der Privatwirtschaft könne andererseits nicht verübelt werden, wenn sie Auswüchse ungezügelter Kommunalwirtschaft anprangert und es als unlauteren Wettbewerb ansieht, wenn Stadtwerke über die Grundversorgung hinaus tätig werden. In Grenzbereichen müsse jedoch jeweils der Einzelfall bewertet werden.

Insgesamt bin ich aber der Auffassung, es sollte nicht über das Ob der kommunalen Wirtschaft gestritten werden, sondern

allenfalls über das Wieviel. Ansonsten sollte man wie im Finanzbereich mit den öffentlich-rechtlichen Sparkassen oder wie in der Medienwelt mit öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten ein angemessenes Nebeneinander öffentlicher und privater Anbieter akzeptieren. Ich sehe hierin auch den Vorteil eines notwendigen und nützlichen Wettbewerbs“.

Vorgaben aus Brüssel

Unter Berücksichtigung seiner Erfahrungen beim VKU weiß Schöneich, dass sich trotz immer wieder aufflackernder und geschürter Stürfeuer das Klima zwischen privater und öffentlicher Wirtschaft verbessert. Gefördert hätten das nicht zuletzt die von der EU-Kommission entwickelten Grundsätze zum Bereich Dienstleistungen. Diese seien

- ≪ zum öffentlichen Wohl außerordentlich wichtig,
- ≪ sie müssten funktionieren,
- ≪ und im Wettbewerb erbracht werden,
- ≪ In diesem Wettbewerb seien alle Anbieter gleichermaßen willkommen, unabhängig davon, wer Eigentümer ist.
- ≪ Alle Anbieter - gleichgültig ob private, kommunale oder gemischtwirtschaftliche - müssten gleich behandelt werden.

Auch auf das Europäische Parlament berief sich Schöneich. Er habe im Januar 2004 generell betont, das eine Vielzahl von Leistungen der Daseinsvorsorge im fairen Wettbewerb erbracht werden kann. Schöneich: „Das EU-Parlament unterstreicht, dass dabei private und öffentliche Unternehmen grundsätzlich gleich behandelt werden müssen“.

Also nach europäischen Rechtsgrundsätzen - jetzt auch niedergelegt im EU-Verfassungsentwurf (Art. III-6) - komme es darauf an, dass diese Dienstleistungen erbracht werden und nicht darauf, wer sie erbringt. Es sei mithin nebensächlich, ob ein privater oder ein öffentlicher Eigentümer hinter der Dienstleistung steht.

Die Abschaffung öffentlicher Monopole und die zunehmende Liberalisierung wichtiger Versorgungsmärkte trügen ebenfalls zur Entkrampfung des Verhältnisses zwischen privater und kommunaler Wirtschaft bei. Ein Beleg dafür sei längst die Entwicklung öffentlich-privater Partnerschaften im kommunalen Bereich.

Verunsicherung überwunden

Schöneich ging schließlich auch auf die Verunsicherung ein, die die erste große Energierechtsnovelle von 1998 bei den 600 bzw. 560 kommunalen Strom- und Gasversorgern verursacht habe. Das habe damals die bange Frage aufgeworfen, wie der Liberalisierungsprozess ende. Die Antworten seien unterschiedlich ausgefallen. Die einen hätten sich mit ihren Vorlieferanten verbündet, durch Teilverkäufe den Weg in die vertikale Integration gesucht. Andere hätten

sich horizontal verbündet. Hier seien 50 nennenswerte Kooperationen von Stadtwerken untereinander entstanden. Ein großer harter Kern an Stadtwerken habe auf den Alleingang gesetzt.

Die Stadtwerke-Landschaft sei somit heterogener und - gerade hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse - bunter geworden. Im gleichen Maße hätten die Verteufelungen zwischen öffentlichen und privaten Bereich nachgelassen.

VKU-Grundsätze

Vor diesem Hintergrund hätten sich im VKU dazu folgende Grundsätze herausgebildet:

- ≪ Dienstleistungen von allgemeinem Interesse sind weiter Domäne der Stadtwerke, meist nach dem Konzept „Alles aus einer Hand“ (Strom, Gas, Fernwärme, Wasser, Abwasser, z. T. auch Abfallentsorgung).
- ≪ Es gibt kein Patentrezept und keinen Königsweg in die Zukunft; die kommunalen Anteilseigner müssen immer wieder neu entscheiden.

Dabei sei u. a. zu prüfen/entscheiden über den wirtschaftlichen Erfolg, über wegfallende bzw. reduzierte Gewinnausschüttungen; welche Bedeutung hat ein Verkauf/Teilverkauf auf die Arbeitsplätze in der Region; wer steht als privater Partner zur Verfügung und was bringt dieser mit. Sein Fazit fasste Schöneich so zusammen: Die kommunale Mehrheit sollte auf keinen Fall wegen eines kurzfristigen finanziellen Vorteils für den Haushalt aufs Spiel gesetzt werden. Und die Stadtwerke dürfen sich von ihrem Selbstverständnis her nicht auf die Rolle eines regionalen Verkaufsbüros des Vorlieferanten (Fortsetzung auf Seite 6)

N-ERGIE-Energiegespräche:

Investitionen in der Region

Über aktuelle Entwicklungen im eigenen Unternehmen und in der Branche informierte die N-ERGIE Aktiengesellschaft im Rahmen kommunaler Energiegespräche in Rothenburg und Langlaur. Einen Höhepunkt bildete das Referat von Professor Dr. Walter Krämer von der Universität Dortmund, der sich in seinem Vortrag „Deutsch oder Denglisch“ mit Sprachverfall und kultureller Selbstaufgabe beschäftigte.

In Rothenburg unterzeichneten der Vorsitzende des Bayerischen Gemeindetags/Bezirksverband Mittelfranken, Franz Winter, und Vertreter von N-ERGIE eine Rahmenvereinbarung über die Stromlieferung für kommunale Liegenschaften und Zweckverbände. Die neue Rahmenvereinbarung mit einer Vertragslaufzeit vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2008 setzt die langjährige Zusammenarbeit zwischen der N-ERGIE und den Kommunen in ihrem Netzgebiet fort. Sie ermöglicht es den Zweckverbänden und Gemeinden, für deren Liegenschaften wie Schulen, Kläranlagen, Feuerwehrhäuser bis hin zur Straßenbeleuchtung, Strom zu günstigen Konditionen zu beziehen.

Planungssicherheit

Der Vertrag erlaubt den Gemeinden langfristige Planungssicherheit ohne Risiko. Denn auch wenn die Strompreise weiter ansteigen, zahlen die Kommunen nicht mehr als den in der Vereinbarung festgelegten Preis. Sinken die Großhandelspreise für Strom dagegen, so erhalten auch die Kommunen einen Preisnachlass. Eine vergleichbare Flexibilität sieht die Rahmenvereinbarung für Netznutzungsentgelte vor. Im Falle sinkender Netznutzungsentgelte, wie sie von Ex-

weiten Graben“ in Ühlfeld, „Hündlein“ in Iphofen oder „Schlossberg“ in Rödelsee.

Sukzessive Verkabelung

1,1 Mio. € fließen in die Umstellung von Freileitung auf Kabel im Niederspannungsnetz, z.B. in Klausaurach, Oberahorn, Hechelbach oder Weimersheim. Die N-ERGIE führt die bisherige Politik der sukzessiven Verkabelung von Mittelspannungsfreileitungen fort. Beispiele hierfür sind in diesem Jahr die Orte Schernberg-Herrieden, Gülchsheim oder Eßfeld mit einer Investition von insgesamt 365.000 € Sanierungen von 20-kV-Leitungen und Auswechslung von Masten wurden z.B. vorgenommen zwischen Markt Bibart und Iphofen, Neusitz und Östheim, Gelchsheim und Gülchsheim, Marktstef und Eßfeld, Leuterhausen und Neunstetten. Sie schlugen mit insgesamt 700.000 € zu Buche. Neu- und Unterhaltinvestitionen im Bereich der Gasversorgungsnetze machen 2004 in der Region Rothenburg rund 910.000 € aus.

Ausbau des Erdgasnetzes

Die größte Einzelinvestition in der Sparte Erdgas in der Region Rothenburg war die Erschließung von Wilburgsteden und Mönchsroth an das Erdgasnetz. Der Hauptanteil mit 2,5 Mio. € fiel im vergangenen Jahr an, in diesem Jahr kamen nochmals 250.000 € dazu.

Die Versorgungssicherheit zu gewährleisten zählt neben Wirt-

Verlässlicher Partner

„In Zeiten der Finanznot müssen Kommunen verlässlich planen können. Mit den ausgehandelten Vertragskonditionen ist dies gesichert. Die N-ERGIE hat sich in fairen Verhandlungen als verlässlicher und innovativer Partner bewiesen“, erläuterte Franz Winter bei der Vertragsunterzeichnung.

In der Region Rothenburg, die die Landkreise Ansbach, Neustadt a.d. Aisch/Bad Windsheim, Kitzingen und Würzburg umfasst, werden insgesamt rund 9,8 Mio. € in die Stromnetze investiert (Neuinvestitionen sowie Unterhalt). Allein für die Erschließung von Neubau- und Gewerbegebieten werden in diesem Jahr in der Region Rothenburg 1,9 Mio. € aufgebracht. Beispielsweise werden erschlossen: das Baugebiet „Hausackerweg“ in Marktstef, „Am Weidengraben“ in Langenfeld, „Am



Bei der Gründung der neuen Infrastruktur- und Projektgesellschaft (v.l.n.r.): Wilhelm Probst (Vorstandsmitglied N-ERGIE), Bernhard Gottbehüt (1. Bürgermeister Stadt Stein), Gerd Schmiedehausen (Geschäftsführer impleaPlus GmbH), Peter Bursy (Geschäftsführer IPST mbH).

schaftlichkeit und Umweltverträglichkeit zu den Kernzielen, die im Energiewirtschaftsgesetz festgelegt sind. Die N-ERGIE Aktiengesellschaft investiert 2004 insgesamt rund 87 Mio. € in die Strom- und Erdgasnetze - zehn Mio. oder 13 Prozent mehr als im vergangenen Jahr.

Versorgungssicherheit

Etwa 32 Mio. € gehen in Neu- und Ersatzinvestitionen für das Stromnetz (z.B. für die Umstellung von Freileitungen auf Kabel, Baulandfreimachung oder für den Stromanschluss von Neubaugebieten). Weitere rund 30 Mio. € fließen in den technischen Unterhalt von Einrichtungen der Stromversorgung (wie Instandhaltung der Mittel- und Niederspannungsnetze, Transformatorstationen, Straßenbeleuchtung etc.). Die restlichen rund 25 Mio. € sind für das Erdgasnetz notwendig (z.B. Neubau, Erneuerung und Instandhaltung des Versorgungsnetzes, Erdgaserschließung, Hausanschlüsse).

Photovoltaik-Boom

Wie bei den Energiegesprächen in Rothenburg und Langlaur verlautete, verzeichnet N-ERGIE seit 1. Januar 2004 einen Boom bei der Beantragung von Photovoltaik-Anlagen. Ursache hierfür sind höhere Einspeisevergütungen. Bis zum Ende des dritten Quartals 2004 gingen 2860 Anträge bei dem Energieversorger ein. Zum Vergleich: Im gesamten Jahr 2003 waren es 765. Die Mindestvergütung für Photovoltaik-Anlagen beträgt seit Januar 45,7 Cent pro kWh. Anlagen bis 30 kWp auf Gebäuden erhalten 57,4 Cent pro kWh, größere Anlagen etwas weniger. Gebäudeintegrierte Anlagen können zusätzlich 5 Cent je kWh beanspruchen. In Einzelfällen erhält der Einspeiser bei Neuanlagen damit jetzt bis zu 36 % mehr vergütet als im Jahr 2003.

Die Gesamtleistung der beantragten Anlagen verzehnfachte sich im Vergleich zum Vorjahr bereits in den ersten fünf Monaten. 2003 wurden 6,3 Megawatt an das Stromnetz der N-ERGIE angeschlossen. Die große Nachfrage nach PV-Modulen führte auch zu Lieferengpässen bei den Herstellern. Dadurch gingen die Anfragen im Sommer 2004 zurück. Auch bei Biogasanlagen ist die Anzahl der Anträge durch das neue Erneuerbare-Energien-Gesetz vom 21. Juli 2004 stark angewachsen.

Preis Anpassung

Die Erdgaspreise wurden zum 1. 10. 2004 um brutto 0,29 Cent pro Kilowattstunde erhöht. Auch hier machten die stark gestiegenen Bezugskosten die Preis-anpassung notwendig, nachdem die N-ERGIE ihre Erdgaspreise im April 2004 um 0,15 Cent pro Kilowattstunde gesenkt hatte.

Dienstleistungen für Kommunen

N-ERGIE hat Dienstleistungen entwickelt, die den Kommunen die Chance eröffnen, Zeit und Geld zu sparen ohne Kapital zu binden: Contracting ist ein Modell, das es Kommunen und Unternehmen erlaubt, durch den Austausch veralteter technischer Anlagen finanzielle und ökologische Einsparpotenziale zu nutzen. Die Fachleute der N-ERGIE analysieren die aktuellen Betriebs- und Verbrauchssituation der gebäudetechnischen Anlagen und erstellen auf dieser Basis ein für die Kommune individuelles Contracting-Paket.

Facility Management schafft für Kommunen und Unternehmen Freiräume bei der Verwaltung und dem Unterhalt ihrer Immobilien. Die langjährigen Erfahrungen der N-ERGIE auf diesen Gebieten und kurze Abstimmungsprozesse durch räumliche Nähe in der Region sind wichtige Vorteile für den Kunden. „Spürbar näher“ alle Dienstleistungen aus einer Hand - und zwar maßgeschneidert für den Kundenbedarf - ist der Anspruch des Energieversorgers.

Die N-ERGIE arbeitet seit Jahren vertrauensvoll und eng mit Kommunen und Unternehmen in der Region zusammen. Im Rahmen von Konzessionsverträgen, Strom- und Erdgaslieferungen, Straßenbeleuchtung, Gebietserschließungen und Dienstleistungen kooperiert die N-ERGIE mit rund 260 Kommunen. **DK**

Stadtwerke fahren gut ...

(Fortsetzung von Seite 5) ranten reduzieren lassen. Auch bei privaten Beteiligungen dürfen die Stadtwerke ihre Identität als kommunale Infrastrukturunternehmen nicht verlieren.

200 Thüga-Experten

An die 200 erfahrene, auf die Problemstellungen kommunaler Energieversorger spezialisierte Berater und Dienstleister bietet die Thüga für Einkauf, Handel, Vertrieb, Betriebswirtschaft, Recht, Steuern, Energiewirtschaft, Technik, EDV, Kommunikation und Versicherungen, so Geiß in seinem Beitrag.

Charakteristik des Thüga-Modells seien Beratung und Betreuung, aber keine Dominanz. „Was aufgrund eines Ratschlages der Thüga geschieht, entscheidet allein die Geschäftsführung der Beteiligung“. Die Thüga übernehme bei allem unternehmerische Mitverantwortung auf partnerschaftlicher Basis. Dank einer dezentralen Ausrichtung der Beteiligungen bleibe die Wertschöpfung der kommunalen Energieversorger vor Ort. „Wir haben keine Vorlieferanten-Interessen und partizipieren nur an der Ausschüttung entsprechend der Quote.“

Stadt Stein und impleaPlus: Infrastruktur- und Projektgesellschaft

Den Gesellschaftsvertrag zur Gründung der Infrastruktur- und Projektgesellschaft Stein mbH (IPSt) unterzeichneten Anfang November Bürgermeister Bernhard Gottbehüt, Stadt Stein, und Gerd Schmiedehausen, Geschäftsführer der impleaPlus GmbH - ein Tochterunternehmen der N-ERGIE Aktiengesellschaft (74,9 Prozent) und der Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Nürnberg wbg (25,1 Prozent). An dem Unternehmen, das ein Stammkapital von 50.000 Euro hat, sind die Stadt Stein mit 51 Prozent und die impleaPlus GmbH mit 49 Prozent beteiligt.

Gegenstand des Unternehmens sind der Erwerb und die Vermarktung von Grundstücken, die Entwicklung und Realisierung von Wohn-, Gewerbe- und sonstigen Baugebieten und von Freizeit- und Erholungsanlagen jeder Art im Stadtgebiet Stein, sowie die damit in Zusammenhang stehenden Dienstleistungen und sonstige Maßnahmen zur Förderung der Ansiedlung von Gewerbe und Handel.

Neue Wege der Zusammenarbeit

Mit der Gründung der Infrastruktur- und Projektgesellschaft mbH in Stein beschreibt die N-ERGIE Aktiengesellschaft zusammen mit ihrer Tochter impleaPlus einen neuen Weg der Zusammenarbeit mit Kommunen. „Dieses Modell zwischen Kommune und Wirtschaft gibt uns die Möglichkeit, Synergien in der Abwicklung von Infrastrukturmaßnahmen zum Wohle der Steiner Bevölkerung zu nutzen“ so Bernhard Gottbehüt, Erster Bürgermeister der Stadt Stein bei der Vertragsunterzeichnung.

Für Wilhelm Probst, Vorstandsmitglied der N-ERGIE Aktiengesellschaft, zeigt die Neugründung der Gesellschaft, dass die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der N-ERGIE und Kommunen auch im liberalisierten Energiemarkt fortgesetzt wird. „Unsere Tochterunternehmen wurden mit der Zielsetzung gegründet, ein Netzwerk mit Partnern aufzubauen. „Wir hoffen, dass dieses Modell auch in anderen Kommunen Anklang findet“ so Probst.

Eher nebenbei ließ Geiß wissen, dass die Thüga in Italien bereits an 40 eigenständigen Gesellschaften beteiligt ist, die 560.000 Gaskunden beliefern.

LEW: Partnerschaft auf Augenhöhe

Die LEW sind der „RWE-Energy Gruppe Deutschland“ zugehörig, aber noch 6,74 bzw. 3,39 Prozent der AG-Anteile liegen bei öffentlichen Händen und im Streubesitz. Die RWE-Konzernspitze gewichtet die regionale Ausrichtung, so Ulrich Kühnl, ihrer schwäbischen LEW nach dem Motto „Partnerschaft auf Augenhöhe“. Zur Vertiefung der LEW-Marktstrategie werde auf eine „easy living-Kundenkarte“ gesetzt. Bis August seien hiervon 106.000 ausgereicht worden; mit 290 „Akzeptanzstellen“ unterhalte man Partnerschaften. Mit einer Neustrukturierung habe die LEW AG auf den neuen regulatorischen Rahmen geantwortet, sei dadurch mit ihrem Kooperationsmodell individueller und flexibler geworden. Das stärkere Miteinander der regionalen Energieversorger habe, so Ulrich Kühnl, positive wirtschaftspolitische Impulse für Bayerisch-Schwaben gezeigt. **mbh**

Regenerative Energien in der Kommune:

E.ON Bayern in Oberfranken - Partner der Kommunen

„Regenerative Energien in der Kommune“ - unter diesem Motto stand das oberfränkische Kommunalforum des Energiedienstleisters E.ON Bayern auf Schloss Thurnau. Landrat Söllner dankte E.ON Bayern Generalbevollmächtigtem Rolf Wutschka in seinem Grußwort für das „hervorragende Verhältnis zur kommunalen Familie“. Er wies darauf hin, dass der Landkreis eine Vorreiterstellung bei den erneuerbaren Energien einnimmt und dies auch mit der Gründung der Energie-Agentur Oberfranken unter Beweis gestellt habe. E.ON Bayern habe sich auch durch die Beteiligung an der Energie-Agentur zukunftsorientiert und weitsichtig gezeigt und man habe „in wichtigen Themen stets einen gemeinsamen Nenner gefunden“.

Rolf Wutschka informierte rund 140 Repräsentanten fränkischer Kommunen, davon zahlreiche Bürgermeister, über die aktuelle Strompreisdiskussion und den geänderten ordnungspolitischen Rahmen und versicherte, dass E.ON Bayern um eine laufende Verbesserung des Angebots für seine Kommunen bemüht sei.

Biomasse, Biogas und Blockheizkraftwerken.

Spitzenposition

Im Netz von E.ON Bayern fließen rund 20 Prozent regene-

rative Energien. Damit nimmt E.ON Bayern in Deutschland eine Spitzenstellung bei der erneuerbaren Energie ein. In seinem rd. 50.000 Quadratkilometer umfassenden Vertriebsgebiet hat E.ON Bayern bei der Realisierung von mehr als 10.000 Wärmepumpen, über 1.000 Photovoltaikanlagen und rund 100 Biomasse- und Biogasanlagen mit geholfen.

Zur Förderung der regenerativen Energieerzeugung hat E.ON Bayern allein in den vergangenen fünf Jahren 50 Mio. Euro investiert. Das Motto lautet: Umweltschonende Energie aus der Region für die Region. ☞



Landrat Klaus Peter Söllner begrüßte 140 Repräsentanten fränkischer Kommunen auf Schloss Thurnau. ☞

Chancen und Irrwege

Prof. Dr. Jochen Fricke vom Zentrum für angewandte Energieforschung Bayern sprach über Chancen und Irrwege der regenerativen Energien. Laut dem Experten ist eine CO₂-Einsparung am ehesten durch energetische Altbauinsanierung zu realisieren. Er empfiehlt an zweiter Stelle die Modernisierung von Kohlekraftwerken und schließlich den Erhalt bzw. Neubau von Kernkraftwerken. Für volkswirtschaftlich wenig geeignet hält er den Ausbau von Wind- und Solarenergie. Sinnvoll sei dagegen Forschung und Entwicklung insbesondere bei der Photovoltaik weiter zu betreiben.

Planungsprozesse

Regierungsdirektor Georg Weinkamm von der Regierung von Oberfranken informierte über Planungsprozesse und Genehmigungsverfahren im Bereich Windenergie. Burkhard Butz, Kommunalen Kundenbetreuer bei E.ON Bayern, erläuterte die betriebswirtschaftliche Seite von Windkraft, Solarenergie, Kraft-Wärme-Koppelung,

E.ON Bayern:

Neue Outfits für Fußball-Jugend

Neustadt/Erlach - Die bayrische Fußball-Jugend kickt in E.ON Bayern-Trikots. Deutschlands größter regionaler Energiedienstleister stattet zahlreiche Jugend-Fußballmannschaften mit Trikotsätzen aus. Das Unternehmen will damit einen Beitrag zur Förderung des regionalen Breitensports leisten und mithelfen, das Engagement der ehrenamtlichen Übungsleiter, Trainer und Betreuer zu unterstützen. Als regional verwurzelt Unternehmen trage man auch gesellschaftliche Mitverantwortung für das soziale, kulturelle und sportliche Leben.

In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Fußballverband (BFV) werden in der Saison 2004/2005 unter den im Verband organisierten Vereinen über 150 Trikotsätze verlost, viele davon gehen nach Unterfranken. Auch die E-Jugend des FSV Neustadt-Erlach freut sich über neue Hosen, Trikots und Stutzen.

Ilona Morgenroth, Kommunale Kundenbetreuerin der E.ON Bayern AG, übergab die neuen Outfits vor wenigen Tagen im Beisein von Bürgermeisterin Karin Berger an den Vorstand des Sportvereins Thomas Merz sowie Trainer Christian Rüb. ☞

Bayerischer Klimagipfel verabschiedet Klimaschutzbündnis

Kompetenzzentrum C.A.R.M.E.N. unterstützt CO₂-Einsparung

Vor wenigen Wochen fand in der Münchener Residenz der Bayerische Klimagipfel statt. Die Bayerische Staatsregierung lud hierzu Entscheidungsträger ein und verabschiedete ein Klimaschutzbündnis. C.A.R.M.E.N.-Projektmanagerin Dr. Bettina Schmidt und Ausstellungsbetreuer Walter Wallrapp nahmen an der Veranstaltung teil. Sie nutzten die Gelegenheit, eine Ausstellung über die Energiegewinnung aus Biomasse zu präsentieren und das Kompetenzzentrum für Nachhaltige Rohstoffe in Straubing vorzustellen.

Ministerpräsident Edmund Stoiber erinnerte an die Stürme und Hochwasserkatastrophen der vergangenen Jahre. Als wichtige Ursache nannte er den steigenden Energiebedarf, der durch Verbrennung fossiler Energieträger gedeckt wird und Kohlendioxid (CO₂) freisetzt. Für diesen CO₂-Ausstoß seien der Verkehr, die Wirtschaft und die privaten Haushalte verantwortlich, so der Ministerpräsident. Damit sei der Klimaschutz eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der man sich stellen müsse.

Strategie vereinbart

In einem „Klimaschutzbündnis“ wurde nun, als gemeinsame Erklärung der Bayerischen Staatsregierung und des Bundes Naturschutz in Bayern e.V. vom 21. Oktober, eine Strategie für eine generationen-übergreifende Klimaschutzpolitik vereinbart.

Mit dem Bündnis soll die Senkung von CO₂-Emissionen weiter verstärkt, den Auswirkungen des Klimawandels

wirksamer begegnet und zu einer nachhaltigen Entwicklung beigetragen werden.

Weltweite Bedeutung

Unter Punkt 2 des Bündnisses werden die Erneuerbaren Energien aufgeführt. Es wird betont, dass die Nutzung von „Biomasse (Bioenergie/Nachwachsende Rohstoffe)“ und weiterer erneuerbarer Energiequellen verstärkt werden soll. Der Klimaschutz hat durch die Konferenz von Rio de Janeiro (1992) und das Kyoto-Protokoll (1997) weltweit Bedeutung bekommen. Auch Russland hat inzwischen das Kyoto-Protokoll ratifiziert, womit die Umsetzung, trotz der momentan ablehnenden Haltung der USA, in greifbare Nähe gerückt ist.

Fortschrittliches Bayern

Bayern ist schon wesentlich weiter, dies belegte der C.A.R.M.E.N. e.V. beim Klimagipfel mit seiner Ausstellung zur energetischen Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen. Der

Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch ist im Freistaat mit 7 Prozent mehr als zweimal so hoch wie im Bundesdurchschnitt (2,8 Prozent). Bei Biomasse, Photovoltaik, Solarther-

mie, Geothermie und Wasserkraft ist Bayern in Deutschland führend, dennoch sind weitere Anstrengungen für den Klimaschutz unerlässlich.

Umfangreiche Erfahrung

Auf diesem Gebiet hat Bayern bereits umfangreiche Erfahrung. Gefördert durch das Bayerische Landwirtschafts-

Bayerns Kampf gegen Tanktourismus:

Die Chancen stehen gut

Bayern lässt beim Kampf gegen den Tanktourismus nicht locker. Weil Frankreich jetzt seine Mineralölsteuersätze regional staffeln möchte und die EU-Kommission keine Einwände dagegen hat, sieht Wirtschaftsminister Otto Wiesheu die Chancen für eine reduzierte Kraftstoffsteuer in den deutschen Grenzregionen steigen.

Wiesheu hat Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement in einem Schreiben aufgefordert, die Anstrengungen des Bundes zur Lösung des Problems Tanktourismus endlich zu forcieren und die notwendige Zustimmung der Bundesregierung für das französische Vorhaben an ein adäquates Steuerkürzungsmodell für die deutschen Grenzregionen zu knüpfen. „Die Haltung der EU zeigt, dass entgegen der immer vorgeschobenen Argumentation des Bundes durchaus etwas in Brüssel geht. Der Bund darf nicht mehr länger warten, die Lage der mittelständischen Tankstellen in den Grenzgebieten wird immer kritischer“, erklärte Wiesheu.

Hilfe für die Regionen

Frankreich will mit dem Vorstoß seinen wirtschaftlich schwächeren Regionen helfen. Dort sollen von 2006 bis einschließlich 2011 unter Beachtung der von der EU festgelegten Mindestbesteuerung ermäßigte Mineralölsteuersätze gelten. Die EU-Kommission sieht darin keine Wettbewerbsverzerrung. Um das Vorhaben umsetzen zu können, ist noch der einstimmige Beschluss der Wirtschafts- und Finanzminister der EU-Staaten notwendig.

Zur Eindämmung des Tanktourismus in die deutschen Nachbarstaaten hält der bayerische Wirtschaftsminister allerdings nicht die französische Staffelung, sondern nach wie vor das Chipkartenmodell nach italienischem Vorbild am sinnvollsten. In den dortigen Grenzregionen zur Schweiz und zu Slowenien erhalten Privatpersonen für ihre in der Region zugelassenen Fahrzeuge einen Nachlass auf die Mineralölsteuer, der nach Entfernung zur Grenze gestaffelt ist. Laut Wiesheu würde auch in Bayern und anderen betroffenen Regionen Deutschlands eine sol-

che Regelung Tankfahrten in das Nachbarland, die noch dazu umweltschädigend sind, überflüssig machen.

Die Bundesregierung hatte durch die im Jahr 1999 eingeführte und seither in vier Stufen erhöhte Ökosteuer den Preis für Benzin und Diesel um rund 18 Cents pro Liter in die Höhe getrieben. Vor 20 Monaten hatte dann Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement beim Politischen Aschermittwoch in Vilsbiburg nach massiven Beschwerden der mittelständischen Tankstellenbetreibern eine Spezialregelung in Aussicht gestellt. Unmittelbar nach der Landtagswahl in Bayern hat die Bundesregierung wieder eine Kehrtwendung vollzogen und der Branche die notwendige Unterstützung versagt. Bayern hat die Bundesregierung seither immer wieder aufgefordert, gegen den Tanktourismus einzuschreiten.

Bundeswaldinventur 2004

Einer weiteren Steigerung dieser Leistung steht nichts im Wege, das belegt auch die 2. Bundeswaldinventur 2004: Energieholz ist in Bayern reichlich vorhanden. Im Freistaat gibt es die zweithöchste Waldzuwachsrate Deutschlands. Hier wächst in jeder Sekunde 1 Kubikmeter Holz nach, der der Atmosphäre 1 Tonne CO₂ entzieht. Jedem Einwohner Bayerns stehen damit pro Jahr 2,6 Kubikmeter Holz aus heimischen Wäldern zur Verfügung, wovon derzeit nur 1,2 Kubikmeter eingesetzt werden.

Weitere Infos gibt es bei C.A.R.M.E.N., Schulgasse 18, Tel.: 09421/960-300, E-Mail: contact@carmen-ev.de (<http://www.carmen-ev.de>)



C.A.R.M.E.N. präsentierte im Rahmen des Klimagipfels eine Ausstellung über die Energiegewinnung aus Biomasse.

Förderprogramm läuft zum Jahresende aus

KfW nimmt jetzt auch Wohnraum-Modernisierung aus dem Programm

Zinsgünstig Heizung erneuern, Fassade dämmen oder Dachboden ausbauen - wer das nach dem Wohnraum-Modernisierungs-Programm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) plant, sollte sich sputen. Laut Bundesbauministerium werden Darlehensanträge nur noch bis zum Ende des Jahres bearbeitet. Zum 1. November war, wie bereits berichtet, der Teilschuldenerlass beim CO₂-Minderungsprogramm von 20 auf 15 Prozent gesenkt worden. Trotzdem rechnet sich eine Sanierung wegen der eingesparten Energiekosten in den meisten Fällen immer noch.

Mit einem Zinssatz, der in den ersten drei Jahren zwischen zwei und drei Prozent liegt (je nach Laufzeit), fällt manchem die Entscheidung leichter, Fenster, Fußboden oder Fassade zu erneuern. „Zumal die Rahmenbedingungen beim Wohnraum-Modernisierungs-Programm weit gesteckt sind“, erklärt Martin Sambale vom Energie- und Umweltzentrum Allgäu (eza!) weitere Vorteile. Neben energiesparenden Sanierungen können auch „bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der allgemeinen Wohnverhältnisse“ gefördert werden. Das sind im Klartext auch neue Bäder, Balkone oder bei Mehrfamilienhäusern Grünanlagen und Spielplätze.

Anträge über die Hausbank stellen

Doch Eile ist geboten: Die KfW nimmt nur noch bis 31. Dezember Anträge an. Und diese Anträge müssen über die jeweilige Hausbank gestellt werden. Über drei Milliarden Euro wurden seit Beginn des Programms im vergangenen Jahr an etwa 85000 Antragsteller vergeben. Andere Förderprogramme der KfW gibt es weiter. Mit dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm und mit dem CO₂-Minderungsprogramm werden weiterhin Altbauanierungen oder der Bau und der Kauf von Passivhäusern und Energiesparhäusern unterstützt. Wichtig ist bei allen Förderprogrammen immer, dass Anträge vor Beginn der Bau- oder Umbaumaßnahmen gestellt werden.

Eine umfassende Datenbank mit allen Förderprogrammen von Bund, Freistaat Bayern, Energieversorgern und Kommunen im Allgäu gibt es unter www.eza-allgaeu.de. Außerdem informieren die eza!-Energieberater über die diversen Kreditprogramme der KfW unter Telefon 0180/5333522.

Ziele in der Luitpoldschule übertroffen:

Mering spart Geld und Energie

Ein Jahr nach Fertigstellung der energetischen Modernisierung der Luitpoldschule zieht der Markt Mering Bilanz. Konnte die garantierte, 23-prozentige Senkung der jährlichen Energiekosten gehalten werden? Sie konnte - und es wurden sogar 26 Prozent.

Zweiter Bürgermeister Leonard Erhard freut sich über das Ergebnis: „Der EnergieCheck funktioniert - maßgeblichen Anteil an diesem Ergebnis hat natürlich auch Herr Hörmann, unser Hausmeister.“ Anlässlich einer kleinen Feierstunde im Sitzungssaal von Mering überreichte der Bürgermeister eine Urkunde zum Dank an Herrn Hörmann.

EnergieCheck funktioniert

Eine 15-köpfige Delegation aus Markt Velden (Niederbayern), bestehend aus Bürgermeister Babl, seinen beiden Stellvertretern, Mitarbeitern der Verwaltung und Marktgemeinderäten verfolgte interessiert die Ausführungen von Merings Kämmerer Gillich: „Das Beste- chende am EnergieCheck ist, dass Dyneco die gesamten Investitionen übernimmt - für die Kommune ist das haushaltsneutral.“ Im Fachvortrag erläuterte Ralf Nelhieb, Geschäftsführer von Dyneco, die Maßnahmen

im Einzelnen: Möglich geworden waren die Mehreinsparungen durch Optimierungen an Kessel, Regelung und Verteilung sowie durch Einbau einer Einzelraumregelung - alles Investitionen der EnergieCheck-Firma Dyneco, die 10 Jahre lang die Höhe der Einsparung garantiert und per Fernaufschaltung die Heizung von Mering aus überwacht.

Anpassung der Heizzeiten

Die Einzelraumregelung hält die Temperatur in der Luitpoldschule konstant auf den gewünschten Sollwerten und ermöglicht eine exakte Anpassung der Heizzeiten an den Stundenplan. Am Nachmittag, wenn nur noch einzelne Räume genutzt werden, kann so in den anderen Zimmern schon auf Absenkbetrieb gegangen werden.

Durch kontrolliertes Stoßlüften - fünf bis 10 Minuten am Ende jeder Schulstunde - werden zudem große Wärmeverluste verhindert.

VBEW:

Stromversorger befürchten Risiken durch politischen Druck

„Ausgelöst durch steigende Beschaffungspreise sehen sich viele Stromversorger gezwungen, ihre Strompreise im Jahr 2005 zu erhöhen.“ Dies entsprechen ganz normalem betriebswirtschaftlichen Handeln, erläutert Herbert Dombrowsky, Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft, VBEW. Gleichzeitig warnte er davor, die Strompreise politisch zu instrumentalisieren.

Als Hintergründe für die geplanten Preiserhöhungen nennt Dombrowsky insbesondere die gestiegenen Kohlepreise. Der Kohlepreis hat sich von Mai 2003 auf Juli 2004 mehr als verdoppelt. Außerdem entwickelten sich die Preise am Beschaffungsmarkt nach Jahren des Preisverfalls nach der Liberalisierung im Jahr 1998 wieder in Richtung Vollkosten. Dies sei auch wichtig, um die im Kraftwerkspark notwendigen Investitionen zu tätigen.

Ein zu starker politischer Druck auf die Strompreise könne nicht nur die Versorgungssicherheit, sondern auch die Unternehmen gefährden. Nach der Liberalisierung dürften den Stromversorgern keine konjunkturelle, arbeitsmarkt- oder sozialpolitisch motivierten Preise mehr abverlangt werden. Wer dies tue, diskreditiere die Liberalisierungspolitik.

Vor allem die Regulierungsbehörde, die künftig die Netzentgelte kontrollieren soll, dürfe unter keinen kurzfristigen politischen Erfolgsdruck geraten, ergänzte Dr. Christoph Prael, VBEW-Geschäftsführer. Sie müsse die Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit des Versorgungsnetzes ebenso im Blick haben wie den diskriminierungsfreien Betrieb des Netzes. Unzureichende Netzentgelte würden zu „mangelnden“ Investitionen, minderwertigen Netzen, mehr Stromausfällen und einem Verlust an Innovation führen. Die unterschiedlichen Gegebenheiten wie Besiedlungsdichte oder Bodenbeschaffenheit müssten sich auch in Zukunft in unterschiedlich hohen Netzentgelten widerspiegeln.

Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen:

„ServicePlus“ gegründet

Weissenburg (wefa) - Die Kliniken im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen haben jetzt eine Gesellschaft „ServicePlus“ als 100-prozentige Tochtergesellschaft gegründet. Sie greift einer Reform des öffentlichen Dienstrechts voraus, die von den Kommunen schon lange erwartet, bisher vom Bund aber nicht beschlossen wurde.

Die Privatisierung des Personalsektors der beiden Kreiskrankenhäuser (sie bilden seit längerer Zeit ein gemeinsames Kommunalunternehmen) ermöglicht es, neue Mitarbeiter unterhalb des bisherigen Tarifgehalts einzustellen und die

zeitlich befristeten Arbeitsverhältnisse neu zu regeln. Für die bisherigen Stammkräfte gilt der Tarifvertrag weiter. Mit dieser kostensenkenden Maßnahme soll nicht zuletzt auch der Bestand der beiden Kliniken sichergestellt werden.

Alternative Kraftstoffe werden gebraucht

Der Energiebedarf des Straßenverkehrs hängt zu fast 100 Prozent von der Mineralölversorgung ab. Weiterhin verursacht der Straßenverkehr beträchtliche Schadstoffbelastungen. Insbesondere die Emission des Treibhausgases CO₂ nimmt stetig zu und soll nach Untersuchungen der EU-Kommission im Zeitraum 1990 bis 2010 um 50 % auf 1,1 Milliarden Tonnen ansteigen.

Zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen werden saubere Kraftstoffalternativen gesucht. Diese würden auch die Abhängigkeit des Verkehrssektors vom Mineralöl vermindern. Die EU-Kommission hat als Zielvorgabe den Ersatz von 20 % der konventionellen Kraftstoffe durch Kraftstoffalternativen bis zum Jahr 2020. Kurzfristig werden hierbei Biokraftstoffen und Erdgas die bedeutendsten Anteile zugesprochen. Langfristig wird ein sub-

stantieller Beitrag von Wasserstoff in Zusammenhang mit der Brennstoffzellenfahrzeugen erwartet, wobei der Zeithorizont von 30 bis 50 Jahren aus heutiger Sicht realistisch ist.

Sparsam - Sicher - Sauber

Erdgas besteht hauptsächlich aus Methan CH₄ und lässt sich in herkömmlichen Ottomotoren verwenden. Neben einem bis 23 % geringeren Ausstoß von Kohlendioxid werden durch Erdgasmotoren auch die Vorläuferstoffe für die Sommersmogbildung (Ozon) um bis zu 80 % reduziert. Partikel entstehen praktisch nicht.

Inzwischen bieten fast alle führenden Autohersteller Erdgasfahrzeuge in der Serienproduktion: DaimlerChrysler mit der E-Klasse sowie dem Sprinter und mit verschiedenen Modellen Fiat, Ford, Opel, Volkswagen und Volvo. Das Verbraucher-Magazin „Öko-Test“ beschreibt Erdgasautos als „...mittlerweile, technisch ausgereifte Alternative zum normalen Benzin- oder Diesel-PKW“. Insbesondere bei Stadtfahrten seien Erdgasfahrzeuge hinsicht-

lich der Treibstoffkosten „unschlagbar“.

Trägerkreis Erdgasfahrzeug

Die Markteinführung von Erdgas wird bundesweit durch den Trägerkreis „Das Erdgasfahrzeug“ als Gemeinschaftsprojekt von BMU, ADAC, ARAL, Fiat, Ford, Opel, Volvo, Volkswagen und der Gaswirtschaft gefördert.

Die lokale Information der Kunden erfolgt durch die regionalen Gasversorgungsunternehmen vor Ort in Kooperation mit den Autohäusern. Bayerngas z. B. unterstützt diese Maßnahmen und hat schon 2002 mit dem ADAC-Südbayern die Kampagne „Bayern gibt Gas“ initiiert, die bei lokalen Messen Kunden über die Vorteile der heute bereits verfügbaren Kraftstoffalternativen Erdgas für die Umwelt

Münsterschwarzach setzt „ökologisches Zeichen“:

Vorbildliches Kloster

An Weihnachten 2000 formulierten der Bestsellerautor, Pater Anselm Grün und der Abt des Klosters Münsterschwarzach, Pater Fidelis Ruppert, ihre Vision: „Ein ökologisches Zeichen für unser Kloster und seine Umwelt.“

Bis zum 100-jährigen Jubiläum des Benediktinerklosters im Jahr 2013 sollen alle Energie in den etwa 100 Gebäuden, die zum Kloster gehören, aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden. Zuvor hatten der Solararchitekt Rolf Disch und der Journalist Franz Alt entsprechende Impulse gegeben. Jetzt werden bereits schon über 70 Prozent der Energie regenerativ gewonnen. Zuvor werden viele Gebäude besser gedämmt.

Geistliche Grundlage

Der Entschluss der Benediktiner hatte eine geistliche Grundlage. In einem Prospekt des Klosters heißt es: „Mit der Nutzung alternativer und erneuerbarer Energien wollen wir dazu beitragen, unseren Planeten gesund zu erhalten und den kommenden Generationen eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen. Es geht uns um ein Leben im Einklang mit der Schöpfung und ihrem Schöpfer, sowie mit den Menschen der heutigen und der kommenden Generationen. Wir wissen, dass der damit verbundene finanzielle Einsatz keine schnellen Gewinne bringt. Trotzdem

und den Geldbeutel informiert.

Zur Unterstützung der Markteinführung von Erdgas als Kraftstoff ist die darauf erhobene Mineralölsteuer bis zum Jahr 2020 vermindert. Dieser Kostenvorteil wird an die Kunden weitergegeben, die im Vergleich zu Benzin fast die Hälfte und im Vergleich zu Diesel mehr als ein Drittel weniger für den Kraftstoff bezahlen. Die Wirtschaftlichkeit von Erdgasfahrzeugen wird im ADAC-Kostenrechner transparent (Online-Rechner des ADAC im Internet unter www.adac.de/auto_motorrad).

Erdgas-Tankstellennetz wird verdichtet

Bis zum Jahr 2006 soll die Zahl der Erdgaszapfsäulen in öffentlichen Tankstellen bundesweit auf 1.000 erhöht werden, in Bayern auf 160. Angaben zu den Standorten und weitere aktuelle Informationen über die Kraftstoffalternative Erdgas gibt es im Internet unter www.erdgasfahrzeuge.de, www.gibgas.de und www.adac.de/ADAC_Regional/suedbayern.



Vorreiter für Umweltschutz und Sparsamkeit

Benzin oder Erdgas - diese Möglichkeiten stehen zur Verfügung, wenn es um die Wahl des Kraftstoffs für den Dienstwagen von Landrat Luitpold Braun geht. Die Entscheidung, ein Fahrzeug mit Hybridmotor zu nutzen, das sowohl mit Benzin als auch mit Erdgas betrieben werden kann, fiel leicht, denn in Weilheim befindet sich auf dem Betriebsgelände der Regionalverkehr Oberbayern GmbH (RVO) eine Erdgastankstelle, die von der Erdgas Südbayern (ESB) betrieben wird und von allen Besitzern erdgasbetriebener Fahrzeuge benutzt werden kann. Neben dem Dienstwagen von Landrat Braun besitzt das Landratsamt noch ein weiteres, erdgasbetriebenes Dienstfahrzeug. Dieses wird überwiegend von den Beschäftigten des Gesundheitsamts genutzt. Unser Bild zeigt (v. l.) Landrat Luitpold Braun und Josef Hartl, Leiter des ESB-ServiceCenters Weilheim beim Tanken an der Erdgastankstelle in der Weilheimer Paradeisstraße.

Die Lehre von der Achtsamkeit

„Ein achtsamer Umgang mit der Schöpfung kann uns auch lehren, achtsamer mit Menschen umzugehen. Damit leisten wir auch einen Beitrag zum Frieden in unserer Gesellschaft und in unserer Welt“, so der Prospekt.

In Münsterschwarzach wurden bisher ein Wasserkraftwerk reaktiviert und eine 30 KWp-Photovoltaikanlage installiert. Das Kloster ist an einem Windpark bei Damme beteiligt und hat im Jahr 2004 ein Holzhackschnitzelkraftwerk eingeweiht. Damit wird 80 Prozent der Heizwärme für das gesamte Kloster, in dem mehrere hundert Menschen leben und arbeiten sowie 600 Schüler die das Gymnasium besuchen, umweltfreundlich erzeugt. Mit den Holzhackschnitzeln aus der Region werden zirka 50.000 Quadratmeter beheizt. Somit wurde ein Nebeneinkommen für die Landwirtschaft geschaffen und es entstehen neue regionale Wirtschaftskreisläufe. Die 2.600 Festmeter Holz pro Jahr ersetzen zirka 500.000 Liter Heizöl. Die Klostergemeinschaft erspart der Umwelt dadurch jährlich 1.400 Tonnen an klimaschädlichem CO₂.

Stift Metten:

278.000 Euro für Biomasseheizwerk

Das Benediktinerstift Metten im Landkreis Deggendorf setzt bei seiner Wärmeversorgung auf nachwachsende Rohstoffe: Für den Bau eines Biomasseheizwerks hat Landwirtschaftsminister Josef Miller Abt Wolfgang Hagl einen Zuschuss von bis zu 278.000 Euro aus EU- und Landesmitteln zugesagt. Die gesamten Investitionskosten liegen bei etwa einer Million Euro. Die Entscheidung zu Gunsten der Biomasse wertete Miller als Musterbeispiel energiebewussten und Ressourcen schonenden Verhaltens.

Das Biomasseheizwerk, dessen 800-Kilowatt-Kessel jährlich mit rund 1.450 t Holzhackschnitzel befeuert wird, spart den Einsatz von rund 360.000 l Heizöl. Damit wird der Ausstoß von etwa 1.000 t Kohlendioxid vermieden. Die Nutzung von Biomasse zur Energiegewinnung ist nach Aussage des Ministers ein wichtiges agrarpolitisches Ziel in Bayern: „Wärme und Strom aus Stall, Feld und Wald haben Zukunft.“ Biomasse deckt in Bayern 3,76 Prozent des Primärenergieverbrauchs.

Pflanzenöl- und Holzgasnutzung in Blockheizkraftwerken

Weil die jüngste Konferenz „Holzgas- und Pflanzenölnutzung in Blockheizkraftwerken“ völlig ausgebucht war, gibt es eine nahezu identische Veranstaltung am 26./27. Januar in Düsseldorf.

Weitere Informationen sowie Anmeldeformulare im Internet unter www.bhkw-konferenz.de sowie unter <http://www.pflanzenoel-bhkw.de>.

ESB versorgt kommunale Liegenschaften

Erdgas für Wolnzach, Schweitenkirchen und Rohrbach

Die Vertreter der Marktgemeinde Wolnzach mit Bürgermeister Josef Schäch, Albert Vogler von der Gemeinde Schweitenkirchen und Dieter Huber, als Bürgermeister der Gemeinde Rohrbach unterzeichneten Anfang Oktober im Wolnzacher Rathaus einen Konzessionsvertrag zur Erdgasversorgung ihrer Liegenschaften mit der Erdgas Südbayern GmbH.

„Aus Sicht unserer Gemeinden hat die sichere und zuverlässige Versorgung unserer öffentlichen Einrichtungen mit Erdgas höchste Priorität. Neben der Versorgungssicherheit ist uns wichtig, dass der Service stimmt und

wir auf ein erfahrenes, regionalverwurzeltes Unternehmen wie die ESB bauen können“, so die Bürgermeister einstimmig.

Die ESB versorgt nicht nur die Abnehmer der Gemeinde, sondern auch Privat und Gewerbetreibende in den Gemeinden zuverlässig und umweltschonend mit Erdgas. Mit zielgruppenspezifischen Angeboten, zukunftsweisenden Produkten, innovativen Dienstleistungen und attraktiven Services ist die ESB der kompetente Energiepartner, nicht nur für die Bürger in Wolnzach, Rohrbach und Schweitenkirchen sondern für die Erdgas-Kunden im Versorgungsgebiet.

10 Jahre Erdgas im Berchtesgadener Land

Erdgas Südbayern (ESB) in Feierlaune mit Anschlusspreisen wie vor 10 Jahren

„Wer Geburtstag feiert, der gibt einen aus“. Frei nach diesem Motto hat die ESB anlässlich des 10-jährigen Jubiläums der Erdgasversorgung im Berchtesgadener Land attraktive Geburtstagsangebote zusammengestellt. So können sich Gratulanten an „berohrten“ Straßen in Berchtesgaden, Bischofswiesen, Bayerisch Gmain und Schönau am Königssee bis zum 31. Dezember 2004 unter anderem über Anschlusspreise wie vor zehn Jahren freuen.

Bei der ESB hat das Feiern gemeinsam von Jubiläen inzwischen eine gute Tradition. Wer wie der südbayerische Gasversorger - seine Kunden als Partner und Wegbegleiter betrachtet, bedankt sich bei ihnen natürlich auch für deren Treue. Aus diesem Grund hat das Unternehmen anlässlich „Zehn Jahre Erdgas im Berchtesgadener Land“ besonders attraktive Geburtstagsangebote aufgelegt. So gibt es den Erdgasanschluss für Feiertage bereits zum Sonderpreis von 1.995,- Euro und mindestens 650,- Euro für Modernisierer, wenn die Heizungsanlage von einer anderen Energie auf

Erdgas umgestellt wird. Einzige Bedingung dafür, dass das Geburtstagsangebot genutzt werden kann: Der unterschriebene Antrag für die Verlegung eines Erdgasanschlusses muss dem ESB ServiceCenter in Traunreut bis spätestens 31. Dezember 2004 vorliegen und das Gebäude muss an einer „berohrten“ Straße liegen.

Alle Erdgas-Interessenten im Berchtesgadener Land können sich natürlich nicht nur im Rahmen der Geburtstagsaktion, sondern generell von der ESB ausführlich beraten lassen. Betreut werden sie vom ESB-ServiceCenter Traunreut.

Ostbayerische Kommunalforen von E.ON Bayern:

Regenerative Energien im Visier

„Regenerative Energien in der Kommune“: Unter diesem Motto standen vier ostbayerische Kommunalforen des Energiedienstleisters E.ON Bayern. Nachdem sich Bürgermeister und kommunale Entscheidungsträger bereits in Mallersdorf, Burghausen und Metten informiert hatten, bot sich knapp 100 Besuchern auf der letzten Station in Wernberg-Köblitz die Chance, sich über aktuelle Fragen rund um das Thema „Regenerative Energien“ zu informieren und offene Fragen in einer anschließenden lebhaften Diskussion zu klären. Das Kommunalkundenforum erwies sich als wichtiges Treffen, um das gute Verhältnis zwischen E.ON Bayern und seinen kommunalen Kunden weiter zu stärken und zu verbessern.

E.ON Bayern-Generalbevollmächtigter Max Binder informierte die Gäste aus den umliegenden oberpfälzischen Kommunen über die aktuelle Strompreisdiskussion und den geänderten ordnungspolitischen Rahmen und versicherte, dass E.ON Bayern auch weiterhin um innovative Dienstleistungen und ein erweitertes Angebot für die über 1.200 versorgten Kommunen bemüht sei.

Viele Dienstleistungen

Schon heute bietet E.ON Bayern viele Dienstleistungen, die den Kommunen helfen, Investitionen und Personal einzusparen und gleichzeitig kompetente Versorgung und umfassende Betreuung garantieren. Dazu zählen neben dem GeoService-Portal und der Erstellung von Energieberichten in künftig allen Regionalleitungen das Energiedienstleistungskonzept für kommunale Energieversorgung Contracting.

E.ON Bayern, Investor und Eigentümer der Anlage, versorgt die Kommune Binder zufolge mit Energie und Medien. Die Kommune muss nicht selbst investieren, sondern zahlt für die Energie (Strom, Wärme,

Kälte oder Medien). Interessante Objekte sind unter anderem Krankenhäuser, Schwimmbäder und Schulen. Schließlich sorgt auch das Angebot der SüdWasser GmbH, einer 100%-Tochter des Kompetenz-Centers der E.ON Bayern AG, für umfassende Dienstleistung. Hierzu zählt die Betriebsunterstützung für Trinkwasserversorgungs- und Abwasseranlagen, deren Betriebsführung sowie der Bau und Betrieb von Anlagen in Form von Kooperations- oder Betreibermodellen.

Aus der Sicht des Ingenieurs

Über die Rolle regenerativer Energien in der Energieerzeugung heute und in Zukunft referierte Helmut Asam von der RMD Consult GmbH in Unterföhring. RMD Consult ist eine unabhängige Ingenieur-Gesellschaft für Planung, Bau, Betrieb und Rehabilitation von Wasserkraftwerken und Wasserstraßen sowie für die Planung von Hochwasserschutz und Flussrenaturierung.

Asam wies darauf hin, dass die Vermeidungskosten von Kohlendioxid bei Haushalten gering sind, im Energiesektor Effizienzsteigerungen kosten-

günstiger als Neubauten sind und der Ausbau von regenerativen Energien die teuerste Form der Kohlendioxid-Vermeidung darstellt.

Preisrisiko

Was die Frage nach Alternativen für die Kernenergie angeht, bemerkte Asam, dass es keine gesicherte Leistung bei den regenerativen Energien gebe und demzufolge Reservekraftwerke notwendig seien. Während Braun- und Steinkohle zusätzliche Kohlendioxid-Emissionen von 240 bzw. 180 Mio. Tonnen pro Jahr aufweisen, seien es beim Erdgas 87 Millionen. Allerdings müsse das Preisrisiko berücksichtigt werden (hoher Einfluss des Erdgaspreises auf Erzeugungskosten) sowie die steigende Importabhängigkeit, was die Gasbezüge um ein Erhebliches ansteigen lasse.

Blick in die Zukunft

Nach Asams Darstellung sieht die künftige Stromerzeugung wie folgt aus:

- ◀ Kernkraftwerke werden abgeschaltet
- ◀ Effizienzsteigerung in bestehenden Kraftwerken
- ◀ Kontinuierlicher Ausbau der Windkraftwerke, Repowering bei bestehenden Anlagen
- ◀ Bei Kraftwerksneubauten wird Erdgas als Brennstoff bevorzugt
- ◀ Regenerative Energien werden vermehrt eingesetzt, brauchen aber noch Zeit.

Über Planungsprozesse und Genehmigungsverfahren im Zu-

sammenhang mit Wasserkraft, Biomasse, Sonnenenergie, Windenergie und Geothermie informierte Leitender Regierungsdirektor Franz Karl von der Regierung der Oberpfalz.

Laut Karl ist die Nutzung regenerativer Energien grundsätzlich begrüßenswert. Bayern ist an der Erzeugung erneuerbarer Energien mit einem Anteil von 7 Prozent überdurchschnittlich beteiligt (zum Vergleich - Bund 2,7 Prozent). Ziel ist es, im Freistaat den Anteil auf 8 bis 9 Prozent zu steigern. Hierzu soll der verstärkte Ausbau der Biomasse den Hauptbeitrag leisten. Schließlich sei es, so Karl, mittelfristig das größte zusätzlich erschließbare Potenzial, zudem sei die Nutzung energie-, klimaschutz- und auch landwirtschaftspolitisch von besonderem Interesse. Bürgermeister Josef Reindl, Stadt Schnaittenbach, berichtete abschließend über Erfahrungen mit „Bürger-sonnenkraftwerke“-Photovoltaikanlagen.

Spitzenstellung

Im Netz von E.ON Bayern fließen rund 20 Prozent regenerativer Energien. Damit nimmt E.ON Bayern in Deutschland eine Spitzenstellung bei der erneuerbaren Energie ein. In seinem 50.000 Quadratkilometer umfassenden Vertriebsgebiet hat E.ON Bayern bei der Realisierung von mehr als 10.000 Wärmepumpen, über 1.000 Photovoltaikanlagen und rund 100 Biomasse- und Biogasanlagen mitgeholfen. Zur Förderung der regenerativen Energieerzeugung hat E.ON Bayern allein in den letzten fünf Jahren 50 Millionen Euro investiert. Das Motto lautet: Umweltschonende Energie aus der Region für die Region. **DK**

Deutscher Solarpreis 2004 für Josef Göppel

Herrieden (wefa) - Den erneuerbaren Energien den Weg zu ebnen, gehört für den CSU-Bundestagsabgeordneten Josef Göppel aus dem mittelfränkischen Herrieden (Kreis Ansbach) zu den wichtigsten Aufgaben. Mit seinen gesellschaftlichen Positionen ist er nicht immer im Einklang mit den politischen Forderungen seiner Partei. Das hat ihn mehrfach Kritik eingetragen, aber auch den Respekt von Menschen, die über den parteipolitischen Tellerrand hinausschauen und sich Gedanken machen über die Zukunftsfähigkeit der gesellschaftlichen Systeme.

Jetzt hat Josef Göppel, der seit 2002 als Nachfolger von Carl-Dieter Spranger im Berliner Reichstag sitzt, sogar den „Deutschen Solarpreis 2004“ bekommen, den „Eurosolar“, den die Europäische Vereini-



Josef Göppel. Foto: Falk

Triesdorf initiiert. Das Förderprogramm des Fränkischen Überlandwerks (heute N-ERGIE) zur Förderung von Kleinwasserkraftanlagen und die Gründung der Mittelfränkischen „Gesellschaft für erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe“ hat er auf den Weg gebracht.

Im Bayerischen Landtag, dem der ehemalige Förster acht Jahre angehörte, ist er als ein Politiker aufgefallen, der keine Berührungängste hat, auch „grüne“ Themen anzugehen. Bei der Vorbereitung des aktuellen Parteiprogramms der CSU war Göppel für Edmund Stoiber beratend tätig. Das hat ihm den Ruf eingetragen, ein „grüner Schwarzer“ zu sein. Klar, dass er auf der kommunalen Ebene (Kreisrat in Ansbach) genauso entschieden für die Nutzung und Förderung der alternativen Energien eintritt.

Unkonventionelle Wege

Er geht auch unkonventionelle Wege und scheut den Konflikt mit den Parteifreunden nicht. Bei der Verabschiedung des „Erneuerbaren Energiegesetzes“ (EEG) votierte er als einziger Unionsabgeordneter dafür, die Energiegewinnung aus Biomasse zu stärken und somit den Bauern, Waldbesitzern und Handwerkern im ländlichen Raum zusätzliche Einkommensmöglichkeiten zu bieten. Das Gesetz ermöglicht es, dass die Einspeisung von Strom aus alternativen Quellen mit einem vernünftigen Preis vergütet wird. Die Photovoltaik ist für ihn eine Technik, von der Handwerker profitieren können. Die Verwertung von Biomasse sei eine Chance für die Landwirtschaft, sagt Göppel.

Göppel ist nicht erst seit seinem bundespolitischen Engagement auf der Seite derer, die alternative Energien forcieren. Anfangs belächelt, gelten Solar- und Windkraftanlagen heute als ein fester Bestandteil der Energieversorgung des Landes.

Schon als Bezirksrat im mittelfränkischen Bezirkstag hat sich Göppel 1987 den Bau einer Musteranlage zur Erzeugung von Strom aus Sonnenlicht bei den bezirkseigenen Landwirtschaftlichen Lehranstalten in

Freiburg im Breisgau. Göppel ist nicht erst seit seinem bundespolitischen Engagement auf der Seite derer, die alternative Energien forcieren. Anfangs belächelt, gelten Solar- und Windkraftanlagen heute als ein fester Bestandteil der Energieversorgung des Landes. Schon als Bezirksrat im mittelfränkischen Bezirkstag hat sich Göppel 1987 den Bau einer Musteranlage zur Erzeugung von Strom aus Sonnenlicht bei den bezirkseigenen Landwirtschaftlichen Lehranstalten in

191.000 Euro für Kemptener Biomasseheizwerk

Für den Bau eines Biomasseheizwerks hat Landwirtschaftsminister Josef Miller dem Milchwirtschaftlichen Verein Allgäu-Schwaben e.V. als Anlagenbetreiber und Investor einen Zuschuss von bis zu rund 191 000 Euro zugesagt. Die Gesamtkosten liegen bei etwa 570 000 Euro.

Die Anlage wird den Neubau der Milchwirtschaftlichen Untersuchungs- und Versuchsanstalt (MUVA), die Molkereifachschule sowie das Forstamt in Kempten künftig mit umweltfreundlicher Biowärme versorgen. Herzstück der Anlage ist ein Biomassekessel mit 400 Kilowatt Leistung, der mit Holz-Hackschnitzeln und -Pellets beschickt wird.

Vorbildfunktion

Miller bezeichnete das Heizwerk als hervorragendes Beispiel für klima- und ressourcenschonende Energieversorgung. Der Milchwirtschaftliche Verein übernehme damit eine Vorbildfunktion für energiebewusstes Verhalten. So spart der Einsatz von Biomasse jährlich 200 000 Liter Heizöl. Dadurch wird der Ausstoß von rund 640 Tonnen Kohlendioxid vermieden. Denn bei der Verbrennung von Holz wird nur so viel des Treibhausgas freigesetzt, wie vorher beim Aufwuchs gebunden wurde.

Angesichts knapper werdender fossiler Brennstoffe und der

Treibhausproblematik kommt nach den Aussagen des Ministers der energetischen Nutzung nachwachsender Rohstoffe eine immer höhere Bedeutung zu.

Wichtiges agrarpolitisches Ziel

Energiegewinnung aus Biomasse ist zudem ein wichtiges agrarpolitisches Ziel in Bayern. Miller: „Wärme und Strom aus Stall, Feld und Wald haben Zukunft.“ Die Rohstoffe kommen von ortsansässigen Bauern und Waldbesitzern. Dies bedeutet gerade für die oft von rückläufigen Einnahmen betroffene Land- und Forstwirtschaft eine zusätzliche Einkommensquelle.

Von 1990 bis Ende 2003 hat der Freistaat mit 196 Millionen Euro, davon 162 Millionen aus Landesmitteln, die Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen unterstützt. Biomasse deckt heute in Bayern 3,76 Prozent des Primärenergieverbrauchs, was etwa dem Wärmebedarf von rund 890.000 Einfamilienhäusern entspricht. Bundesweit sind es zwei Prozent.

Mindelheim stößt zum Kreis der Sparer

Vertrag zum kommunalen Energiemanagement unterschrieben

Acht bis 15 Prozent Energieeinsparung ohne große Investition - das ist in Städten und Gemeinden nach den Erfahrungswerten aus drei Jahren kommunalem Energiemanagement möglich. Bürgermeister Dr. Stephan Winter und Martin Sambale vom Energie- und Umweltzentrum Allgäu (eza!) haben jetzt für Mindelheim den Vertrag unterzeichnet. Ab November sparen somit inzwischen elf Allgäuer Kommunen neben Energie auch noch Kosten.

Dass Sparen auf den Haushaltsplänen ganz oben steht, ist angesichts der leeren Kassen kein Wunder. Dass dies mit der Betreuung durch eza! ohne Einschränkungen für die Kommunen möglich ist, freut die Verantwortlichen umso mehr.

Große Einsparungen sind nämlich durch optimale Nutzung, Schulung von Gebäudeverantwortlichen und richtiger Einstellung von beispielsweise Heizungsregelungen möglich. „Ein tropfender Wasserhahn kostet schon etliche Euro im Jahr. Bei Gemeinden mit ihren zahlreichen Liegenschaften summieren sich solche ‚Kleinigkeiten‘ schnell auf einige Tausend Euro“, erklärt Anton Glatthaar, Bereichsleiter Energiemanagement bei eza!. Das Abstellen von übermäßigem Stromverbrauch sei einfach, doch die meisten dieser Energieschleu-

den müssen erst entdeckt werden. Dafür sorgen die Ingenieure von eza!. Insgesamt zwölf Liegenschaften, vom Rathaus übers Freibad bis hin zu Turnhallen und Schulen betreut eza! jetzt in der Unterallgäuer Kreisstadt.

Mit kleinem Aufwand große Wirkung zu erreichen, könnte auch für andere Allgäuer Kommunen ein Anreiz für das kommunale Energiemanagement sein. Zumal der Freistaat Bayern diese Dienstleistung fördert: „Die Stadt Mindelheim bekommt dafür eine Förderung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz aus Mitteln des Allgemeinen Umweltfonds, der Rest amortisiert sich durch die Einsparungen wahrscheinlich schon im ersten Jahr“, rechnet eza!-Geschäftsführer Martin Sambale vor.



Auf der Thermografie dieses Allgäuer Bauernhauses sind die Wärmeverluste deutlich sichtbar. Foto: FH Kempten / eza!

Sonderaktion Thermografie:

Jetzt das Haus auf Wärmeverlust überprüfen

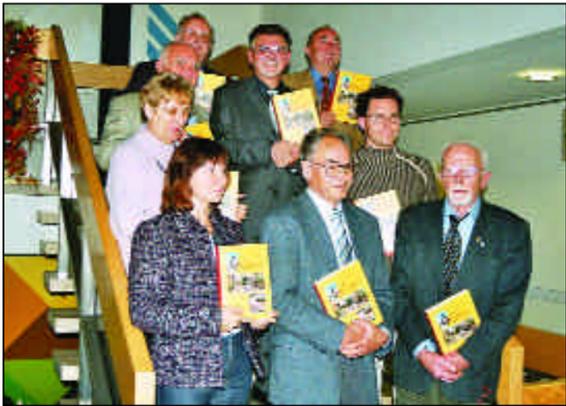
Ein Haus in allen Regenbogenfarben - was auf den ersten Blick wie moderne Kunst aussieht ist in Wirklichkeit reine Geld- und Energieverschwendung. Die Thermografie veranschaulicht deutlich, wo die Schwachstellen an einem Haus sind, das heißt in welchen Bereichen der Wärmeverlust besonders hoch ist. „Genau dort sollte man auch mit dem Renovieren beginnen“, erklärt Martin Sambale, Geschäftsführer des Energie- und Umweltzentrums Allgäu (eza!), die Hintergründe der Infrarot-Fotografie.

Wie im vergangenen Winter bietet eza! die Thermografie wieder in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Kempten in einer Sonderaktion zusammen mit der Vor-Ort-Beratung an. Die Aktion von eza! läuft nur in den Monaten Dezember, Januar und Februar.

Die Kombination mit der staatlich geförderten Vor-Ort-Beratung ist besonders wichtig, denn „der Laie kann alleine mit einer thermografischen Aufnahme nichts anfangen“, erläutert Stefan Riedel von eza! Bei einer Beratung wird das Gebäude genau analysiert und es werden Vorschläge zu Renovierungsmaßnahmen gemacht. Der relativ kurze Zeitraum der Aktion ist schon alleine wegen der äußeren Um-

stände notwendig: „Solche Aufnahmen können nur bei Temperaturen unter Null Grad gemacht werden“, so Riedel „denn alle Plusgrade geben ein falsches Bild der Wärmeabstrahlung wider.“

Angeboten wird die Thermografie zum Sonderpreis von 350 Euro. Normalerweise muss man das Doppelte oder mehr dafür ausgeben. Die Kosten für die Vor-Ort-Beratung kommen allerdings auch noch dazu. Aber diese werden staatlich bezuschusst. Der Eigenanteil liegt momentan mit 300 Euro beim halben Satz. Trotz der 650 Euro ist das Beratungspaket ein Schnäppchen, wenn man bedenkt, dass die Energieeinsparungen nach der Sanierung ein Vielfaches davon betragen.



Die Autoren mit Bürgermeister Maximilian Gaul (oben Mitte) bei der Präsentation im Roßtaler Rathaus.

Verleihung des Frankenwürfels 2004

Colmberg (wefa) - Ein gestandenes Mannsbild soll es sein, in der fränkischen Lebensart verwurzelt, altfränkisch beharrlich und doch witzig, wendig und fähig, sich in einem neuen Umfeld schnell zurechtzufinden. Für Leute diesen Schlags haben die Franken nur einen Namen: Das ist ein Gewürfelter. Drei Persönlichkeiten aus den fränkischen Bezirken dekorieren die Regierungspräsidenten in jedem Jahr an Martini mit dem „Frankenwürfel“. Wer ihn trägt - inzwischen sind es mehr als 60 - ist ein echt fränkischer Typ.

Winfried Hain aus dem unterfränkischen Karlstadt am Main war sein Leben lang bei den Eisenwerken Düker, die letzten sieben Jahre sogar als Vorsitzender der Geschäftsführung. „Düker ist Hain und Hain ist Düker“, so wird seine Lebensleistung am treffendsten umrissen. Ihn kennt man am Main als einen sozial gerechten Unternehmer, außerhalb ist er noch viel bekannter geworden, nicht als Winfried Hain, sondern als einer von den „Gebrüdern Narr“, die vom fränkischen Fasching, wie er jedes Jahr vom BR in Veitshöchheim aufgezeichnet wird, nicht wegzudenken ist. Im Karneval sind seine Gesichter vielseitig: Penner und

und vertrauten Alltagsgeschichten entwickeln sie ihre eigenen schrägen und verrückt wirkenden Szenen. Sie schauen dem Volk in die Seele und aufs Maul“, sagt Karl Inhofer, der mittelfränkische Regierungspräsident. Inzwischen sind die beiden, die seit 1991 Kultstatus haben, mit dem ARD-Kabarettpreis und dem Wolfram-von-Eschenbach-Preis ausgezeichnet worden.

20 Jahre war Herbert Scherer Chef des Pegnitzer Gymnasiums und bis heute ist er Stadtschreiber und ein „wendiger Wortverdreher“ (Regierungspräsident Hans Angerer), der als witziger Sprachkünstler immer dann zur Stelle ist, wenn es gilt,



Nach der Preisverteilung in Colmberg:: Dr. Paul Beinhofer, Winfried Hain, Volker Heißmann (unten), Herbert Scherer, Martin Rassau, Hans Angerer und Karl Inhofer.

Anstreicher ist er, auch Plakatkelber und Weinbergsbauerle. „Er vermag es, jede Rolle mit Leben auszufüllen“, lobt Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer. Er kennt ihn als einen geistreichen Plauderer mit feinsinnigem Humor und gekonnter Schlagfertigkeit.

Volker Heißmann und Martin Rassau haben ihren kabarettistischen Ruhm zwei Frauen zu verdanken: Waltraud und Mariechen. In diesen Rollen sind die beiden Fürther in den letzten fünfzehn Jahren einem Millionenpublikum bekannt geworden. Sie sind Komödianten, Schauspieler, Sänger, Entertainer und Kabarettisten, aber auch Filmemacher und Unternehmer. In ihrer Fürther „Comödie“, dem für vier Millionen Mark sanierten Berolzheimerianums sind an die 40 Mitarbeiter tätig, um eigene Rundfunk- und Fernsehsendungen zu machen, aber auch Kinofilme und CD-Produktionen. „Aus ganz banalen

mit Ironie die Charaktere im Nürnberger Land zu beschreiben oder in seiner „Flinterer-Rede“ im Fasching die kleinen und großen Dinge mit der treffenden Pointe zu versehen. Er ist beileibe ein Wendiger, denn er hat acht Jahre im tropischen Indianergebiet Ekuadors als Lehrer unterrichtet. „Amoll wo neischmeckn“, sagen die Oberfranken zu so viel Flexibilität. Er hat auch fünf internationale Partnerschaften begründet und darf sich zuschreiben, dass das Pegnitzer Gymnasium in den Kreis der UNESCO-Projektschulen aufgenommen wurde. Auch in seinem privaten Umfeld ist Herbert Scherer fränkisch-polyglott: Er betreut einen Studenten aus dem afrikanischen Benin und sein Hausmädchen aus dem südamerikanischen Ekuador kocht ganz selbstverständlich fränkische Klöße. „Er hat“, so der Laudator, „wie ein Würfel viele Seiten.“

Markt Roßtal präsentiert neues Heimatbuch

Das Interesse an der Geschichte Roßtals ist groß. Schließlich ist der Roßtaler Burgberg seit mehr als 1200 Jahren ununterbrochen besiedelt und hatte in der karolingischen und ottonischen Zeit reichsgeschichtliche Bedeutung. Prof. Dr. Peter Ettl hat zudem neue Studien zum mittelalterlichen Burgenbau in Nordbayern vorgelegt und dabei die drei Burgen Karlburg bei Karlstadt, Roßtal und Oberammerthal bei Amberg exemplarisch bearbeitet. Nur die Burg Roßtal ist ununterbrochen seit mehr als 1050 Jahren besiedelt geblieben.

Schließlich darf man nicht vergessen, dass Roßtal als „urbs horsadal“ im Zusammenhang mit einem Kampf um diese Burg erwähnt ist, von dem es in der Sachsenchronik des Mönches Widukund heißt, dass „niemand einen härteren Kampf“ um die Mauern gesehen habe.

Rätsel entschlüsseln

Zur Wiederkehr der ersten urkundlichen Erwähnung vor 1050 Jahren, also im Jahr 954, als befestigte Stadt, brachte nun der Markt Roßtal in Zusammenarbeit mit dem Heimatverein ein gut illustriertes Heimatbuch heraus. Es soll die Rätsel um das Roßtal, das im mittelalterlichen Dunkel liegt, und die nun mittels neuerer Bodenzugnisse entschlüsselt werden können genau so wie die Aufarbeitung der Geschichte des Ortes seit der Weimarer Zeit bis zum Jahre 2004 in einem Buch zusammenfassen.

Auf eine chronologische Aufzählung geschichtlicher Ereignisse hat man bewusst verzichtet. Dies geschah bereits in früheren Veröffentlichungen. Statt dessen legten die Autoren Wert auf eine leicht lesbare, aber dennoch wissenschaftlichen Ansprüchen genügende

Geschichtserhellung. Lokale Zeugnisse werden nur dann für interessant und berichtenswert erachtet, wenn sie auch überörtliche Bedeutung haben oder exemplarisch für eine bestimmte Zeit sind. So bietet die Beschreibung eines Fund im Mittelalter begrabenen ungetauften Kleinkinds unter der Traufe des Pfarrhauses beispielhaft Einblick in das religiöse Denken und der Beerdigungsriten des Mittelalters schlechthin.

Thesen verifizieren

Neue, durch Ausgrabungen gut untermauerte Thesen zur Geschichte und zum Namen Roßtal, galt es zu verifizieren. Auch wird der Obere Markt als 1200 Jahre altes Zentrum der Region beschrieben. Im neuen Heimatbuch wagte sich der Bürgermeister als Autor aber auch an das unrühmliche Kapitel der 12-jährigen Diktatur unter Adolf Hitler und die Zeit des Nationalsozialismus in Roßtal sowie die Beheimatung von Heimatvertriebenen in der Nachkriegszeit. Ereignisse, die man nun endlich einmal mittels des im Gemeindearchiv vorliegenden Materials aufgearbeitet

und bewertet hatte. Diese Jahre machen zwar nur einen winzigen Bruchteil der zum Teil glanzvollen Geschichte aus, sie gehören aber jetzt, mehr als 50 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges und seiner Folgen offen gelegt und in ein Heimatgeschichtsbuch, meinte Maximilian Gaul bei der Buchpräsentation im Roßtaler Rathaus.

Neues Selbstverständnis

Wert legte das neunköpfige Autorenteam aus dem Heimatverein nun aber auch auf die Geschichte seit der Gebietsreform 1978. Roßtal hat sich in seinem Selbstverständnis seitdem neu definiert. Es wandelt sich vom Kleinzentrum zum Unterzentrum am Rande der Industrieregion Nürnberg. Mit seinem Motto „Roßtal - 1050 Jahre Heimat - offen und lebendig“ zeigt der Markt sich auch gleichermaßen geschichts- wie selbstbewusst. „Offen und lebendig“ ist auch keine Leerformel, sondern beruht ebenfalls auf Erkenntnissen der neueren Heimatgeschichtsforschung.

Sinnvolle Ergänzung

Das neue Heimatbuch, das der Markt Roßtal in Zusammenarbeit mit dem Heimatverein anlässlich der 1050-Jahrfeier Roßtals im Jahre 2004 herausgibt, knüpft an frühere Forschungen und Heimatbücher wie das von Adolf Rohn aus dem Jahre 1928 und das Hei-

matbuch aus dem Jahre 1979 mit seinen Sonderbeiträgen zur Denkmalpflege, Kultur und Schule, Kunstgeschichte und Landschaftskunde an. Sie werden nun durch das neue Buch „Roßtal - 1050 Jahre Heimat - offen und lebendig“ ergänzt.

Dank des Bürgermeisters

Erster Bürgermeister Maximilian Gaul dankte dem Heimatverein Markt Roßtal, allen Mitautoren, die sich zur Arbeitsgruppe zusammengefunden haben, sowie dem Marktgemeinderat für die Herausgabe dieses Buches. Er freute sich, dass auch der Bezirk Mittelfranken die Herausgabe finanziell unterstützte. Es ist beim Markt Roßtal und mit der ISBN 3-87707-635-1 über den Buchhandel zu beziehen.

Offene Fragen

Das Buch erschien zum Martinimarkt, der in einer 675jährigen Markttradition steht. Da auch das neue Buch viele Fragen stellt und offen lässt, wünschte er diesem Werk dieselbe Verbreitung wie dem Vorgängerwerk Roßtal - Vergangenheit und Gegenwart“, mehr aber noch, dass es zum Ausgangspunkt vieler fruchtbarer neuer Forschungsarbeit und auch manches neuen wissenschaftlich geführten Streites werden möge.

Der Bürgermeister weiter: Heimatforschung und Heimatgeschichte zu betreiben lohnen sich gerade in einem Gemeinwesen, das wohl zu den interessantesten frühmittelalterlichen Orten des mittelfränkischen Beckens zählt. Auch dazu will dieses Buch anregen.

Lust auf Urlaub im Allgäu

Bauernhofurlauber können ihr Feriendomizil im Allgäu künftig noch leichter auswählen. Bei der Vorstellung der neuen Imagebrochure „Mir Allgäuer“ betonte Landwirtschaftsminister Josef Miller in München, der Katalog sei eine wichtige Ergänzung, um die Attraktivität der gesamten Tourismusregion weiter zu verbessern. Farblich präsentierten sich darin Höfe aus den Landkreisen Ober-, Unter- und Ostallgäu sowie Lindau mit ihrer individuellen Ausstattung: Vom Kneipp-Gesundheits- und Kräutergarten über den Kinderbauernhof bis zu Spezialangeboten wie „Natur erleben und aktiv sein“ oder „Kunst und Kultur“. Gäste können damit - je nach Ansprüchen und finanziellen Möglichkeiten - bereits zu Hause ihre Wahl treffen. Damit auch die Qualität stimmt, hat der Verein „Mir Allgäuer - Urlaub auf dem Bauernhof“ nur Anbieter aufgelistet, die sich einer Sterne-Qualifizierung unterzogen haben.

Die neuartige Verknüpfung von Übernachtungsmöglichkeiten und dem touristischem Angebot erleichtert zudem das Schnüren individueller Urlaubspakete. Auf knapp 140 Seiten werden kulturelle Sehenswürdigkeiten, Ausflugsziele in die Natur, traditionelle Bräuche und Veranstaltungen sowie Geheimtipps von Einheimischen wie Schaukäsereien, Museen oder besonders schöne Wanderrouten vorgestellt. „Das macht die Brochure zu einem wichtigen Marketinginstrument für das ganze Allgäu“, sagte der Minister.

Der Katalog ist Teil eines von Miller initiierten und im letzten Jahr gestarteten Strategiekonzepts, mit dem das Angebot zum Urlaub auf dem Bauernhof im Allgäu professionell gebündelt und besser vermarktet werden soll.

Erfolgreicher Ingolstädter Bürgertag:

Wirtschaft und Innovation im Jahr 2020

Ihre spezielle Art der Bürgerbeteiligung hat die Stadt Ingolstadt mit dem Bürgertag „Ingolstadt 2020 - Wirtschaft und Innovation“ im Theater Ingolstadt erfolgreich fortgesetzt. Bereits 1997 wurde bei der Stadtentwicklungsplanung mit einem aktiven Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft begonnen. Im Jahr 2000 wurde der „Tag der Visionen“ mit über 5.000 Beteiligten veranstaltet. Es folgten die Bürgerkonferenzen, bei denen einzelne Themen wie Wirtschaft, Kultur, Umwelt und Soziales jeweils mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern diskutiert wurden.

Beim Bürgertag konnten sich die Besucher über zukunftsfähige Projekte informieren. Im Festsaal gab es eine ganze Reihe von Informationsständen aus allen Bereichen: Projekte zu Schule, Weiterbildung, Existenzgründung oder Umwelt und Natur waren ebenso vertreten wie Stände des Theaters, Tourismus, Stadtplanung, Verkehrsmanagement, Gesundheit, Kultur und Soziale Stadt. Die Bürger hatten die Möglichkeit, auf den ausliegenden Fragebögen ihre Vorstellungen über die Entwicklung Ingolstadts in den nächsten 15 Jahren darzulegen. Jeder Besucher, der einen Fragebogen ausfüllte, erhielt die Gelegenheit, bei einer Verlosung attraktive Preise zu gewinnen.

Boliden und Filmautos

Neben neuesten Audi-Modellen und Lamborghini-Boliden sorgte die Präsentation des Original-Filmautos Audi RSQ aus dem Kinohit des Sommers 2004 „I, Robot“ mit Will Smith durch die Audi AG für Glanz und Aufsehen. Das Theater Ingolstadt führte ein kleines Stück zum Thema „Wirtschaft und Theater“ auf, die Jugendgruppe des Umweltzentrums Ingolstadt überzeugte mit Sketchen und die Tourismuszentrale präsentierte die Simulation einer Stadtführung im Jahr 2020. Zaubereien mit Sven Catello, Musik mit dem Georgian Swing Duo und ein kunterbuntes Spielmobil faszinierten Kinder und Jugendli-

che gleichermaßen, während das Torwandschießen mit den Fußballspielern des neu gegründeten FC Ingolstadt 04 von allen Altersgruppen begeistert aufgenommen wurde.

Angeregte Diskussion

Den kritischen Fragen der Zuhörer stellten sich in einer Podiumsdiskussion Staatsminister Erwin Huber, Rupert Stadler, Vorstandsmitglied von Audi, Oberbürgermeister Dr. Alfred Lehmann, Prof. Dr. Robert Wittmann, FH Ingolstadt, DGB-Regionsvorsitzender Karl-Heinz Katzki sowie der Träger des deutschen Umweltpreises Dr. Franz Ehrmsperger. Sie diskutierten über die Trends der nächsten zehn bis 20 Jahre und zeigten die Chancen sowie Risiken für Ingolstadt auf.

Motor der Entwicklung

„Ingolstadt ist der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in ganz Bayern“, lobte Staatskanzleichef Erwin Huber die Donau-Stadt. Über 2000 Besucher kamen zum Bürgertag ins Theater Ingolstadt, um sich über die Zukunftsperspektiven ihrer Stadt in den nächsten Jahren zu informieren. „Ausgesprochen zufrieden“ zeigte sich OB Lehmann denn auch von den Besucherzahlen, die die Erwartungen der Verantwortlichen weit übertrafen hätten.

Die besondere Art der Bürgerbeteiligung wurde beim Weltgip-

fel für nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg als Musterbeispiel für moderne Stadtentwicklungsplanung vorge-



Dr. Alfred Lehmann.

stellt. „Es geht uns um die Bürger und um gemeinsames Nachdenken über die Stadt“, erklärte

Fürths Landrätin Dr. Gabriele Pauli:

Büchergeld führt zu Mehraufwand und -kosten

Landrätin Dr. Gabriele Pauli sieht in der geplanten Einführung eines Büchergeldes an staatlichen Schulen sowie im Entwurf des Gesetzes für Kindertageseinrichtungen und Tagespflege die Gefahr weiterer komplizierter Verwaltungsverfahren. „Auch bei neuen Gesetzen sollte die Staatsregierung ihr Ziel der Verwaltungsvereinfachung nicht aus den Augen verlieren“, so die Landrätin, die ihre Bedenken in einem Schreiben Staatsminister Erwin Huber und den Staatsministerinnen Christa Stewens und Monika Hohlmeier mitteilte.

Vor allem beim geplanten Büchergeld in Höhe von 40 Euro müsse darauf geachtet werden, dass nicht zusätzlicher hoher Verwaltungsaufwand entstünde, den die Sachaufwands-träger, wie das Landratsamt, zu bewältigen hätten. Müsste künftig der Landkreis Fürth für die Schüler seiner drei Gymnasien und der Staatlichen Realschule eine sogenannte „Sozialprüfung“ durchführen, wäre dies ein sehr kostenintensives Verfahren. Dabei soll, so einer der Vorschläge, geprüft werden, ob ein Schüler bzw. dessen Eltern aufgrund sozialer Umstände von der Zahlung eines Buchgeldes befreit werden können. Dabei handle es sich um schulischen Bereich aber um ein vollkommen neues Verwaltungsverfahren. Hinzu käme ein zusätzlicher Mahn- und Vollstreckungsaufwand bei nicht zahlungswilligen Eltern.

Suche nach Lösungen

Im Landkreis Fürth wären 4600 Schüler-Haushalte von der Einführung des Buchgeldes betroffen. Nach Schätzungen des Kultusministeriums könnten davon etwa 700 Haushalte eine Befreiung aus sozialen Gründen beantragen. „All diese Anträge müsste dann unsere Landkreisverwaltung prüfen und für jeden einzelnen Fall eine Entscheidung treffen“, verdeutlicht die Landrätin den zu erwartenden Aufwand.

Wie Landrätin Dr. Gabriele Pauli zwischenzeitlich auch in einem Gespräch mit der Kultusministerin Monika Hohlmeier forderte, dürfe von den 40 Euro Büchergeld nicht ein erheblicher Teil durch die Verwaltungskosten aufgezehrt werden. Die Kultusministerin wiederum versicherte, nach Lösungen für eine unbürokratische Abwicklung zu suchen. Ein entsprechender Vorschlag wird auch

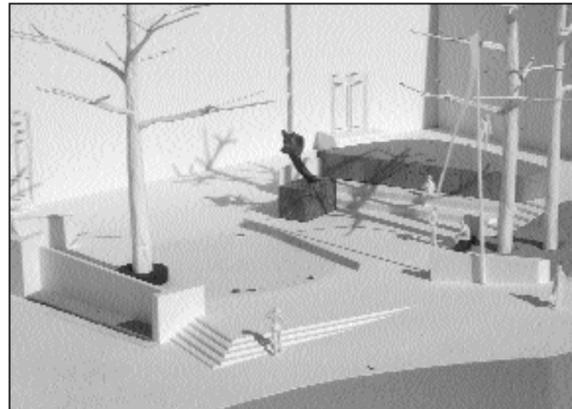
Rathauschef Lehmann. „Und wenn wir heute über Zukunft reden, dürfen wir die Kinder nicht vergessen.“ Dies war auch die Meinung des Publikums der Podiumsdiskussion, in deren Rahmen es auch um die Situation der Schulen und den Ausbau der Hochschulen ging.

Hubers Versprechen

Wie wichtig die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, speziell Audi, und den Hochschulen ist, betonten Rupert Stadler, Vorstandsmitglied von Audi, und Prof. Dr. Robert Wittmann, FH Ingolstadt, gleichermaßen. Staatsminister Huber versprach, Ingolstadts Ansprüche zu prüfen, wenn Mittel zur Verfügung stehen.

Standorttreue beweisen

Darüber hinaus appellierte OB Lehmann an die Wirtschaftsunternehmen, Standorttreue zu beweisen und „eine emotionale Nähe zum Standort zu entwickeln“. Dies sei nicht nur im Sinne der Arbeitnehmer, sondern wäre auch Bedingung dafür, dass sich die Arbeitnehmer als Bürger der Stadt sehen und interessiert sind, an der Zukunftsplanung mitzuarbeiten. **DK**



Im Zentrum der Stadt Hof soll ein Europa-Projekt in Form eines ständigen Kunstpodiums entstehen.

Gründung des „Hofer Podiums“:

Kunst mitten in der Stadt

Hof, die Stadt des jungen deutschen Films, soll auch eine Stadt der jungen europäischen Kunst werden. Im Zentrum soll ein ständiges Kunstpodium entstehen, auf dem jährlich wechselnd europäische Nachwuchskünstler neueste Werke ausstellen können. Gemeinsam mit dem Regierungspräsidenten von Oberfranken, Hans Angerer, und Oberbürgermeister Dieter Döhla stellte der neugegründete Verein „Hofer Podium - Junge Kunst Europa e.V.“ das Europa-Projekt nunmehr der Öffentlichkeit vor.

Jedes Jahr erhält ein besonders talentierter Nachwuchskünstler - oder eine Künstlergruppe oder eine Abschlussklasse der Kunstakademie - eines mittel- oder osteuropäischen neuen Mitgliedslandes der EU die Möglichkeit, auf dem Oberen Torplatz im Zentrum der Stadt Hof ein Kunstobjekt zu präsentieren. Nach Ablauf des Jahres weicht es dem Kunstwerk eines anderen Künstlers. Zu diesem Zweck wird der Obere Torplatz zu einem offenen urbanen Platz und geeigneten Podium zur Präsentation von Kunst neu gestaltet. Damit entwickelt sich das Projekt zu einer zentralen Hof-Einrichtung.

Ort der Begegnung

Hof wird für alle Kunstinteressierten alljährlich zu einem Ort der Begegnung mit der jungen Kunstszene der Nachbarstaaten. Die Einkaufsstadt Hof bekommt für ihre „Einkaufsmile“ ein attraktiveres Umfeld. Der neu gestaltete Obere Torplatz dient als wichtiges Teilstück auf dem Weg zu einer städtebaulichen Aufwertung des Hof-Stadtzentrums. Hof's Image wird um wichtige Eigenschaften bereichert: jung, innovativ, künstlerisch, international/europäisch.

Konzeptionelle Besonderheit

Im Zusammenwirken mit dem Bayreuther Architekten Werner Frömel wurde ein Modell eines leicht veränderten Platzes erarbeitet und mit der Stadt abgestimmt. Besonderheiten der Konzeption: Der Platz, der jetzt leicht „hängt“, muss waagrecht ausgerichtet werden. Dazu ist an der Nordseite eine niedrige Stützmauer vorgesehen. Im Zentrum entsteht ein gemauerter „Europa-Kreis“, in den Symbole der 25 EU-Staaten eingelassen sind.

Von der Kreuzungsseite und der gegenüberliegenden Häuserseite (Hoermann-Verlag) füh-

regierung: So seien die Vorschläge der mittelfränkischen Landkreise in den Entwurf eines Gesetzes zur Entlastung der Kommunen im sozialen Bereich (KEG) maßgeblich eingeflossen. Eine in den Bundestag eingebrachte Initiative könnte - wenn sie beschlossen wird - einen immensen Beitrag leisten, komplizierte Prüfverfahren und Berechnungen zu vereinfachen und letztendlich zu erheblichen Einsparungen beitragen. **DK**

ren niedrige Stufen auf den Platz. Eine niedrige Brüstung begrenzt den Platz über der Mauer. Im hinteren Bereich dienen gemauerte Stufen als Sitzmöglichkeiten z.B. für Schülergruppen. Dahinter und zur Fußgängerzone hin sind Grünelemente vorgesehen. Zudem sind Sitzbänke geplant.

Der Finanzierungsplan des Projekts besteht aus zwei Teilen. Die Umgestaltung des Platzes nach dem vorliegenden Modell - kalkulierte Kosten zwischen 150.000 und 200.000 Euro - finanziert zu einem maßgeblichen Teil die Oberfrankens-Stiftung. Hier ist der Verein noch mit einem möglichen weiteren Sponsor im Gespräch. Die Stadt Hof kann, trotz Befürwortung des Projekts, dazu keinen finanziellen Beitrag leisten. Gleichwohl würde ein weiterer Finanzier eine aufwendigere Platzneugestaltung erlauben.

Sponsoren im Visier

Für die alljährlichen Kunstprojekte werden Sponsoren angesprochen - geschätzte Kosten jeweils zwischen 5.000 und 20.000 Euro je nach Art des Objekts. Den Anfang hat der Rotary Club RC Hof gemacht und einen ersten ansehnlichen Beitrag zur Verfügung gestellt, über den mindestens das erste Kunstobjekt bestreiten werden kann. Der Verein „Hofer Podium“ stellt sich vor, dass die Sponsoren „ihr“ Objekt jeweils durch einen „Mentor“ begleiten. Mentoren können Galeristen, Künstler, Kunstkritiker, Kunstprofessoren, auch Diplomaten, Konsuln, etc sein. Der Hauptsponsor des umgestalteten Platzes wird in einer eigenen Tafel festgehalten. Sie gibt auch Auskunft über die Kunstwerke, Künstler und Sponsoren jedes Jahres. **DK**

Oberdolling:

Lohr neuer Rathauschef

Der bisherige Zweite Bürgermeister der Gemeinde Oberdolling im Landkreis Eichstätt, Lohr, ist zum neuen Bürgermeister gewählt worden. Der CSU-Politiker, der einziger Kandidat bei dem Urnengang war, erhielt 96,5 Prozent der Stimmen. Der bisherige Bürgermeister der 1.230-Einwohner-Gemeinde war aus beruflichen Gründen zurückgetreten. **DK**



Wolfram-von-Eschenbach-Preis:

Ausstellung zum 25. Jubiläum

Vor 25 Jahren hat der Bezirkstag Mittelfranken beschlossen, einen Kulturpreis auszuloben. Benannt wurde der Preis nach dem ritterlichen Minnesänger Wolfram von Eschenbach, der 1170 in der seit 1917 nach ihm benannten mittelfränkischen Kleinstadt südöstlich von Ansbach geboren wurde. Jedes Jahr wird seitdem die Auszeichnung an Persönlichkeiten, die durch „Geburt, Leben oder Werk Franken in besonderer Weise verbunden sind“ und herausragende kulturelle Leistungen vorzuweisen haben, vergeben. Weit über Frankens Grenzen hinaus bekannte Künstler wie der kürzlich verstorbene Nürnberger Maler Oskar Koller haben den mit 10 000 Euro dotierten Preis bisher erhalten.

Zum 25. Jubiläum des Wolfram-von-Eschenbach-Preises ist noch bis zum 19. Dezember (Donnerstag bis Sonntag, 11 bis 17 Uhr) im „Haus fränkischer Geschichte“ auf Burg Abenberg im Landkreis Roth eine Auswahl von Werken der Preisträger zu sehen.

Das Bild zeigt v.l.n.r. Prof. Dr. Gotthard Jasper, ehemaliger Jury-Vorsitzender, Brigitte Korn, Leiterin der Museen auf Burg Abenberg, Bezirkstagspräsident Richard Bartsch und Bezirksheimatpflegerin und Kulturreferentin des Bezirks Mittelfranken Dr. Andrea M. Kluxen. Foto: Julia Hecht

Stabwechsel bei der Regierung der Oberpfalz:

Auf Weidinger folgt Kunert

Scheidender Regierungspräsident von Innenminister Beckstein mit Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet

Anrührend und herzlich zugleich fiel der Amtswechsel zwischen dem scheidenden Oberpfälzer Regierungspräsidenten Dr. Wilhelm Weidinger und seinem Nachfolger Dr. Wolfgang Kunert in Regensburg aus. Eine besondere Überraschung hatte Innenminister Günther Beckstein parat: Er händigte Weidinger als sichtbares Zeichen der Anerkennung für dessen dienstliches Engagement und sein gesellschaftliches Wirken außerhalb des Amtes das Bundesverdienstkreuz am Bande aus. Zugleich führte Beckstein als Nachfolger den Regierungsvizepräsidenten von Oberbayern, Dr. Wolfgang Kunert, ins Amt ein.

Beckstein würdigte den zum 1. Dezember mit Erreichen der Altersgrenze aus dem Amt scheidenden Weidinger als „leidenschaftlichen Organisator und Reformator, der stets mit großem Herzblut und Engagement sowie mit besonderer Fähigkeit zu Dialog und pragmatischen Lösungen von Problemen sein gesamtes Berufsleben in den Dienst der Bayerischen Inneren Verwaltung gestellt hat“.

Vielzahl an Problemen

Dr. Weidinger sei während seiner Dienstzeit als Regierungspräsident in der Oberpfalz mit einer Reihe von schwierigen Problemen konfrontiert ge-

wesen. Diese reichten von der Einstellung des Betriebs der Maxhütte und den sich daraus ergebenden Folgekosten, über die BSE-Krise bis hin zu den Planungsarbeiten für die Bundesautobahn A 6. Herausragendes und herausforderndes Ereignis, gerade auch für den Regierungspräsidenten, sei jedoch der EU-Beitritt Tschechiens, der die Oberpfalz von einer Randlage Europas in die Mitte Europas gerichtet habe, gewesen.

Kontakte zu Pilsen

Beckstein dankte dem scheidenden Regierungspräsidenten besonders für sein tatkräftiges Engagement für den Aufbau und die Pflege der Kontakte zu

der Nachbarregion Pilsen: „Es ist auch Weidingers Initiative zu verdanken, wenn heute ein re-



Dr. Wolfgang Kunert.

gelmäßiger Austausch in Arbeitsgemeinschaften, Regionalkonferenzen und bei offiziellen Besuchen stattfindet.“

Tatkräftiges Engagement

Als Abschiedspräsent des Bayerischen Gemeindetags überreichte Bürgermeister Albert Höchstatter einen Nussbaum „für den Knacker harter Nüsse“. Weidingers Eigenschaft, die spezifischen Sorgen der Oberpfälzer Kommunen nicht nur zu kennen, sondern auch deutlich anzusprechen und nach München zu transportieren, war auch Gegenstand der Grußworte des Neustädter Landrats Simon Wittmann und des Amberger Oberbürgermeisters Wolfgang Dandorfer. Diese versäumten es freilich wie alle weiteren Redner nicht, Nachfolger Wolfgang Kunert alles Gute zu wünschen.

Kunert, geboren 1943 in Teplitz-Schönau, ist ein Experte in der Kommunalverwaltung. Nach dem Jurastudium an den Universitäten Erlangen-Nürnberg, Hamburg und München trat er im September 1971 in

Regensburg erstmals eigene Rechte und Freiheiten verliehen wurden. Die Donaustadt erhielt damit auch die Macht und die Möglichkeit, mit diesen Freiheiten die Zukunft zu gestalten. Als Freie Reichsstadt war Regensburg ausschließlich dem Kaiser untertan, der in einer Zeit, in der sich die ganze Welt im Umbruch befand, das traditionelle Verständnis von Herrschaft mit zukunftsweisenden Ideen verband.

Kaiser Friedrich II., der zwar zu einem Kreuzzug aufbrach, aber nicht durch Waffengewalt, sondern durch diplomatisches Geschick die heiligen Stätten für die Christen zurück erhielt, war ebenfalls ein Brückenbauer zwischen den Kulturen. Er kannte den Islam und hatte hohen Respekt vor dieser Religion und ihrer Kultur.

Regensburgs OB wies auf die große Verantwortung der Städte hin, gerade in einer Zeit, in der sich neue Klüfte in unserer Gesellschaft auftun. Gerade weil sich Mauern leichter errichten ließen als Brücken, sei es wichtig „vorausschauend und wachsam“ zu sein und zu handeln, „ehe Gräben so tief werden, dass sie schließlich unüberbrückbar sind“. Koschnick habe den Beweis geliefert, dass es möglich ist, Gräben zu überwinden.

Koschnick betonte, die Stadt Regensburg unterstütze mit dem Brückenpreis die Bemühungen um Ausgleich und Verständigung. Er mache Mut, sich weiterhin „konstruktiv für Verständigung und Aussöhnung einzubringen“.

den bayerischen Staatsdienst ein. Im Februar 1972 wechselte er in das Staatsministerium des Innern, wo er unter anderem in der Kommunalabteilung mit Fragen der Gebietsreform befasst war. Die Leidenschaft für das Kommunalrecht begleitete ihn auch in den folgenden Stationen seines Berufslebens.

Ausgangspunkt München

Während seines Außendienstes als juristischer Staatsbeamter am Landratsamt München von 1977 bis 1979 leitete Kunert die Abteilung Öffentliche Sicherheit und Ordnung und danach die Kommunalabteilung. Nach einem erneuten ein- und einhalbjährigen Einsatz als Leiter des Sachgebiets Kommunalrecht bei der Regierung von Oberbayern wurde ihm 1983 die Leitung des Sachgebiets „Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen/ kommunale Vermögenswirtschaft“ im Innenministerium übertragen. 1985 kehrte Kunert an die Regierung von Oberbayern als Leiter der Abteilung „Kommunalwesen, öffentliche Sicherheit und Ordnung“ zurück. Seit April 2002 bekleidete er dort das Amt des Regierungsvizepräsidenten.

Nachfolge

Als Nachfolger von Dr. Kunert wird die bisherige Regierungsvizepräsidentin von Unterfranken, Heidrun Piwernetz, die Funktion der Regierungsvizepräsidentin in München übernehmen. Nachfolger von Piwernetz in Würzburg wird Dr. Andreas Metschke, der in der Regierung von Unterfranken die Abteilung „Verwaltung und Recht“ leitete. **DK**

Fränkisches Seenland nach wie vor beliebt

Gunzenhausen (fa) - Das Fränkische Seenland ist in der bayerischen Ferienlandschaft immer noch ein Renner. Während das Tourismusgeschäft bayernweit in 2003 um 1,9 Prozent (in Franken 1,7 Prozent) zurückgegangen ist, ist das Seenland mit einem leichten Plus von 0,5 Prozent gut über die Runden gekommen. Bei den Campingübernachtungen hat es sogar einen Zuwachs um 3,5 Prozent und bei den Tagesbesuchern um 10,5 Prozent gegeben.

Horst Bieswanger, der Geschäftsführer des Tourismusverbands, hat für 2003 1,3 Millionen Übernachtungen in Hotels, Gasthöfen und in Ferienwohnungen registriert, dazu 501000 auf den Campingplätzen. Das Zahlenbündel wird komplettiert durch 4,2 Millionen Tagesausflügler.

Von den 9109 Betten im Seenland stellen die Hotels, Gasthöfe und Pensionen 3205, das sind 35 Prozent. Auf die 807 Ferienhäuser beziehungsweise Ferienwohnungen entfallen 5907 Betten (65 Prozent). Das größte Bettenangebot (5718) stellen die 316 Betriebe mit mehr als acht Betten (63 Prozent), die kleineren Betriebe (bis acht Betten) haben 3391 Betten und sind im Urlaubskatalog mit 37 Prozent präsent.

Stolz ist der Tourismusverband Fränkisches Seenland darauf, dass von 690 Betrieben 383 (das sind 55,5 Prozent) klassifiziert sind, wobei die meisten Wohnungen (533) drei Sterne haben, aber immerhin können 152 vier Sterne vorweisen und neun Objekte glänzen in der Fünf-Stern-Kategorie. Nicht zufrieden ist Geschäftsführer Horst Bieswanger mit der Klassifizierung bei den Hotels und Gasthöfen (nur 21 von 107) und bei den Privatzimmern (nur 18 von 178 Vermieter).

Als erfreulich wertet er, dass 37 Betriebe als „fahrradfreundliche Betriebe“ eingestuft sind.

Die meisten Urlaubsgäste kommen aus Baden-Württemberg (31 Prozent), gefolgt von den bayerischen Gästen (26,8) und den Feriengästen aus den neuen Bundesländern (gestiegen von 7,7 auf 14,3 Prozent). Bieswanger führt den Erfolg auf die „bewährte Werbestrategie“ und auf die Qualitätsoffensive zurück, zu denen auch die neue Beschilderung mit Rad- und Wanderwegen gehört, die im nächsten Jahr abgeschlossen wird.

Noch unklar ist die künftige Organisation des Fremdenverkehrs im Fränkischen Seenland. Der Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen will 2005 sein seit 40 Jahren bestehendes Kreisverkehrsamt aus Finanznot aufgeben, so dass derzeit nach einer Nachfolgelösung unter Einbeziehung des Landkreises Roth und Teilen des Kreises Ansbach, die bisher schon Teile des Verbands sind, gesucht wird. Die ersten Gespräche auf kommunalpolitischer Ebene sind bereits geführt worden. Der Tourismusverband Franken, also die Dachorganisation, schlägt vor, alle bisherigen Aktivitäten im Seenland in einer zentralen Geschäftsstelle zusammenzufassen. **DK**



Hans Koschnick (r.) mit Oberbürgermeister Hans Schaidinger.

Regensburger Brückenpreis:

Für Verständigung und Aussöhnung

Ehrung Hans Koschnicks als „Brückenbauer von Mensch zu Mensch“

Den Brückenpreis, die höchste Auszeichnung, die die Stadt Regensburg zu vergeben hat, überreichte Oberbürgermeister Hans Schaidinger am 10. November dem früheren Bremer Bürgermeister Hans Koschnick. Mit ihm wurde eine Persönlichkeit für die Bemühungen geehrt, Brücken zu schlagen zwischen Nationen, Religionen und Kulturen und damit zwischen den Menschen. Die Laudatio hielt Bundestagspräsidentin a. D. Prof. Dr. Rita Süssmuth.

Als „Brückenbauer von Mensch zu Mensch“ bezeichnete Schaidinger den 75-jährigen Diplomaten, dem es gelungen sei, „innere Schranken abzubauen und Vertrauen und Freundschaft wieder aufzubauen“. Über Parteigrenzen hinweg habe Koschnick sich bereits während seiner Arbeit in der Bremischen Bürgerschaft als Mann des Ausgleichs erwiesen. Die Annäherung zu Polen, die schließlich im Jahr 1976 zu einer Städtepartnerschaft mit Danzig führte, sei ein erster Brückenschlag gewesen.

Vor allem aber als EU-Administrator in Mostar habe Koschnick unter Beweis gestellt, dass er auch unter schwierigsten Bedingungen und unter Lebensgefahr in der Lage gewesen sei, Menschen miteinander zu versöhnen und Frieden zu stiften. Der Wiederaufbau der historischen Brücke in Mostar, die über Jahrhunderte hinweg unterschiedliche Kulturkreise verbunden hatte, im Krieg aber zerstört worden war, sei Symbol

dafür, dass es möglich ist, auch Abgründe zu überwinden.

Der Brückenpreis der Stadt Regensburg wird an Personen verliehen, die in besonderem Maße die herkömmlichen Grenzen und Gegensätze nationaler, künstlerischer, wissenschaftlicher, sozialer, kultureller oder religiöser Art überbrücken. Er wurde erstmals 1995 an den ehemaligen polnischen Außenminister Wladyslaw Bartoszewski vergeben und ist mit 15.000 Euro dotiert. Die Hälfte dieser Summe wolle er dem Caritas-Kindergarten in Mostar zur Verfügung stellen, kündigte Koschnick an. Die andere Hälfte des Preisgeldes soll der Vereinigung „Gegen Vergessen - Für Demokratie“ zugute kommen.

Die Stadt Regensburg stiftete den Brückenpreis aus Anlass des 750. Jahrestags der Stadtfreiheit, die auf Kaiser Friedrich II. zurückgeht. Am 10. November 1245 unterzeichnete er das Edikt von Pavia, in dem der bayerischen Herzogsstadt Re-

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Jahrzehnte lang ist den Inspektoren-Anwärtern vernünftiges Deutsch ausgetrieben worden. Also müssen halt alle im Rathaus lernen, verständlich zu schreiben.“ Mein Chef, der Bürgermeister, ist Feuer und Flamme für die Idee, die Bürokratsprache gründlich zu entrümpeln.

Es ist ja beileibe nicht so, dass das Thema bürgernahe Behördensprache eine Erfindung unserer Tage wäre. Die Klage über unverständliche Amtsschreiben ist so alt wie die Bürokratie selbst und die Vorschläge, Handreichungen und Wegweiser zu verständlichem Amtdeutsch statt Bürokratenchinesisch sind Legion. Neu ist eine fraktionsübergreifende Initiative junger Bundestagesabgeordneter, die das Problem einmal mehr anpacken wollen und sich davon eine win-win-Situation der besonderen Art erhoffen: Verständliche, höfliche und in-



Kommunen im täglichen Kontakt mit seinen Kunden, spricht den Bürgern ist, kann es sich gar nicht mehr erlauben, über deren Verständnishorizont hinweg zu formulieren.

Zudem ist der berühmte „Antrag zur Erteilung eines Antragsformulars zur Bestätigung der Nichtigkeit des Durchschlagexemplars“ bestimmt in keiner gemeindlichen Amtsstube erlassen worden, sondern in München oder Berlin, wo man halt zu gerne immer ein Auge darauf hat, ob die Verwaltung bei aller Subsidiarität und Bürgernähe auch so arbeitet, wie man es gerne hätte.

Wenn Bundestagsabgeordnete eine bürgernahe Sprache annehmen, dann sollten sie zur Zustimmung die ersten zehn Paragraphen des Einkommensteuergesetzes lesen und sollten sie bei den letzten Änderungen mit „ja“ gestimmt haben, müssen sie diese zehnmal abschreiben. Klingt wie eine Strafaufgabe aus der Schule, ist aber eher ein Ausdruck meditativer Beschäftigung mit der Materie. Wer das einmal hinter sich gebracht hat weiß, womit er die Bürger quält. Vielleicht versteht er dann auch die Nöte der Kommunen besser, wenn sie Bürgern den Inhalt der „Verordnung über Anforderungen an Zusatzstoffe und das Inverkehrbringen von Zusatzstoffen für technologische Zwecke“ oder das „Gesetz zur Ausführung der Verordnung (EG) Nr. 761/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2001 über die freiwillige Beteiligung von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung“ erklären sollen.

Mein Chef, der Bürgermeister, lacht, als er die Beispiele hört und will weiter dafür eintreten, dass wir es im Rathaus besser machen. Sonst behält noch der Nobelpreisträger Elias Canetti Recht, der laut dem heutigen Kalenderblatt sagt: „Es gibt keine größere Illusion als die Meinung, Sprache sei ein Mittel der Kommunikation zwischen Menschen.“

the
Sabriul

Bürokratsprache gründlich entrümpeln!

formative Behördenschreiben ersparen Nachfragen und schließlich Einsprüche oder Petitionen, sind also ein aktiver Beitrag zum Aufgabenabbau und zum effektiven Personaleinsatz.

Auf diesem Ohr hört unser Bürgermeister am schärfsten: Bürgerzufriedenheit plus weniger Arbeit für unsere Leute? Klasse! Und tatsächlich braucht nur jeder in seine private Korrespondenz mit Behörden zu greifen, um Beispiele zu finden, die ihn verzweifeln lassen. Substantivungetüme statt Relativsätze, zeilenlange Textbausteine mit Fundstellenzitate für Gesetze oder Verordnungen, ohne ein Wort darüber zu verlieren, was die angegebenen Gesetzesstellen regeln, kryptische Hinweise auf Verwaltungsschreiben, die teilweise vor der eigenen Geburt erlassen und wahrscheinlich nur noch säurezerstört im Staatsarchiv existieren, aber in Formularvordrucken ihr Eigenleben fristen.

Dennoch sei ein kleiner Blick auf die Briefköpfe dieser Schreiben erlaubt. Je unverständlicher, weltfremder und unhöflicher ein Schreiben formuliert ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Absender eine Landes- oder Bundesbehörde ist. Denn wer wie die

NürnbergMesse:

„Unser Park soll schöner werden“

Das Dutzendteichgelände wird aufgewertet. Die Nürnberg-Messe beginnt dieser Tage mit den Ausgleichsmaßnahmen für den Bau ihres Parkhauses an der Großen Straße. In Abstimmung mit der Stadt Nürnberg hat sich die NürnbergMesse dafür eingesetzt, die entsprechenden Mittel - insgesamt immerhin 2,6 Millionen EUR - in die Aufwertung des Dutzendteichgeländes zu investieren. In den kommenden Monaten und Jahren werden Spielflächen für ältere Kinder und Jugendliche, Wege und ein Grillplatz erneuert bzw. neu entstehen. 2005 wird ein integrativer Kinderspielplatz eingerichtet, bis 2008 der Neuselsbrunngraben renaturiert.

Einsam steht es am nordwestlichen Rand des Silbersees, das rote, kugelförmige Klettergerüst aus Eisen. „So etwas hat das Deutsche Museum vor kurzem händierend gesucht“, erinnert sich Architekt Michael Adler, dessen Büro Adler & Olesch die Ausgleichsmaßnahmen der NürnbergMesse betreut, angesichts des übrig gebliebenen Spielgerüsts aus den 50er Jahren.

Daran hat der Zahn der Zeit ebenso genagt wie an dem Grillplatz einige Meter weiter am gleichen Ufer des Silbersees oder dem daran vorbei führenden Fußweg. Auch dem Bolzplatz am Verbindungsweg zwischen Flachweiher/Kleinem Dutzendteich und Silbersee sieht man die intensive Nutzung an. Hier wächst schon lange kein Gras mehr.

Integrativer Spielplatz

In einem ersten Bauabschnitt sollen zunächst Spielflächen für ältere Kinder und Jugendliche entstehen. Dazu gehören zwei Streetballfelder und die Überarbeitung des Bolzplatzes, der dazu vorübergehend ein Stück in südlicher Richtung versetzt wird. Die Arbeiten beginnen im

Oktober und sollen bis Ende November - je nach Wetter - weitgehend abgeschlossen sein. Die Rasenfläche des Bolzplatzes wird im Frühjahr 2005 neu angelegt. Dann wird auch der integrative Kinderspielplatz im Hügelbereich zwischen Silbersee und Kleinem Dutzendteich eingerichtet. Hier sollen Spiel- und Sinneserfahrungsgeräte für behinderte und nichtbehinderte Kinder zur Verfügung stehen.

Historische Funktion

Neu angelegt wird auch der beliebte Grillplatz am Nordwestufer des Silbersees. Ein kleiner Hügel nebenan, der bisher weitgehend unbeachtet blieb, wird in seiner historischen Funktion sichtbar: Hier stand nämlich der Kran, der beim Aushub der Baugrube für das von den Nationalsozialisten geplante Deutsche Stadion eingesetzt war. Die Führungen des Dokumentationszentrums ehemaliges Reichsparteitagsgelände werden diese Tatsache in Zukunft miteinbeziehen können.

Bequemer hin kommt man in Zukunft auf jeden Fall, denn da, wo die grob behauenen Granitplatten - die gleichen wie auf

der Großen Straße - des parallel zum nordöstlichen Ufer des Silbersees verlaufenden Fußwegs verlegt sind, ist derzeit nicht überall ein Durchkommen. Da versperren hier tief hängende Zweige den Weg, zwingen da hohe Kanten zwischen den Steinplatten Rollstuhlfahrer auf den Rasen. Ab Dezember soll hier stattdessen ein schmales Asphaltband verlaufen. Schließlich wird noch diesen Herbst der Trampelpfad, der sich als Abkürzung zwischen Alfred-Hensel-Weg und dem Weg zwischen Flachweiher und Kleinem Dutzendteich gebildet hatte, angehoben und mit einem neuen, wasserdurchlässigen Belag versehen.

„Bei allen diesen Maßnahmen kam es uns darauf an, dass sie sich möglichst unauffällig in die Natur integrieren. So haben die beiden Streetballfelder nicht den üblichen roten Belag, sondern sind aus grün-beige-schwarzem Kunststoffgranulat“, betont Michael Adler.

Zentrale Bedeutung

Für Rudolf Zeevaert, Projektleiter Objektplanung/Neubau beim Gartenbauamt der Stadt Nürnberg, bedeuten die Neuerungen „eine erhebliche Steigerung der Aufenthaltsqualität“. Der Park habe zentrale Bedeutung für die Stadt, kämen doch nicht nur die Bewohner der umliegenden Viertel dorthin, sondern Menschen aus ganz Nürnberg. „Ich sehe hier eine deutliche Verbesserung des Erholungs- und Spielwertes des Geländes“, so Zeevaert.

Diözesanrat der Katholiken:

Sparen ja, aber nicht zu Lasten der Menschlichkeit!

Der Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum München und Freising warnt davor, dass durch Sparmaßnahmen und Haushaltskürzungen „immer mehr die Menschlichkeit auf der Strecke bleibt“. Sparen und kürzen sei zur Zeit das Motto auf allen politischen aber auch kirchlichen Ebenen, erklärte dazu der Vorsitzende des Diözesanrates, Prof. Alois Baumgartner, in München. In der Stärkung eines gemeinschaftlichen und gegenseitlichen Engagements auf kommunaler Ebene sieht Baumgartner einen „Lösungsansatz“.

Der Diözesanratsvorsitzende befürchtet erhebliche Konsequenzen für das kommunale Gemeinwesen, wenn Dienstleistungen und kommunale Daseinsvorsorge unter Rationalisierungszwang gesetzt und teilweise privatisiert würden. Es stelle sich die Frage, ob die Menschlichkeit auf der Strecke bleibe, wenn Kommunen nur noch darüber nachdenken müssten, wo und wie sie kürzen könnten. Ebenso müsse darüber nachgedacht werden, ob Privatisierung wirklich die einzige Alternative sei.

Kreative Energie

Baumgartner rief die Kommunalpolitiker in Bayern dazu auf, ihre Situation nicht zu beklagen. Es gebe gerade in den Kommunen „anregende Beispiele, Projekte, in denen Menschen auf ihre kreativen Energien setzen“. Gerade weil wenig Geld vorhanden sei und die Kommunen auch Verantwortung aus der Hand geben müssten, wachse in vielen Orten des Freistaates jetzt das bürgerschaftliche Engagement. Mit der Frage „Wieviele

Macht hat noch die Menschlichkeit?“ befassen sich auch in diesem Herbst die traditionellen Tagungen des Diözesanrates mit Kommunalpolitikern. Unter den Kommunalpolitikern in der Seelsorgeregion Nord hat bereits eine Tagung zum gleichen Thema in Freising große Resonanz gefunden.

Prinzip der Solidarität

Der Vorsitzende des Diözesanrates hatte dabei gefordert, dass in der aktuellen Spardiskussion nicht das eigentliche Ziel von Politik verloren gehen dürfe, „nämlich Bedingungen dafür zu schaffen, dass jeder Mensch in Würde leben kann“. Christen kämen dabei nicht am Prinzip der Solidarität vorbei: „Die Starken müssen die Schwachen mittragen und ihre Fähigkeiten nicht nur zum eigenen Wohl, sondern für das Gemeinwohl einsetzen.“ DK

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scherible (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehl (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen

Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 38 vom 01.01.2004

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

50 Jahre Kneippkurort Bad Grönenbach

Auf die „große wirtschaftliche Bedeutung der Kneippkurorte“ hat Sozialministerin Christa Stewens bei der Feier zum 50-jährigen Jubiläum des Kneippkurortes Bad Grönenbach hingewiesen. Wie Frau Stewens erläuterte, konnten bayernweit im vergangenen Jahr mehr als 310.000 Gäste mit über 2,5 Millionen Übernachtungen in den sechs bayerischen Kneippkurorten und vier Kneippheilbädern begrüßt werden. Davon entfielen allein auf Bad Grönenbach rund 146.000 Übernachtungen pro Jahr mit einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer der Gäste von 12,7 Tagen. „Das verdeutlicht die herausgehobene Bedeutung des Kur- und Bäderwesens für die gesamte Region“, erklärte die Ministerin.

Die bayerischen Kurorte tragen damit maßgeblich zur hohen volkswirtschaftlichen Bedeutung des Gesundheitswesens bei. „Rund vier Millionen Menschen sind derzeit im deutschen Gesundheitswesen tätig - das entspricht elf Prozent aller Erwerbstätigen. Bundesweit gibt es damit im Gesundheitswesen fünfmal so viele Arbeitsplätze wie in der Elektroindustrie.“

In Bayern entfallen innerhalb des Dienstleistungssektors die meisten Arbeitsplätze auf das Gesundheitswesen mit seinen rund 360.000 Beschäftigten“, betonte Stewens und fügte hinzu: „Künftige Gesundheitsreformen werden sich daher auch daran messen lassen müssen, ob es ihnen gelingt, den positiven Beschäftigungseffekten des Gesundheitssektors zur Geltung zu verhelfen.“

Trotz aller dieser positiven Aspekte dürfe aber nicht vergessen werden, dass die notwendigen Einsparungen im Gesundheitswesen auch im Kur- und Rehabilitationsbereich Wirkungen zeigten - vor allem durch die neuen Zahlungsregelungen im Heilmittelbereich.

Stewens: „Auf unsere Initiative hin hat das Bundesgesundheitsministerium aber immerhin seine ursprünglichen Pläne fallengelassen, die Zahlungen im Heilmittelbereich auf jede einzelne Leistung zu erheben - dies hätte zu einem massiven Leistungseinbruch im Heilmittelbereich geführt. Da die Zahlung von 10 Euro jetzt nur einmal zu zahlen ist, wenn im Rahmen einer Vorsorge oder Reha-Maßnahme verschiedene Heilmittel verordnet wurden, ist die Belastung für den Einzelnen nicht ganz so stark.“ DK

Bundesweit erster Heilwassersee in Bad Königshofen

Die Realisierung des bundesweit ersten Natur-Heilwassersees an der Franken-Therme in Bad Königshofen rückt näher. Das Wirtschaftsministerium hat jetzt grünes Licht für eine umfangreiche erste Finanzspritze gegeben.

Der Freistaat stellt für die knapp 1,2 Millionen Euro teure Neuerrichtung der Stadt Bad Königshofen rund 600.000 Euro Landesmittel aus dem Regionalen Wirtschaftsförderungsprogramm zur Verfügung. Eine weitere Fördertranche von etwas über 180.000 Euro wurde der Gemeinde unverbindlich in Aussicht gestellt.

Wirtschaftsminister Otto Wiesner hält die Fördermittel für „gut angelegt“, bietet der Heilwassersee dem Kurort und der Region doch enorme Chancen für die touristische Zukunft. „Mehr denn je muss den Gästen heutzutage Qualität am Ferientage geboten werden. Das gilt für die Unterkunft genauso wie für das Erholungsangebot vor Ort“, betonte Wiesner. Der Heilwas-

ersee soll für bessere Erholungsmöglichkeiten, höhere Attraktivität sowie zufriedener und neue Gäste. Darüber hinaus sei er als Pilotprojekt für den gesamten Tourismus in Bayern bedeutsam, führte der Minister aus.

Die Gemeinde Königshofen aus dem Landkreis Rhön-Grabfeld darf seit dem Jahr 1974 das Prädikat „Bad“ führen. Im vergangenen Jahr verzeichnete der Ort rund 13.000 Gäste und über 58.000 Übernachtungen. Neueste Attraktion in Bad Königshofen ist die Franken-Therme. Das im Jahr 2000 eröffnete Gesundheits- und Erlebnisbad mit großzügigem finnischfränkischen Saunadorf hat sich rasch als Tourismusattraktion für Kurgäste, Tagesausflügler und Einheimische etabliert. DK

Die Stauden:

Porträt einer Landschaft in Bayerisch-Schwaben

Regionalentwicklung gibt Kultur- und Landschaftsführer heraus
Nachschlagewerk bietet breite Themenpalette und viele Fotos

Stauden (wkl). „Die Stauden - Porträt einer Landschaft in Bayerisch-Schwaben“: Unter diesem Titel plant die Regionalentwicklung Stauden (RES) die Herausgabe eines reich bebilderten Kultur- und Landschaftsführers. Mit der Gesamtleitung des Buchprojektes wurde mit Professor Dr. Hans Frei ein renommierter und anerkannter Fachmann betraut.

Der langjährige Museumsdirektor des Bezirkes Schwaben und Leiter des Schwäbischen Volkskundemuseums Oberschönenfeld kennt die Stauden wie seine sprichwörtliche Westentasche. RES-Geschäftsführer Hubert Teichmann: „Es ist für uns ein Glücksfall, dass uns Professor Frei bei der Buchproduktion unterstützt und sein umfangreiches historisches und geografisches Wissen hier einbringt.“

Im Frühjahr 2006 soll das ge-

bundene Stauden-Nachschlagewerk mit rund 140 Seiten Umfang erscheinen. Für die Finanzierung stehen Mittel aus dem EU-Förderprogramm „Leader plus“ zur Verfügung.

Kompetente Autoren

Professor Hans Frei wird nur einen Teil der vorgesehenen Textbeiträge selber schreiben. Kompetente Co-Autoren sollen die ergänzenden Artikel beisteuern. Das vorläufige Inhaltsver-

zeichnis sieht zehn Hauptkapitel vor, die von einigen Spezialkapiteln zu ausgewählten Staudenthemen ergänzt werden. Folgende Themen sind vorgesehen: Lage, Name und Abgrenzung; Natur und Landschaft; Prägende Kräfte der Geschichte (Herrschaftsgeschichte); Häuser, Dörfer, Fluren; Gewerbe und Verkehr; Kirchen, Kapellen, Wallfahrtswege; Kulturelles Leben früher und heute; Freizeit, Erholung, Tourismus. Ein bedeutendes Kapitel ist das „Gemeinde-ABC“. Hier sind „Visitenkarten“ aller Gemeinden und Ortsteile vorgesehen.

Gliederung

In kurzen Abrissen werden - nach Möglichkeit mit historischen und aktuellen Fotos illustriert - Geschichte, Sehenswürdigkeiten, Strukturdaten, Gewerbe, Gastronomie, Kirche, Schulen und Entwicklungskonzepte vorgestellt. In einem weiteren Kapitel wagen die Initiatoren einen Ausblick auf die Stauden im 21. Jahrhundert. Das große Ziel der Regionalentwicklung Stauden, die Natur-, Kultur- und Erholungslandschaft im Drei-Landkreis-Eck Augsburg-Unterallgäu-Günzburg zu erhalten und nachhaltig zu entwickeln, soll hier beleuchtet werden. Sonderkapitel sind zu diesen Themen vorgesehen: Die Mozarts in den Stauden; Stauden und Stadt Augsburg; Kloster Oberschönenfeld; Die Juden in Fischach; Begegnungen (Künstler, Musiker, Originale, Mundartdichter).

Identität vermitteln

Mit dem Kultur- und Landschaftsführer sollen die Stauden als besonders reizvolle Landschaft in Schwaben vorgestellt und ihren Bewohnern Wissen über die eigene Heimat, aber auch Identität und Selbstbewusstsein vermittelt werden. Das Buch will darüber hinaus Neugier wecken. Nachbarn, Tagesgäste, Urlauber und Besucher, aber auch die einheimische Bevölkerung sollen „Appetit“ auf die Stauden und ihre vielfältigen, oft verborgenen Schätze

gung. In den 126 Stauden-Beherbergungsbetrieben stehen derzeit 1150 Betten in Gasthöfen und Hotels, in Ferienwohnungen und in Privatzimmern zur Verfügung - Tendenz auf hohem Niveau immer noch leicht steigend.

Kooperation intensivieren

Die Planung und Durchführung von Projekten, mit denen der Tourismus und die Naherholung in den Stauden weiter ausgebaut und angekurbelt werden sollen, liegt künftig in der Zuständigkeit der RES. Die, so Geschäftsführer Hubert Teichmann, sei dafür bestens aufgestellt und über die „Leader plus“-Förderung der EU - im Gegensatz zum immer „klammen“ Verkehrsverein - auch mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet. Die schon bisher gute Zusammenarbeit mit der Regio Augsburg könne auf vielen Feldern noch intensiviert werden. Eine noch engere Zusammenarbeit und eine reibungslosere Kommunikation bei der Bearbeitung gemeinsamer Projekte sicherte Regio-Direktor Götz Beck zu.



Auf 140 Seiten zeichnen die Autoren ein vielschichtiges Bild der einzigartigen Staudenlandschaft wie hier rund um Walkertshofen.
Bild: Walter Kleber

und Kostbarkeiten bekommen.

Potenzial aufbereiten

Das Staudenbuch soll in einem weiteren Schritt die Basis für die Ausbildung und Schulung von Gästebegleitern bilden. Hubert Teichmann: „Wir wollen nach und nach flächendeckend in jeder Gemeinde einen Stab heimatkundlicher Führer aufbauen. Die Nachfrage von Gästegruppen, Schulklassen und Ausflüglern nach kompetent durchgeführten Landschafts- und Kulturführungen in den Stauden steigt von Jahr zu Jahr. Diesem Wunsch wollen wir nachkommen und unsere Stauden 'in Wert setzen'. Das Potenzial dazu ist vorhanden, es muss nur noch aufbereitet werden.“

Anton Gleich feierte 50. Geburtstag

Landrat Voegel gratulierte Bonstettens Bürgermeister

„Als Bürgermeister der Gemeinde Bonstetten waren und sind Sie ein konsequenter, verantwortungsvoller und dynamischer Anwalt der Interessen Ihrer Bürger. Mit großem Engagement und vorbildlicher Hingabe weichen Sie auch Herausforderungen nicht aus“, lobte Augsburgs Landrat Dr. Karl Voegel den Jubilar.

Große Gestaltungskraft

Gleich, der 1996 zum Bürgermeister gewählt worden war, habe in kurzer Zeit große Ge-

staltungskraft bewiesen. Besonders am Herzen läge ihm die Arbeit für und mit Kindern und Jugendlichen sowie die Dorfgestaltung, würdigte Voegel den Einsatz des Bürgermeisters. Dem verheirateten Familienvater sei es auch zu verdanken, dass unter den Bürgern Bonstettens ein gutes Miteinander herrsche.

„Nicht zuletzt leistet die neue Dorfmitte, die unter großem und mutigem Einsatz von Bürgermeister Gleich entstanden ist, dazu einen großen Beitrag“, betonte Landrat Voegel.



Ziehen weiter an einem gemeinsamen Strang und wollen die Stauden als Tourismus- und Naherholungsregion voran bringen: von links: Götz Beck (Regio Augsburg Tourismus GmbH), Christa Helmboldt, Hubert Teichmann (RES) und der amtierende Vorsitzende des Verkehrsvereins Stauden, Bürgermeister Franz Meitinger (Mittelneufnach).
Bild: Walter Kleber

Regio Augsburg Tourismus GmbH und RES:

Ausbau der Zusammenarbeit

Verkehrsverein Stauden stellt zum Jahresende seine Tätigkeit ein

Stauden/Fischach (wkl). Der Fremdenverkehr in den Stauden bekommt eine neue Organisationsstruktur. Die touristische Vermarktung der Stauden läuft ab dem 1. Januar 2005 zweigleisig: Während die Regio Augsburg Tourismus GmbH überregional, auf nationalen und internationalen Messen und Ausstellungen für die Stauden die Werbetrommel rührt, kümmert sich die Regionalentwicklung Stauden (RES) um Projekte und Aktionen vor Ort in der Region.

Nach über 30 Jahren stellt der bisherige Dritte im Bunde, der Verkehrsverein Stauden, zum 31. Dezember seine Tätigkeit ein. Die Auflösung des Vereins ist nur noch eine Formsache und soll in den nächsten Wochen im Zuge einer außerordentlichen Mitgliederversammlung erfolgen.

Bündelung der Aktivitäten

Mit dem neuen Konzept, das auf ausdrücklichen Wunsch aller Beteiligten und mit großer Zustimmung der Gemeinden und der Gastbetriebe in den Stauden auf die Beine gestellt wurde, versprechen sich die Tourismus-Verantwortlichen eine Bündelung aller Aktivitäten und eine weitere Steigerung des Bekanntheitsgrades der Stauden als familienfreundliche Urlaubs- und Naherholungsregion in Bayerisch-Schwaben, an der Nahtstelle zwischen der Fuggerstadt Augsburg und dem Allgäu.

Seit dem Beginn der engen Kooperation zwischen dem Verkehrsverein Stauden und der Regio Augsburg im Jahre 1999 und dem fast zeitgleichen Start der Regionalentwicklung Stauden (RES), die sich neben vielen anderen Projekten auch die

Förderung des Tourismus auf ihre Fahnen geschrieben hat, war das Ende des Verkehrsvereins absehbar. Die leeren Gemeindefassungen taten jetzt ein übriges, die Auflösung des Verkehrsvereins in die Wege zu leiten. 31 Cent haben die Mitgliedsgemeinden pro Einwohner und Jahr als Beitrag an den Verkehrsverein bezahlt. Angesichts einer jährlichen Umlage von 2,50 Euro pro Einwohner der Regionalentwicklung Stauden (mit ihrem freilich viel umfangreicheren, über den Tourismus hinausgehenden Aufgabengebiet) stellten einige Kommunen diese Doppelzahlung mehr und mehr in Frage.

Wenige Änderungen

De facto ändert sich für die Beherbergungsbetriebe und die Gastronomie in den Stauden durch die neue Organisationsstruktur aber nichts. Im Gegenteil: Die langjährige Verkehrsvereins-Geschäftsführerin Christa Helmboldt (Fischach) kümmert sich wie bisher als Angestellte der Regio Augsburg Tourismus vornehmlich um ihre Klientel in den Stauden. Künftig hat sie dafür sogar noch mehr Kapazitäten zur Verfü-

Tagung des CSU-Bezirksverbandes Unterfranken und der KPV:

Unterfranken nicht benachteiligen!

Würzburg (wkn). Das Thema „Verwaltung 21“ habe viel Unmut bei Bürgern und Kommunen ausgelöst, kritisierte die Landtagsabgeordnete Barbara Stamm. Auf einer Veranstaltung des CSU-Bezirksverbandes Unterfranken und der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) warf sie dem Freistaat eine schlechte Informationspolitik vor. Insgesamt sei man die Verwaltungsreform „völlig falsch angegangen“. Nun bestehe erheblicher Bedarf zur Nachdiskussion. Alles müsse noch einmal aufgerollt werden, denn viele Lösungen seien völlig unbefriedigend.

In seinem Referat ging Robert Kiesel, Vorsitzender des Arbeitskreises Verwaltungsreform der CSU im Bayerischen Landtag, auf die Notwendigkeit der Reform ein.

Aufruf zur Reformfähigkeit

Vor Landräten, Oberbürgermeistern, Bezirksräten, Bürgermeistern und Kreisräten, dem CSU-Bezirksvorstand, dem Bezirksvorstand und Mitgliedern der KPV Unterfranken stellte Kiesel die These in den Mittelpunkt: „Wer heute nicht reform-

liere die Pensionslast ihren Schrecken.

Eine neue Grundstruktur der Verwaltungsebenen sei einer der Hauptaspekte. Ministerien und Landesbehörden sollten von reinen Verwaltungsaufgaben frei gehalten werden. Sie leisteten Führungsaufgaben. Alle Mittelbehörden sollten auf den „Prüfstand“. Wenn sie gebraucht würden, müssten sie „schlank und effektiv“ sein. Sie koordinierten die Aufgaben, die nach unten, an Kommunen und Kreise, delegiert würden. Der Basis werde, mit viel Eigenverantwortung, die Durchführung übertragen.

Neustrukturierung der Ministerien erforderlich

Auch Gesetze und Verordnungen sollen überprüft werden, einige wegfallen. Der Rest müsse „überschaubar gestaltet“ werden. Neue Vorschriften würden mit einem „Verfallsdatum“ versehen und danach erneut überprüft. Kiesel hält auch eine Neustrukturierung der Ministerien für erforderlich.

Ein besonderer Dorn im Auge scheint ihm die Neigung zu „überzogener Dokumentationspflicht“ zu sein. Dokumentation in allen Lebenslagen erzeuge ei-

ne überflüssige Flut von Daten. Die Kosten dafür belasteten Produktion und Dienstleistung und verringerten seiner Ansicht nach die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft.

Sprengstoff für die Gesellschaft

Die jetzigen Gegebenheiten der Sozialpolitik enthielten laut Kiesel „Sprengstoff für die Gesellschaft“. Der Missbrauch des Sozialsystems werde weiter blühen und das Empfinden für Recht und Unrecht leide zunehmend. „Übersozial ist unsozial“, so seine These. Jeder, der soziale Leistungen in Anspruch nehme, habe gemäß seiner körperlichen und geistigen Fähigkeiten einen Beitrag für die Solidargemeinschaft zu leisten - zum Beispiel in Form gemeinnütziger Arbeit.

Umdenken vonnöten

Laut Kiesel ist ein Umdenken nötig. So sei man dabei, 79 Vermessungsämter in Bayern zu 50 Ämtern zusammenzuführen. Daneben drängten private einheimische Anbieter auf den Markt und man müsse zudem EU-weit tätige Betriebe im Wettbewerb akzeptieren. 1.000 Stellen des öffentlichen Dienstes würden abgebaut.

Ähnlich würden Landwirtschafts- und Forstämter „in ver-

nünftigen Maß“ zurückgeführt, ebenso wie Bereiche des Straßenbaus, Hochbaus und der Wasserwirtschaft. Auch die Polizei erhalte eine neue Struktur. Obwohl in Unterfranken kein Reformbedarf ersichtlich sei, werde hier eine Modellregion installiert. Gemeinsam mit dem Sachverstand der Polizei vor Ort wolle man bei der Verkleinerung des Apparates auf alle Fälle „gravierende Fehler vermeiden“.

Verspätete Information

Gerade die Einbeziehung des Sachverständigen der Betroffenen mahnte MdL Barbara Stamm vehement an. Betroffene in Behörden und Kommunen seien zu wenig und zu spät informiert worden, warf sie den Reformern vor. Die ganze Reform sei nötig, aber vielerorts nicht richtig erklärt worden. Nun sei mächtig Diskussionsbedarf entstanden.

Die Abgeordneten in allen Bezirken stünden unter einem enormen Druck ihrer Parteifreunde. Jeder Landkreis, jeder Regierungsbezirk suche seinen Vorteil. Es sei nicht verhindert worden, dass es zu diesem unangebrachten Gerangel gekommen sei. So wie es andere machten, handele sie nun auch und sage: „Unterfranken darf nicht schlechter gestellt werden als andere“. Bei dem Ringen um die Standorte von Landesämtern und die Aus-

nahmen beim Erhalt von dezentralen Amts-Außenstellen sei mit unfairen Mitteln gearbeitet worden, kritisierte Stamm. Nicht überall halte man sich an die Absprache, Mehraufwendungen durch Anmietung oder Umbau zu verhindern.

Abbau von Standards

In jedem Fall aber sei der Dialog mit den Betroffenen zu spät erfolgt. Auch beim Abbau von Standards, so die Ex-Sozialministerin kämpferisch, sei das letzte Wort noch nicht gesprochen. Einseitige Maßnahmen im Sozialbereich kämen nicht in Frage, bevor man die üppige Ausstattung zum Beispiel von Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammern betrachte.

Auch der Schweinfurter Landrat Harald Leitherer meldete ein ungutes Gefühl bei den bisherigen Aktivitäten der Reform an. Er sehe noch keine positive Zielrichtung, sagte er. Oft würden mit Veränderungen Verwaltungsabläufe sogar verlängert.

Abschließend versuchte Robert Kiesel, die Wogen zu glätten: „Wir CSU-ler sitzen alle im gleichen Boot“. Auch bei unbeliebten Themen wie Arbeitsplatz-Abbau im öffentlichen Dienst müsse man auf allen politischen Ebenen zusammenhalten. Nur so habe man die Chance, die Verantwortung für Bayern weiter bei der CSU zu halten. ☞

Vorschau auf GZ 23

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 23, die am 2. Dezember erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ◀ Wasserversorgung • Wasserentsorgung
- ◀ Umwelt- und Abfalltechnik
- ◀ Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV
- ◀ Kommunalfahrzeuge